

# Arbeiter

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 M. monatlich, 1,50 M. wöchentlich, 30 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.  
 Einjahresabonnement: 1,50 M. pro Monat.  
 Eintragungen in die Post-Verzeichnisse: Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 M., für das übrige Ausland 4 M. pro Monat.  
 Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Nummern je Zeile 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Beiträge und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. Kleine Anzeigen: das erste Wort 30 Pf. (zweite 20 Pf. dritte 10 Pf. vierte 5 Pf. fünfte 3 Pf. sechste 2 Pf. siebente 1 Pf. achte 1 Pf. neunte 1 Pf. zehnte 1 Pf. elfte 1 Pf. zwölfte 1 Pf. dreizehnte 1 Pf. vierzehnte 1 Pf. fünfzehnte 1 Pf. sechzehnte 1 Pf. siebzehnte 1 Pf. achtzehnte 1 Pf. neunzehnte 1 Pf. zwanzigste 1 Pf. einundzwanzigste 1 Pf. zweiundzwanzigste 1 Pf. dreiundzwanzigste 1 Pf. vierundzwanzigste 1 Pf. fünfundzwanzigste 1 Pf. sechsundzwanzigste 1 Pf. siebenundzwanzigste 1 Pf. achtundzwanzigste 1 Pf. neunundzwanzigste 1 Pf. dreißigste 1 Pf. für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 8. Juni 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

## Reichsbudget, Kriegskredite und Volksernährung.

Eine wichtige Reichstagsführung.

Die gestrige Reichstagsführung zerfiel in zwei scharf getrennte Abschnitte. Von 10-12 Uhr beherrschten das Reichsbudget und die neuen Kriegskredite die Sitzung, dann die Frage der Volksernährung, die schließlich auf den folgenden Tag vertagt wurde.

Zunächst fasste der Reichstag einen einstimmigen Beschluß auf Einsetzung einer Kriegskontrollkommission, dem Staatssekretär Dr. Helfferich im Prinzip zustimmte. Dann ließ sich der Fortschrittler Hubrich dazu gebrauchen, beim Postetat dem Genossen Jubeil das Wort abzusprechen zu helfen, indem er sich im letzten Augenblick vor diesem zum Wort meldete, so daß ein Diskussionsredner zum Wort gekommen und damit ein Schlußantrag möglich geworden war. Genosse Kunert brachte beim Etat der Reichsdruckerei gefehrigere Anrechnungen von Kriegskrediten auf die Löhne zur Sprache, deren Außerkräftigung Staatssekretär Kraetke zusagte. Damit war die dritte Lesung des Etats beendet.

Nunmehr gab vor der Gesamtabstimmung über das Reichsbudget Genosse Ebert im Namen der alten Fraktion eine Erklärung ab, in der nachgeholt wurde, was in der am Tage vorher vom Genossen Gradnauer gehaltenen Etatsrede vermisst worden war: die Begründung für die Ablehnung des Etats. Diese Begründung ging vom Kurs der inneren Politik und besonders von der Hineinbringung der neuen indirekten Steuern in den Etat aus, war also keine grundsätzliche, wie sie durch die Parteitagbeschlüsse gefordert wird und tags vorher vom Genossen Ledebour für die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft gegeben worden war, sondern eine taktisch-opportunistische. Beide sozialdemokratischen Fraktionen stimmten darauf gegen das Reichsbudget.

Im unmittelbaren Anschluß daran kam die neue Kriegskreditvorlage von zwölf Milliarden zur Verhandlung. Bei dieser Gelegenheit hielt der neue Reichschatzsekretär Graf v. Roedern seine Einführungsrede vor dem Hause. Nach ihm gab Genosse Dr. Landsberg für die alte Fraktion eine Erklärung ab, in der er die Zustimmung seiner Fraktion zu den Milliardenkrediten mit der Kriegssituation begründete. Genosse Haase begründete für seine Fraktion deren grundsätzliche ablehnende Stellung. Er hob dabei besonders hervor, daß die für die Etatsablehnung sprechenden Gründe erst recht für die Ablehnung der Kriegskredite sprechen und schloß mit einem Weiblichen Wort über die Notwendigkeit der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus. Die scharfen und klaren Worte des Genossen Haase riefen den Staatssekretär Dr. Helfferich auf den Plan, der sich besonders gegen Haases Feststellung wendete, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung die Schuld an dem Weltkriege trage und den Genossen Haase indirekt als Förderer der imperialistischen Politik Englands hinzustellen suchte. Genosse Haase antwortete knapp und scharf, indem er diese Verdächtigung zurückwies und die Art des Helfferichschen Auftretens vor dem Parlament als Ueberhebung kennzeichnete. Bei der Abstimmung über die Kriegskredite stimmte die neue Fraktion geschlossen dagegen; die Minderheit der alten Fraktion hatte den Saal verlassen, so daß große Lücken in den Reihen der Fraktion den Gegensatz in ihren Reihen auch äußerlich erkennbar machten.

Die Ernährungsdebatte leitete als Berichterstatter Graf Westarp mit einem dreifündigen Referat ein, in dem in ausführlichster Weise die Verhandlungen in der Budgetkommission wiedergegeben wurden. Nach ihm sprach der bayerische Zentrumsmann Wazinger in etwa einstündiger Rede, in der er versuchte, im Konsumenteninteresse eine mächtig kritische Note anzuschlagen und gleichzeitig die schlagende Hand über die angegriffene Landwirtschaft zu halten. Genosse Hoffmann-Kaiferslautern, der in der alten Fraktion taktisch auf dem linken Mehrheitsflügel, sachlich auf dem Minderheitsstandpunkt steht, hielt darauf eine Anklagerede, die unbarmherzig wie ein Hagelwetter in die burgfriedliche Stimmung hineinprasselte. Jeder Satz gemessen und abgewogen, messerscharf und wuchtig zugleich, hielt er eine gründliche Abrechnung mit dem ganzen System der Systemlosigkeit und Widersinnigkeit, mit dem die Ernährungsfrage behandelt worden ist. Er ging dabei unerbittlich bis an die Wurzel des Übels, als die er das auf Profit und Ausbeutung beruhende private kapitalistische Wirtschaftssystem bezeichnete, dem der Wucher dieser Kriegszeit notwendig entspringe.

Als Genosse Hoffmann in wirkungsvoller Drafstil die Ausbeutung des Volkes durch die Kapitalistenklasse im Kriege geißelte, fiel ihm der national-liberale Vizepräsident Dr. Paasche ins Wort und erregte dadurch den Widerspruch bei beiden sozialdemokratischen Fraktionen; Genosse Seyer erhielt einen Ordnungsruf, als er Herrn Paasche zurück, durch seine Geschäftsführung unterstützte er den Wucher. Genosse Hoffmann setzte seine

grundsätzlich und großzügig angelegte Kritik fort und erntete dafür weiter den stürmischen Beifall der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, der Minderheit und des größten Teils der Mehrheit der alten Fraktion; nur verschiedene der Mehrheitsführer sahen schweigend mit schlichtem Unbehagen über die schonungslose Rücksichtslosigkeit der Rede da.

Staatssekretär Dr. Helfferich suchte ihren nachhaltigen Eindruck sofort abzuschwächen, indem er den vom Genossen Hoffmann angeblich allein hervorgekehrten Schattenseiten die „Lichtseiten“ in der Ernährungsorganisation gegenüberzustellen sich bemühte. Er forderte wiederum den heftigsten Widerspruch unserer Genossen heraus durch die schon bei der Debatte über die Kriegskredite vom Genossen Haase zurückgewiesene Art seines Auftretens. Sehr scharfe Töne gegen die bisherige Ernährungspolitik der Reichsregierung schlug darauf auch der Fortschrittler Hoff-Kiel an, der besonders auf den schreienden Widerspruch hinwies, daß einerseits Fleischnot herrsche und andererseits das Wild ruhelose die Felder verwüstet, ohne zum Abschluß freigegeben zu werden.

Den Schluß der Sitzung bildete eine Rede des neuen Lebensmittel-„Diktators“, des Herrn v. Batocki. Er sprach frisch und flott und zeigte für bürokratische Schranken und Formeln wenig Sinn und Verständnis, so daß seine Rede eine durchgängig sympathische, bei den bürgerlichen Parteien sogar freudige Aufnahme fand. Er vermied es, nach irgend einer Seite aggressiv zu reden und suchte offenbar zu dem Vertrauen der Agrarier, das ihn schon in sein neues Amt hineinbegleitet hat, auch noch um das Vertrauen der übrigen Volksschichten zu werben. Ob und wie weit er damit Erfolg haben wird, hängt vor allem von den Taten ab, die er im Kriegsernährungsamt vollführen wird. Nach seiner Rede vertagte der Reichstag die Weiterberatung auf Donnerstag früh 10 Uhr zur vorausichtlichen Schlußsitzung der gegenwärtigen Tagung.

Unsere Genossen mögen den ausführlichen Bericht über die gestrige Reichstagsführung mit besonderer Aufmerksamkeit lesen. Dabei wird ihnen zweifellos der klaffende Widerspruch in die Augen springen, der zwischen der neuen Kreditbewilligung und der Rede des Genossen Hoffmann klafft, mit der sie sicherlich auch die Rede des Genossen Dr. Gradnauer vom Tage vorher nicht in Einklang zu bringen wissen werden. Daraus die richtige Schlussfolgerung zu ziehen, darf man getrost ihrem gesunden Urteil überlassen.

Gegen die Kriegskredite stimmte die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ und der Abg. Nölde. Von der „Sozialdemokratischen Fraktion“ enthielten sich der Abstimmung durch Entfernung aus dem Sitzungssaal 22 Abgeordnete, nämlich Kibrecht, Antritz, Vaudert, Brandes, Davidsohn, Emmel, Erdmann, Ewald, Edmund Fischer (Sachsen), Fuhs, Hoch, Hofrichter, Hättmann, Hugel, Jädel, Krähig, Leuterer, Peirotes, Raute, Reihhaus, Schmidt (Weihen), Simon. In der Fraktion hatte Davidsohn sich der Abstimmung enthalten, gegen die Bewilligung der Kriegskredite haben die übrigen 21 Genossen und außerdem die Genossen Stubbe und Stücken gestimmt. Bei der Abstimmung im Plenum stimmte Stubbe für die Bewilligung, Stücken nahm an der Abstimmung nicht teil, weil er als Schriftführer fungierte.

## Die Seeschlacht vor dem Skagerrak in amtlicher Darstellung.

**Amtlich.** Berlin, 7. Juni. (B. L. B.) Von englischer Seite wird in amtlichen und nichtamtlichen Presse-Telegrammen und in Auslassungen, die von den englischen Missionen im neutralen Ausland verbreitet werden, in systematischer Weise der Versuch gemacht, die Größe der englischen Niederlage in der Seeschlacht vom 31. Mai in Abrede zu stellen und den Glauben zu erwecken, als sei die Schlacht für die englischen Waffen erfolgreich gewesen. So wird u. a. behauptet, daß die deutsche Flotte das Schlachtfeld geräumt, die englische Flotte es dagegen behauptet habe. Hierzu wird festgestellt:

Das englische Gros ist während der Schlacht am Abend des 31. Mai durch die wiederholten wirkungsvollen Angriffe unserer Torpedobootsflottille zum Abbrechen gezwungen worden und seitdem unseren Streitkräften nicht wieder in Sicht gekommen. Es hat trotz seiner überlegenen Geschwindigkeit und trotz des Anmarsches eines englischen Linienschiffes von zwölf Schiffen aus der südl. Nordsee weder den Versuch gemacht, die Fühlung mit unseren Streitkräften wiederzugewinnen, um die Schlacht fortzusetzen, noch eine Vereinigung mit dem vorgenannten Geschwader zu der angestrebten Vernichtung der deutschen Flotte herbeizuführen.

Mit der weiteren englischen Behauptung, daß die englische Flotte vergeblich versucht habe, die fliehende deutsche Flotte einzuholen, um sie vor Erreichung der heimischen Stützpunkte zu schlagen, steht die amtliche englische Erklärung, nach der Admiral Jellicoe mit seiner großen Flotte bereits am 1. Juni in den über 300 Meilen von dem Kampfschauplatz entfernten Stützpunkt Scapa Flow (Orkneyinseln) eingelaufen sei, im Widerspruch. So haben denn auch unsere nach der Schlacht zum Nachtangriff nach Norden über

den Schauschauplatz der Tageschlacht hinaus entsandten zahlreichen deutschen Torpedobootsflottillen von dem englischen Gros trotz eifrigen Suchens nichts mehr angetroffen, vielmehr hatten unsere Torpedoboots hierbei Gelegenheit, eine große Anzahl Engländer von verschiedenen gesunkenen Schiffen und Fahrzeugen zu retten.

Als ein weiterer Beweis für die von den Engländern bestrittene Tatsache der Beilegung der gesamten englischen Kampfslotte an der Schlacht vom 31. Mai wird darauf hingewiesen, daß der englische Admiralsitätsbericht selber die „Marlborough“ als geschichts-unfähig bezeichnet hat. Des weiteren ist am 1. Juni von einem unserer U-Boote ein anderes Schiff der „Aron Duke“-Klasse in schwerbeschädigtem Zustande der englischen Küste zusehend gesichtet worden. Beide vorgenannten Schiffe gehörten dem englischen Gros an.

Um die Größe des deutschen Erfolges herabzumindern, wird ferner von der englischen Presse der Verlust der zahlreichen englischen Schiffe zum großen Teil auf die Wirkung deutscher Minen, Unterseeboote und Luftschiffe zurückgeführt. Demgegenüber wird ausdrücklich betont, daß weder Minen, welche nebenbei bemerkt der eigenen Flotte ebenso gefährlich hätten werden müssen wie der feindlichen, noch Unterseeboote von unserer Hochseeflotte verwendet worden sind. Deutsche Luftschiffe sind lediglich am 1. Juni, und zwar ausschließlich zur Aufklärung benutzt worden.

Der deutsche Sieg ist durch geschickte Führung und durch die Wirkung unserer Artillerie und Torpedowaffe errungen worden.

Es ist bisher darauf verzichtet worden, den vielen angeblich amtlichen englischen Behauptungen über die Größe der deutschen Verluste entgegenzutreten. Die letzte, immer wiederkehrende Behauptung ist, daß die deutsche Flotte nicht weniger als zwei Schiffe der Kaiser-Klasse, die „Westfalen“, zwei Schlachtkreuzer, vier kleine Kreuzer und eine große Anzahl von Torpedobootsgeräten verloren habe. Die Engländer bezeichnen außerdem die von uns als verloren gemeldete „Sommer“ nicht als das aus dem Jahre 1905 stammende Linienschiff von 13 000 Tonnen, sondern als ein modernes Großkampfschiff desselben Namens.

Demgegenüber wird festgestellt, daß der Gesamtverlust der deutschen Hochseestreitkräfte während der Kämpfe am 31. Mai und 1. Juni sowie in der darauffolgenden Zeit beträgt:

- 1 Schlachtkreuzer,
- 1 alteres Linienschiff,
- 4 kleine Kreuzer
- und 5 Torpedoboots.

Von diesen Verlusten sind in den bisherigen amtlichen Bekanntgaben als gesunken bereits gemeldet:

- S. M. S. „Sommer“ (von Stapel gelaufen 1905), S. M. S. „Wiesbaden“, S. M. S. „Elbing“, S. M. S. „Frauenlob“ und 5 Torpedoboots.

Aus militärischen Gründen ist bisher von der Bekanntgabe des Verlustes S. M. S. „Lützow“ und „Rositz“ Abstand genommen worden. Gegenüber falschen Deutungen dieser Maßnahme und vor allem in Abwehr englischer Legendenbildungen über ungeheuerliche Verluste auf unserer Seite müssen diese Gründe nunmehr zurückgestellt werden. Beide Schiffe sind auf dem Wege zu ihren Reparaturhäfen verloren gegangen, nachdem die Versuche selbtschlagen waren, die schwerverletzten Schiffe schwimmend zu erhalten. Die Besatzungen beider Schiffe einschließlich sämtlicher Schwerverletzten sind geborgen worden.

Während hiermit die deutsche Verlustliste abgeschlossen ist, liegen sichere Anzeichen dafür vor, daß die tatsächlichen englischen Verluste wesentlich höher sind, als von unserer Seite auf Grund eigener Beobachtungen festgestellt und bekanntgegeben worden ist. Aus dem Munde der englischen Gefangenen stammt die Bekundung, daß außer „Warspite“ auch „Prinsep Royal“ und „Birmingham“ vernichtet sind. Auch ist zuverlässigen Nachrichten zufolge das Großkampfschiff „Marlborough“ vor Erreichung des Hafens gesunken.

Die Hochseeschlacht vor dem Skagerrak war und bleibt ein deutscher Sieg, wie sich allein schon aus der Tatsache ergibt, daß selbst bei Zugrundelegung nur der von amtlicher englischer Stelle bisher zugegebenen Schiffsverluste ein solcher Gesamtverlust von 60 720 deutschen Kriegsschiffstücken ein folder von 117 750 englischen gegenübersteht.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Englische Gefangene über die Verluste in der Seeschlacht.

**Amtlich.** Berlin, 7. Juni. (B. L. B.) Nach der Seeschlacht beim Skagerrak sind von deutschen Seestreitkräften eingebracht: Von „Queen Mary“ 1 Fähnrich, 1 Mann, von „Indefatigable“ 2 Mann, von „Tipperary“ 7 Mann, davon 2 verwundet, von „Restor“ 3 Offiziere, 2 Deckoffiziere, 75 Mann, davon 6 Mann verwundet, von „Romad“ 4 Offiziere, 68 Mann, davon 1 Offizier und 10 Mann verwundet, von „Turbulent“ 14 Mann, alle verwundet. Diese insgesamt 177 Engländer wurden von unseren kleinen Kreuzern und unseren Torpedobooten gerettet. Gefangene, die von der 5. Torpedobootsflottille aufgefischt wurden, haben ausgelegt, daß sie den kleinen Kreuzer „Birmingham“ haben sinken sehen und daß der Schlachtkreuzer „Prinsep Royal“ schon schwere Schlagschiffe gehabt habe, als sein Schwestereschiff „Queen Mary“ unterging. Andere von der 3. Torpedobootsflottille gerettete Engländer haben schriftlich erklärt, daß sie das Sinken der „Warspite“, der „Prinsep Royal“, des „Turbulent“, „Restor“ und „Alcasta“ mit Sicherheit beobachtet hätten.

## Eine englische Verlustangabe.

London, 6. Juni. (W. Z. V.) Unter den Offizieren, die in der Seeschlacht umgekommen sind, befanden sich die Konteradmirale Horace Hoob und Sir R. Arbuthnot. Nach der Verlustliste der Admiralität wurden 333 Offiziere getötet und 24 verwundet. Von den Besatzungen folgender Schiffe sind alle umgekommen: „Indefatigable“, „Defence“, „Black Prince“, „Tipperary“, „Tribulent“, „Romad“ und „Restor“. Von den Schiffen „Queen Mary“, „Invincible“, „Fortune“, „Ardent“ und „Shor“ werden 41 als überlebend gemeldet. Ferner werden 227 als tot oder vermisst gemeldet.

## Der Eindruck vom Tode Kitcheners.

Dem „Amsterdamer Handelsblad“ wird aus London gemeldet, daß die Nachricht von Kitcheners Tod einen niederschmetternden Eindruck machte. In der City stürzten die Menschen aus Restaurants und Bureaus und umringten die Zeitungsverkäufer, denen die Blätter buchstäblich aus der Hand gerissen wurden. Die Sensation in den Klubs war unbeschreiblich. Auf vielen Gebäuden wurden die Fahnen auf Halbmast gehißt. Die Vorhänge in Kriegsanstalten wurden niedergelassen. Die Blätter betrachteten den Tod Kitcheners als eine nationale Katastrophe.

Einem anderen Amsterdamer Blatte wird aus London berichtet, daß die Nachricht vom Untergang der „Dampshire“ die Nation wie ein Donnererschlag getroffen hat. Derselben Korrespondent zufolge hatte der Kreuzer von Beginn seiner Reise an mit schweren Seen zu kämpfen. Es ging ein heftiger Nordwind, der die Rettungsboote wahrscheinlich zum Sinken brachte. Die „Times“ erzählt, daß Kitchener von General Artur Ellerhaw begleitet war, ferner waren ihm der technische Berater des Munitionswissenschaftlers Sir Frederick Donaldson, D'Erine vom Auswärtigen Amt, ein Ingenieur des Munitionswissenschaftlers Robertson, ferner Donaldsons Privatsekretär Rig und der Detektiv Mac Longhin zugeteilt.

Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wird aus London gemeldet, daß Sir William Robertson, der in der letzten Zeit bereits eine wichtige Rolle im Kriegsspiel spielte, allgemein als Kitcheners Nachfolger genannt werde. Auch Lord Derby wird genannt.

## Belagerungszustand in Griechenland?

Petersburg, 6. Juni. (W. Z. V.) Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet aus dem Piraeus: Die griechische Regierung beabsichtigt, den Belagerungszustand über Griechenland zu verhängen und Venizelos sowie seine hervorragenden politischen Anhänger zu verhaften.

## Verhängung der Blockade gegen Griechenland.

Bern, 7. Juni. (W. Z. V.) Der Mailänder „Secolo“ meldet aus Saloniki: Der Viererband hat gestern die Blockade über die griechische Küste verhängt.

Mailand, 7. Juni. (W. Z. V.) Der Korrespondent des „Secolo“ in Saloniki bemerkt zu der Verhängung der Blockade über Griechenland, sie könne genügen, um Griechenland zu einer richtigen Einschätzung der eigenen Interessen zurückzubringen, da die Teuerung aller Lebensmittel direkt unerträglich geworden sei. In Athen eingetroffene Pariser Nachrichten, wonach Frankreich, England und Rußland infolge des deutsch-bulgarischen Vormarsches auf griechischem Gebiete energische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der griechischen Verfassung ergreifen wollten, hätten in Athen lebhafteste Bewegung hervorgerufen. Einige glauben, daß die Maßnahmen, falls die griechische Regierung sich ihnen widersetzen sollte, selbst das Königs Haus in ernste Verlegenheit bringen könnten. Dasselbe Blatt meldet ferner: Die Lage in der griechischen Hauptstadt ist kritisch. Die Minister beraten fast ununterbrochen. Die venizelistische Presse greift die Regierung aufs heftigste an. Venizelos beschuldigt im „Airi“ den Generalkab offen, den Boden für ein deutsch-griechisches Bündnis vorbereitet zu haben. Venizelos fügt hinzu, da die Regierung über ein mobilisiertes Heer verfüge, sei sie bereit, alle Neuerungen des Volkswillens zu unterdrücken.

## Meldung des bulgarischen Hauptquartiers.

Sofia, 6. Juni. (W. Z. V.) Bericht des Generalstabes vom 5. Juni. An der mazedonischen Front weder Ereignisse noch Zusammenstöße von besonderer Wichtigkeit. Die Operationen beschränken sich auf schwache Zusammenstöße zwischen unseren und den feindlichen Patrouillen. Am 3. Juni zerstreute unsere Artillerie zwei feindliche Kompanien nördlich des Dorfes Popovo (östlich des Doiransees) und zwang sie zurückzugehen. Zwei andere Kompanien wurden gezwungen, Verschanzungsarbeiten auf der Höhe 570 nördöstlich des Dorfes Corni Porof aufzugeben und sich in dieses Dorf zu flüchten. Am selben Tage warfen feindliche Flieger Bomben auf die Stadt Doiran und die Dörfer Lugandjik und Nikolitsch, aber ohne jeden Erfolg. Am 4. Juni nahm eine unserer Patrouillen am Doiransee eine französische Patrouille gefangen, die von einem Offiziersassistenten befehligt war. Erwähnenswert ist, daß in den letzten Tagen der Feind Patrouillen gebraucht, die mit griechischen oder türkischen Uniformen bekleidet sind.

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 6. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Dienstag nachmittag. Am rechten Ufer der Maas richteten die Deutschen während der Nacht zwei Angriffe gegen die französischen Stellungen zwischen Vaux und Damloup. Sie scheiterten vollständig. Es ist keinerlei Veränderung der Lage vor dem Fort Vaux zu berichten, das die Deutschen fortgesetzt heftig beschossen.

Paris, 7. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Von der Front nördlich von Verdun wird keine Infanterieaktivität während des Tages gemeldet. Der Artilleriekampf dauerte in der Gegend von Vaux und Damloup mit gleicher Heftigkeit an. Der Bataillonskommandeur Maheul, der das Fort Vaux mit unverminderter Kraft verteidigt, ist zum Kommandeur der Ehrenlegion ernannt worden.

Belgischer Bericht: Wechselseitige Beschießung in der Gegend östlich von Perwez und Ranscapelle.

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 7. Juni 1916. (W. Z. V.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Zur Erweiterung des am 2. Juni auf den Höhen südöstlich von Ypern errungenen Erfolges griffen gestern oberösterreichische und württembergische Truppen die englischen Stellungen bei Hooge an. Der vom Feinde bislang noch gehaltene Rest des Dorfes, sowie die westlich und südlich anschließenden Gräben sind genommen. Das gesamte Höhenland südöstlich und östlich von Ypern in einer Ausdehnung von über 3 Kilometer ist damit in unserer Besitz. Die englischen blutigen Verluste sind schwer. Wiederum konnte nur eine geringe Zahl Gefangener gemacht werden.

Auf dem westlichen Maasufer gingen abends starke französische Kräfte nach heftiger Artillerievorbereitung zu dreimal wiederholten Angriffen gegen unsere Linien auf der Caurettes-Höhe vor; der Gegner ist abgeschlagen, die Stellung lückenlos in unserer Hand.

Auf dem Ostufer haben die am 2. Juni begonnenen harten Kämpfe zwischen dem Caillette-Walde und Damloup weitere Erfolge gebracht.

Die Panzerfeste Vaux ist seit heute Nacht in allen ihren Teilen in unseren Händen. Tatsächlich wurde sie schon am 2. Juni durch die erste Kompanie des Paderborner Infanterie-Regiments unter Führung des Leutnants Radow gestürmt, der dabei durch Pioniere der 1. Kompanie Reserve-Pionier-Bataillons Nr. 20 unter Leutnant der Reserve Anberg wirkungsvoll unterstützt wurde. Den Erfürmern folgten bald andere Teile der ausgezeichneten Truppe. Die Veröffentlichung ist bisher unterblieben, weil sich in und um zugänglichen unterirdischen Räumen noch Reste der französischen Besatzung hielten. Sie haben sich nunmehr ergeben, wodurch einschließlich der bei den gestrigen vergeblichen Entsatzversuchen eingebrachten über 700 unverwundete Gefangene gemacht, eine große Anzahl Geschütze, Maschinengewehre und Minenwerfer erbeutet wurden. Auch die Kämpfe um die Hänge beiderseits des Werkes und um den Höhenrücken südwestlich des Dorfes Damloup sind siegreich durchgeführt. Der Feind hatte in den letzten Tagen verzweifelte Anstrengungen gemacht, den Fall der Feste und der anschließenden Stellungen abzuwenden. Alle seine Gegenangriffe sind unter schwersten Verlusten geschlagen.

Neben den Paderbornern haben sich andere Westfalen, Lipper und Ostpreußen bei diesen Kämpfen besonders hervortun können.

Seine Majestät der Kaiser hat dem Leutnant Radow den Orden Pour le merite verliehen.

### Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage bei den deutschen Truppen ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.



Die Kämpfe um Fort Vaux.

## Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 7. Juni. (W. Z. V.) Amtlich wird veröffentlicht:

### Russischer Kriegsschauplatz.

Von stark überlegenen Kräften angegriffen wurden unsere in Polshynien an der oberen Putilowka kämpfenden Streitkräfte in den Raum von Lud zurückgenommen. Die Bewegung vollzog sich ohne wesentliche Störung durch den Gegner.

In allen anderen Stellen der ganzen Nordostfront wurden die Russen blutig abgewiesen, so nordwestlich von Kasalowka am unteren Sibir, bei Veresjany am Kormintsch, bei Sapanow, an der oberen Strypa, bei Jodlowice, am Injeft und an der bessarabischen Grenze.

Nordwestlich von Tarnopol schlug eine unserer Divisionen an einer Stelle zwei, an anderer sieben Angriffe zurück.

Sehr schwere Verluste hat der Feind auch im Raume von Dina und Dobronucz erlitten, wo seine Sturmkolonnen vielfach in erdbeerter Handgemenge geworfen wurden.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Südöstlich von Asiago setzten unsere Truppen den Angriff bei Cesuna fort.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert ruhig. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Dörfner, Feldmarschalleutnant.

## Die englische Meldung.

London, 6. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Schwere Kampf am Nachmittag östlich von Ypern. Der Feind eröffnete gegen mittag eine heftige Beschießung in der Gegend von Hooge und Ypern; er brachte eine Reihe von Minen zwischen 8 und 4 1/2 Uhr nachmittags an verschiedenen Punkten auf einer 2000 Yards langen Front nördlich von Hooge zur Explosion. Hierauf folgten vergebliche Infanterieangriffe. Unmittelbar nördlich von Hooge drang der Feind nach einer Minenexplosion in die vordersten Gräben ein. Der Kampf dauert an, unsere allgemeine Linie ist noch ungedrohen.

## Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 7. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 6. Juni. Westfront: Bei Tünaburg brach ein nördlich der Eisenbahn nach Poniowicz angelegter deutscher Angriff in unserem Feuer zusammen. In der Nacht zum 5. Juni gingen die Deutschen südlich Smorgon über ihre Drahthindernisse vor, um sich eines vorgeschobenen Grabens von uns zu bemächtigen. Unser Maschinengewehrfeuer und ein Gegenangriff warf sie in ihre Gräben zurück. Am 6. Juni versuchten die Deutschen südöstlich Krewo nach Artillerievorbereitung unsere vorgeschobene Stellung bei Kaschany (10,5 Kilometer südöstlich Krewo) anzugreifen. Von unseren Reserven wurden sie wieder zurückgeworfen.

Auf der Front vom Prypec bis zur rumänischen Grenze bauen unsere Truppen ihren am 5. 6. erzielten Erfolg weiter aus. Bis jetzt ist die Zahl der Gefangenen auf 480 Offiziere und 25000 Mann gestiegen, außerdem wurden 27 Geschütze und mehr als 50 Maschinengewehre erobert.

Kaukasus: An der Front gegen Baibut und gegen Erzjanau wurden mehrere unserer Abteilungen von den Türken angegriffen, die mit Artillerieunterstützung vorgingen. Sie wurden jedoch überall abgewiesen. Bei Khanikin, 180 Werst nordöstlich Bagdad, errangen wir am 3. 6. einen Erfolg gegen die Türken.

## Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 7. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Dienstag. Im Ufficial versuchte der Gegner in der Nacht vom 4. zum 5. während eines Schneesturmes Ueberfälle auf unsere Stellungen im oberen Oranbital und auf dem Palubio, wurde jedoch überall zurückgeschlagen. Gestern gingen feindliche Abteilungen nach starker Artillerievorbereitung zum Angriff auf den Coni Zugna vor. Von unserem ruhigen und genauen Feuer getroffen, wichen sie rasch in Unordnung zurück. Auf der Front Postina-Altach warf der Gegner in der Nacht vom 4. zum 5., dem Sturme trotzend, wieder große Infanteriemassen, die durch heftiges Feuer der Batterien aller Kaliber unterstützt wurden, gegen unsere Stellungen zwischen dem Monte Globe und dem Monte Brazome vor. Infolge des schneelosen Eingreifens unserer Artillerie und der festen Haltung unserer Infanterie gelang es, den Angriff unter schweren Verlusten für die Anstürmenden abzuschlagen. In derselben Nacht glückte es durch einen Gegenangriff, einiges Gelände auf den Westabhängen des Monte Cengio zu gewinnen. Auf der Hochfläche von Asiago hielt der Feind während der Nacht vom 4. zum 5. und am folgenden Morgen unsere Stellungen längs des Tales von Compomulo unter heftigem Artillerie- und Maschinengewehrfeuer. Am Nachmittag unternahm er gegen diese lebhaften und hartnäckigen Angriffe, die jedesmal fruchtig zurückgewiesen wurden. Im Hochcordevole wurde eine feindliche Abteilung auf dem Marsche von Pralongia zum Sief durch die gut gerichteten Schüsse einer unserer Batterien zerstreut. Im Sultatal besaßen wir mit schweren Geschützen die Bahnhöfe von Toblach und Innichen. Am Isongo dauerten die scharfen Angriffe unserer Abteilungen gegen die Linien des Gegners an. Feindliche Flieger warfen Bomben auf Ala und Verona, wo vier Personen verwundet und einiger Schaden angerichtet wurde.

## Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 6. Juni. (W. Z. V.) Hauptquartiersbericht.

An der Front im Abschnitt östlich von Rassiach erbeuteten unsere Rudschids und unsere Truppenabteilungen auf dem Euphrat drei große mit Lebensmitteln für den Feind beladene Segelschiffe und machten die Besatzungen nieder. Im Abschnitt von Fellahie keine Veränderung. Die seit einiger Zeit in Kasri Schirin in Südpersien versammelten russischen Streitkräfte rückten auf einem Nachtmarsch in der Nacht vom 20. zum 21. Mat in der Richtung Kasri Schirin-Rhanfin vor und griffen in drei Kolonnen unsere vorgeschobenen Abteilungen bei Rhanfin an. Während ihre Truppen vom rechten und vom linken Flügel unsere Abteilungen zu umgehen versuchten, wurden sie durch unsere Reserveruppen von hinten und in der Flanke angegriffen. Die Flügeltruppen sowie zwei andere feindliche Einschließungskolonnen wurden zerstreut und zu regelloser Flucht gezwungen; sie wurden einige Zeit von den Unstrigen verfolgt. 57 Gefangene, eine Anzahl Gewehre, Bomben, Kosakenlängen fielen im Verlauf dieses Kampfes in unsere Hände. Die feindlichen Verluste werden auf 800 Mann geschätzt, darunter, wie durch Zählung festgestellt, über 100 Tote.

An der Kaukasusfront ist die Lage auf dem rechten Flügel unverändert. Der Feind unternahm mit zwei Regimentern einen Angriff gegen die von unserer Vorhut besetzten Hügel, 2 1/2 Kilometer nördlich von Waskhöj. Dieser Angriff wurde unter Verlusten für den Feind abgeschlagen. Im Zentrum setzten unsere Truppen stufenförmig und mit Erfolg ihre Offensive fort und sind bis auf acht Kilometer westlich von Wschafale herangerückt. Diese seit einiger Zeit wirksam gegen den linken Flügel des Feindes durchgeführte Offensive wurde seit vorgestern gegen die Stellungen des feindlichen rechten Flügels auf den Ostabhängen des Kopeberges ausgedehnt. Hier vertrieben unsere Truppen durch Bajonettangriffe den Feind aus seinen Stellungen in einer Ausdehnung von 14 Kilometern und jagten ihn 8 Kilometer weiter nach Osten, wobei sie ihm Verluste von über 1000 Mann an Toten und Verwundeten zufügten und 67 Gefangene machten. Um den Rückzug seines linken Flügels zu verhindern, setzte uns der Feind in den Kämpfen, die bis zum Abend des 22. Mat heftig anhielten, hartnäckigen Widerstand entgegen und versuchte von Zeit zu Zeit einige Angriffe, die vor den ungestümen Stürmen unserer Truppen vollständig zusammenbrachen. Unsere Truppen besetzten die beherrschenden Stellungen auf diesem Flügel. Namentlich die Bergseiten des Rairamgebirges, von denen aus unsere Stellungen auf dem Kopeberge wirksam bestrichen werden konnten, fielen gänzlich in unsere Hände. Zwei Schnellfeuergebirgsgeschütze, etwa 100 Waffen, ein Maschinengewehr und fünf Kamellasten, darunter ein Telephonkabel, Lebensmittel und Feldkessel voller fertig zubereiteter Speisen wurden dem Feinde im

Laufe dieses Kampfes abgenommen. Feindliche Aufführungsabteilungen, die herbeieilen, um die Geschütze zu bergen, wurden völlig niedergemacht. So geht die im Zentrum auf einer Front von über 50 Kilometer durchgeführte Offensive trotz der Unbilden der Witterung zu unseren Gunsten weiter. Auf dem linken Flügel wurden die Angriffe und heftigen Ueberfälle, die der Feind mit einem Teil seiner Streitkräfte unternahm, erfolgreich und unter Verlusten für den Gegner abgeschlagen. Sieben feindliche Schiffe beschossen einige Zeit Küste Ada und den Abschnitt östlich davon und riefen einen Brand in diesem Orte hervor. Außerdem wurden zwei Personen verwundet.

Von den übrigen Fronten keine wichtige Nachricht.

**Konstantinopel, 7. Juni. (B. L. V.)** Das Hauptquartier teilt mit: An der Front hat sich auf dem rechten und linken Flügel nichts von Bedeutung ereignet. Im Zentrum vertrieben wir den Feind von neuem aus einigen Stellungen und schlugen ihn weiter nach Osten zurück. Wir erbeuteten Maschinengewehre, eine Menge Waffen und 200 Kisten mit Infanteriemunition. Ein feindlicher Monitor beschoss ein Dorf an der Küste der Insel Keusien und zerstörte zwei Häuser zum Teil. Wir vertrieben durch unser Feuer ein Flugzeug, das über die dortigen Gewässer flog. Sonst nichts von Bedeutung.

### Vom U-Bootkrieg.

**London, 7. Juni. (B. L. V.)** Lloyd's meldet aus Vicata vom 30. Mai. Die Segelschiffe „Redentore“, 228 Brutto-Registertonnen, und „Vallesia“, 248 Brutto-Registertonnen, mit Schwefel auf der Fahrt von Vicata nach Marseille, sind am 30. Mai von einem feindlichen U-Boot versenkt worden. Dasselbe U-Boot hat, wie berichtet wird, noch ein mit Schwefel beladenes, von Porto Empedocle nach Südfrankreich bestimmtes Segelschiff versenkt.

### Aus der italienischen Kammer.

**Rom, 7. Juni. (B. L. V.)** Meldung der Agenzia Stefani. Die Kammer hat gestern ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Ministerpräsident Salandra brachte Vorlagen über die Fürsorge für die Kriegswaisen und Kriegswitwen ein. Er schlug vor, diese Vorlagen durch einen vom Präsidenten zu ernennenden Sonderausschuss prüfen zu lassen und drückt sein Vertrauen darin aus, daß die Kammer sie einstimmig annehmen werde als eine Kundgebung der Dankbarkeit gegenüber denjenigen, die ihr Blut und Leben dahingegen, um die höchste Aufgabe der Verteidigung des geheiligten Bodens des Vaterlandes zu erfüllen und die nationale Einheit zu krönen. (Lebhafte Weisung.) Der Präsident sagte, daß die schnelle Annahme dieser Vorlagen die beste Liebesbezeugung des Parlaments gegenüber den Soldaten sein würde, die fortgesetzt Wunder der Entfaltung und des Heldentums vollbrachten. Der Präsident sagte, er sende der ruhmreichen italienischen Armee und dem Volke, das einen Beweis von so bewundernswürdiger Gelassenheit und mutiger Entschlossenheit gebe, im Namen der Kammer seinen dankbaren Gruß. (Lebhafte anhaltender Weisung.)

**Rom, 7. Juni. (B. L. V.)** Während der gestrigen Besprechung in der Kammer ereigneten sich mehrere Zwischenfälle. Als Salandra in seiner Rede von der Dankbarkeit gegen das Volk sprach, sprang Giacomo Ferri auf und schrie: Das Volk bezahlt die Rechnung eurer Raschläufigkeit! Hierauf entstand ein großer Tumult in dem Saal, bei den Journalisten und auf den Tribünen, Ausrufe: „Verräter, Verräter“, wurden laut. Aldano gab Turati Erläuterungen zu der Internierungsfrage ab und erklärte sich im Prinzip mit der Internierung der Ausländer einverstanden, bedauerte jedoch, daß außerhalb der Kriegszone zahllose italienische Bürger ohne jeden überzeugenden Grund von ihren Wohnstätten entfernt und jeder Art von Kränkung unterworfen worden seien. Redner beschäftigte sich insbesondere mit diesem Teil der Frage und bedauerte, daß die Regierung die im vorigen Dezember übernommenen Verpflichtungen nicht einhielt. Turatis Rede wurde von offiziellen sozialistischen Abgeordneten beiläufig, Salandra und der den Minister des Innern werden wahrscheinlich heute Turati antworten. „Corriere della Sera“ bemerkt, daß einige von Turati aufgedeckte Mißgriffe unbestreitbar seien.

### Englische Friedensliga.

Der „Vossischen Zeitung“ wird gemeldet: Amsterdam, 7. Juni. Aus London berichtet mein Gewährsmann, daß sich die englischen Friedensgesellschaften und Vereinigungen zusammengeschlossen und einen gemeinsamen Ausschuss eingesetzt haben, der bereits bestimmte Forderungen zur Herbeiführung des Friedens aufgestellt hat. Die frühere Bereitwilligkeit Deutschlands, auf gewisser Grundlage in Friedensverhandlungen einzutreten, ist Gegenstand längerer Beratungen dieses gemeinsamen Ausschusses gewesen. Der Ausschuss hat auch schon der englischen Regierung einen Vorschlag unterbreitet, von dem er glaubt, daß er eine geeignete Handhabung für Verhandlungen bieten könnte. Sir Edward Grey soll sich der Ansicht des Ausschusses angeschlossen und erwidert haben, die englische Regierung billige die Handlungsweise des Ausschusses, nur könne sie nicht unmittelbar der Frage näher treten. Inzwischen haben weitere Beratungen stattgefunden mit dem ausgesprochenen Erfolge, daß die englische Regierung sich zu weiterem Entgegenkommen bereitfinden würde, wenn sie von irgendeiner zuständigen Stelle darum angegangen werden würde, doch werde nicht gewünscht, daß Amerika einen solchen Schritt tue. Nach ihrer letzten Sitzung hat sich die Friedensliga daraufhin noch einmal an die Regierung gewandt, wobei sie darauf hinwies, daß eine Beschleunigung der Angelegenheit ratsam erscheine, weil die Verhältnisse, die den Frieden herbeiführen können, immer ungünstiger würden.

### Ein Erfolg der Dienstverweigerer.

Wir haben schon mehrfach über die Verfolgungen der Dienstverweigerer in England berichtet. Am 25. Mai fanden bereits 500 Männer mit religiösen oder Gewissensbedenken gegen die Dienstpflicht unter Anklage. Eine Anzahl von ihnen ist zu mehreren Jahren harter Arbeit verurteilt worden. Große Aufregung hatte die Tatsache hervorgerufen, daß plötzlich 17 junge Leute an die Front nach Frankreich geschickt und mit der Todesstrafe bedroht wurden, wenn sie sich „angeseht des Feindes“ weigerten, den Befehlen Folge zu leisten.

Das war etwas die englischen Begriffe von der Freiheit der Ueberzeugung und der Respektierung geistiger religiöser und moralischer Anschauung so Verleidendes, daß von allen Seiten die Proteste gegen das Vorgehen der Militärbehörden und der Regierung kamen. Am 22. Mai gab daraufhin Lord Ritchener im Oberhause bekannt, daß Widerstand leistende Männer mit Gewissensbedenken (Conscientious Objectors) aus den Händen der Militärgerichtsbarkeit genommen und von Zivilgerichten abgeurteilt werden sollten. Ritcheners Worte ließen nicht klar erkennen, wie diese Angelegenheiten künftig behandelt werden sollten. Ein fester Plan liegt wohl auch noch nicht vor, aber der

„Manchester Guardian“ teilt mit, daß anzunehmen sei, alle Conscientious Objectors, die durch ihren beharrlichen Widerstand die Ernsthaftigkeit ihrer Ueberzeugung beweisen hätten, würden aus der Armee genommen werden. Eine Anzahl der Dienstverweigerer hätte sich, als es ernst wurde, mit dem Dienst abgefunden; sie hätten dadurch gezeigt, daß ihre Ueberzeugung nicht unumstößlich gewesen wäre. Die anderen dagegen, deren Wille auch durch die härteste Behandlung nicht gebrochen werden konnte, sollen vor die Zivilgerichte kommen. Auch sie sollen nicht frei sein, sondern zu nationaler Arbeit verpflichtet werden.

Das ist zweifellos ein Fortschritt, wenn auch noch nicht feststeht, was aus den jungen Leuten werden wird, wenn sie sich weigern, nationale Arbeiten zu verrichten, die in irgendeinem Zusammenhang mit dem Kriege stehen.

Die Militärbehörden und die Regierung haben natürlich auch erkannt, daß ernsthaftes Dienstverweigerer ein Vorkas und eine Gefahr für das Heer sind. Aus der Dast der Leute wurde dauernd gemeldet, daß die Ueberzeugungsmannschaften zu ihrer Ueberzeugung bekehrt wurden. Einer der Antimilitaristen schrieb vom Lager, daß „alle Soldaten in den Häuten ringsum nachts die „Rote Fahne“ sängen zur großen Bestürzung der militärischen Autoritäten“. Im Oberhaus hatte Lord Courtney auf das Törichte des schärferen Vorgehens gegen die Dienstverweigerer aufmerksam gemacht. Er verlangte zwar auch Strafe, aber er erklärte es für unmöglich, die Leute zu zwingen. Sie lassen sich nicht zwingen. Am besten halte jedoch das Mitglied eines schottischen Militärtribunals die Sache einfach. Als ein Conscientious Objector um Befreiung nachsuchte, beantragt er, diesem Mann absolute Befreiung zu geben, um der Armee willen. Mit diesen Ideen würde er ein ganzes Regiment demoralisieren.“

Viele der Dienstverweigerer sind Mitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei, und es ist anzunehmen, daß diese Männer, die um ihrer Ueberzeugung willen so standhaft gelitten haben, später auch in politischen Kämpfen nicht von ihrer Ueberzeugung abgehen werden, mag der Streit noch so heftig sein. Die Männer sind die Hoffnung der nächsten Zukunft.

### Die Glasgower Arbeiter gegen die Dienstpflicht.

Die schottischen Mitglieder der Arbeiterpartei sind wenig entzückt von dem Verhalten ihrer Abgeordneten im Unterhaus in der Wehrpflichtfrage. Auf der Jahreskonferenz der Glasgower Labour Party kam das deutlich zum Ausdruck. Mit 116 gegen 4 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, die zunächst prinzipiell die Dienstpflicht ablehnt und dann in den bestimmten Ausdrücken die Abgeordneten verurteilt, die für die Dienstpflicht stimmten. Sie verlangt ferner die Einberufung einer nationalen Konferenz, um die neu geschaffene Situation zu besprechen und schließlich mit einer besonderen Anklage gegen George R. Barnes, den Arbeiterabgeordneten des Wahlkreises, dessen Rede und Abstimmung sich in direktem Gegensatz zu der Meinung der organisierten Arbeiter Glasgows befunden habe.

Die Minorität stimmte nur deshalb nicht für die Resolution, weil sie die Verurteilung ihres Abgeordneten in der Resolution nicht ausgesprochen haben wollte. — In der Diskussion fielen harte Worte, es wurde von Betrug der Arbeiter durch die militärischen Arbeiterabgeordneten gesprochen. „Labour Leader“ teilt mit, daß nur etwa 20 Mitglieder der J. L. P. (Unabhängige Arbeiterpartei) anwesend gewesen seien und er schließt aus der ganzen Stimmung, daß in nicht allzu langer Zeit „jede Arbeiterorganisation für den Frieden auf demokratischen Prinzipien kämpfen wird.“

### Der Nachfolger Yuanschikais.

**Peking, 7. Juni. (B. L. V.)** Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Vizepräsident Li Juan-Yung hat vorläufig die Präsidentschaft übernommen.

### Politische Uebersicht.

#### Gefährdung der preussischen Steuervorlagen.

Im Gegensatz zu dem Abgeordnetenhaus, das die erhöhten Zuschläge zur Einkommensteuer und zur Ergänzungsteuer nur auf ein Jahr bewilligen will, hat die Kommission des Herrenhauses die ursprüngliche Regierungsvorlage wiederhergestellt, wonach die Zuschläge Geltung haben sollen für die Zeit vom 1. April 1918 bis zum Beginn desjenigen Etatsjahres, für das ein nach Abschluß des Friedens mit den europäischen Großmächten aufgestellter Staatshaushalt in Kraft tritt. Falls sich das Plenum des Herrenhauses diesen Beschluß seiner Kommission zu eigen macht, ist das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet. Herr von Seydewitz hat am 30. Mai im Abgeordnetenhaus ausdrücklich anerkannt, seine Freunde würden dem Gesetz nicht zustimmen, wenn der Termin und die Geltungsdauer verändert werden sollten. Sollte dies in einem späteren Stadium der Verhandlungen eintreten, so würden sie wahrscheinlich genötigt sein, gegen ein solches Gesetz zu stimmen. Das war ein deutlicher Hinweis an das Herrenhaus. Auch Dr. Vorsa erklärte für das Zentrum, daß seine Partei die Vorlage ablehnen müsse, falls die Geltungsdauer verlängert wird. Auf den gleichen Standpunkt stellten sich die Redner aller übrigen Parteien. Wenn trotzdem das Herrenhaus an dieser einmütigen Willensäußerung des anderen Parlaments vorbeigehet, so beweist es dadurch nur, daß es es auf eine Kraftprobe ankommen lassen will. Wir sind begierig, wie diese Kraftprobe ausfällt.

#### Eröffnung der bayerischen Kammer.

Zu Beginn der Sitzung der Kammer der Abgeordneten wandte sich der Präsident v. Drexler mit einer Ansprache an die Abgeordneten, die sich erhoben hatten. Er schloß damit:

„So sehen wir trotz aller Schwierigkeiten doch ringsum ein frohes Hoffen, und vielleicht nähren die großen Erfolge der letzten Wochen in unseren Herzen mit Recht eine stille Friedenserwartung, die ja wohl in aller Herzen lebt, eine Hoffnung auf einen Frieden aber, der nur dann für uns erstrebenswert und annehmbar ist, wenn er ein ehrenvoller und dauernder ist, ebensolch den unendlichen Opfern, die wir mit seltener Gedemütigkeit und Einmütigkeit gebracht haben, und die, wenn es die bittere Notwendigkeit erfordert sollte, das deutsche Volk und seine Verbündeten auch fernerhin zu bringen entschlossen sein werden und müssen.“

#### Württemberg's Finanzen.

Im Entwurf des Finanzgesetzes und des Hauptfinanzgesetzes für das Rechnungsjahr 1918 sieht die württembergische Regierung einen Kriegsausgleich zur Einkommensteuer vor, durch den der Staatskassensatz rund drei Millionen Mark zugeführt werden sollen. Nach Einstellung dieser Mehreinnahme beläuft sich der Staatsbedarf auf 121.086.432 M., der Fehlbetrag auf 5.248.045 M. Vorgesesehen ist eine Erhöhung der Einkommensteuer auf 125 Proz. der Einheitsätze, 20 Proz. mehr, als im Vorjahre erhoben wurden.

#### Ein wichtiger Beschluß für Kriegsbeschädigte.

Der Stadtrat in Freiburg i. B. ergänzte den § 5 der Bestimmungen über die Vergütung von Arbeiten und Versicherungen für die Stadt Freiburg dahin:

„Unternehmern, die sich ohne hinreichenden Grund weigern, Kriegsbeschädigte einzustellen, oder ihnen keine angemessene Entlohnung gewähren, sollen städtische Arbeiten oder Lieferungen nicht übertragen werden.“

### Dr. Lenz als Kolonialenthusiast.

Gestern abend fand in der „Biltharmanie“ die Versammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft statt, zu der der Vorstand dieser Gesellschaft neben anderen Parlamentariern auch den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Lenz als Redner gewonnen hatte. Was die vier bürgerlichen Herren (Amtsgerichtsrat Schwarz vom Zentrum, Dr. Stresemann von den Nationalliberalen, Harzer Raumann von der Freisinnigen Volkspartei und Graf v. Helldorf von den Konservativen) zu sagen hatten, war abolut nichts Neues; ihr Standpunkt zur Kolonialpolitik ist bekannt, und es kann höchstens noch betont werden, daß sie sich allesamt zur Weiterführung und Ausdehnung dieser Politik bekennen, verklärt durch eine noch gesteigerte Flottenpolitik. Einzig und allein das Austreten Dr. Lenz's an dieser Stelle, das von uns ja bereits gemeldet wurde, fiel aus dem sonst gewohnten Rahmen dieser Versammlungen. Das mußte Lenz auch selbst zugeben, da auch er es als sonderbar erklärte, daß er als Redner eingeladen war und seinen Red gegeben habe.

Was Dr. Lenz über die Notwendigkeit einer deutschen Kolonialpolitik selbst sagte, ist für den, der seine Wandlung während des Krieges verfolgt hat, auch nichts Neues gewesen. Er unterschied sich in seiner Auffassung in nichts von den übrigen Rednern, in Begeisterung für die Kolonialpolitik übertraf er aber selbst den Grafen Helldorf. Unter der Unantastbarkeit der deutschen Grenzen versteht er auch die vollständige Erhaltung der deutschen Kolonien, deren Wert nach seinen Worten auch von der gesamten Sozialdemokratie jetzt anerkannt werde, nachdem England durch seine Absperzungspolitik ihn klar gemacht habe. Für diese Behauptung konnte er allerdings nur die Stimmen zweier Gewerkschaftler anführen, die in dem bekannten Buche „Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis“ sich dahin ausgesprochen hatten, daß Deutschland Kolonien brauche, um im eigenen Besitz von Rohstoffen zu sein, und daß deshalb auch die Arbeiter ein Interesse am Kolonialbesitz hätten.

Da dieser Meinung in der Parteipresse schon Widerspruch entgegengekehrt worden ist, hatte Lenz absolut kein Recht, im Namen der Sozialdemokratie überhaupt, geschweige denn im Namen der gesamten Sozialdemokratie zu sprechen. Er mag sehen, wie er mit dem stürmischen Beifall, den er mit seiner falschen Erklärung bei seinen Zuhörern erhielt, später fertig werden wird. Wir können hier nur erklären, daß über eine veränderte Stellung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur Kolonialpolitik zu reden, Dr. Lenz kein Mandat besaß. Was er sprach, war nur seine eigene Meinung und schließlich noch einiger anderer in der Arbeiterbewegung tätiger Männer. Wie die Partei als Ganzes darüber denkt, wird sich erst später feststellen lassen.

#### Gemütsmenschen.

Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt zum Tode Ritcheners: „Da das deutsche Volk nach dem Worte des Reichskanzlers die Sentimentalität verlernt hat, so wollen wir ruhig der Empfindung Ausdruck geben, die die Nachricht vom Untergang Ritcheners und seines Stabes bei uns ausgelöst hat: es ist eine ebenso grimmige wie berechtigteste Freude darüber, daß, und zwar abermals durch unsere Marine, ein Mann den Tod gefunden hat, der zu den gefährlichsten und unerbittlichsten Schürern des Weltkrieges gehört hat.“

#### Alte polizeiliche Methoden.

Am 4. Juni sollte in Weich, einem kleinen Landorte bei Adm, eine Besprechung von sozialdemokratischen Frauen stattfinden. Es wurden etwa 20-25 Genossinnen erwartet. Zur Verhinderung dieser „Versammlung“, die sich mit Lebensmittelfragen beschäftigen sollte, erschienen ein Gendarmerie-Überwachmeister, ein Gendarm, ein Polizeidiener, ein Flurschütz. Sie folgten dem als Redner erschienenen Genossen Solmann aus Adm auf Schritt und Tritt, um zu verhindern, daß er Privatgespräche mit den Frauen führe und sich Notizen mache. Auch als er mit einem Tugendigen Frauen einen kleinen Spaziergang unternahm, schlossen sich zwei Gendarmen an. Dem Wirt war durch ein Schreiben des Bürgermeisters angekündigt worden, daß er sich strafbar mache, wenn er die Versammlung stattfinden lasse. Die Mitgliederzusammenkunft wurde also vereitelt.

#### Bezugscheine für Web-, Wirt- und Strickwaren.

Ueber die von der Reichsbekleidungsstelle geplanten Maßnahmen zur Streckung der Vorräte in Web-, Wirt- und Strickwaren erfährt „Der Konfektionär“ folgendes:

Die Einführung einer Kleiderkarte nach Art der bereits bestehenden Lebensmittelkarten ist nicht beabsichtigt. Es sind vielmehr Bezugscheine für den Kauf von Web-, Wirt- und Strickwaren bis zu einer gewissen Preisgrenze in Aussicht genommen, die nach Vorkprüfung durch Interessentengruppen (Gewerkschaften, Handlungsgeldbesitzerverbände u. a.) ziemlich leicht zu erhalten sein werden. Eine wesentliche Hemmung des Geschäftsverkehrs dürfte also kaum zu erwarten sein. Es soll nur ein übermäßiger Verbrauch an notwendigen Bekleidungsgegenständen vermieden werden. — Die Reichsbekleidungsstelle wird auch auf die Preisgestaltung von Textilwaren einwirken. Für diejenigen Textilwaren, welche aus den von uns besetzten Gebieten (Belgien, Frankreich, Rußland-Polen) stammen und durch die Reichsbekleidungsstelle dem Verbraucher über den Groß- und Kleinhandel zugeführt werden, soll unter Verhinderung der Speien und der üblichen Manipulation der Verdienst des Groß- und Kleinhandels nach oben hin beschränkt werden.

#### Beschlagnahme von Gummiummi.

Am 11. d. Monats wird darauf hingewiesen, daß durch die Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Bestandüberhebung von Gummiummi, Gummiabfällen und Regeneraten vom 1. April 1918 als Gummiabfälle, Gummiummi und Regenerate, sofern der Vorrat ein- und derselben Person 1 Kilogramm übersteigt, beschlagnahmt und am 1. Juni dieses Jahres von neuem bei der Kaufaufmeldestelle der Kriegs-Rohstoffabteilung, Berlin W 9, Potsdamer Straße 10/11, zu melden sind. Die beschlagnahmten Vorräte dürfen nur an die Beauftragten der Kaufaufmeldestelle zu den in der Bekanntmachung betreffend Höchstpreise für Gummiummi und Gummiabfälle vom 1. April 1918 festgesetzten Preisen verkauft oder geliefert werden.

Wie frühere Sammlungen von Gummi gezeigt haben, finden sich immer wieder Gummiabfälle aller Art in Haushaltungen und Betrieben an. Im Interesse einer weiteren Verfolgung der Industrie mit Material für die Herstellung neuer Gummiummungen legt es, alle, auch kleine Mengen von Gummiabfällen den Sammelagern von Gummi zuzuführen.

Um den einzelnen Personen, die für die Abgabe von kleinen Mengen Gummi in Betracht kommen, die Ablieferung möglichst zu erleichtern, dürfen in den Städten und Gemeinden zweckmäßig Sammlungen zu veranstalten oder Sammelstellen zu schaffen sein, an die in den Haushaltungen vorgefundene Gummiabfälle abzuliefern wären. Als Entschädigung für die einzelnen Klassen der Abfälle können jedoch keine höheren Vergütungen gewährt werden, als die in der oben angeführten Bekanntmachung bestimmten Höchstpreise. Die gesammelten Abfälle wären dann durch die Gemeinden an die Beauftragten der Kaufaufmeldestelle abzuführen.

# Gewerkschaftliches.

## Kriegsbeschädigtenfürsorge im Malergewerbe.

Auch im Malergewerbe beschäftigen sich seit längerer Zeit die Unternehmer- und Gehilfenorganisationen damit, wie den aus dem Kriege zurückkehrenden beschädigten Berufsangehörigen am besten geholfen werden kann. Schon im November vorigen Jahres unterbreitete der Verband der Maler, zugleich im Auftrage der übrigen Arbeiterorganisationen, den Unternehmerorganisationen bestimmte Vorschläge über gewisse Grundsätze, nach denen bei der Unterbringung und Beschäftigung kriegsbeschädigter Berufsangehöriger von den beiderseitigen Organisationen Verfahren werden sollte. Diese wurden dann im Laufe der Zeit weiterberaten und nach einigen Abänderungen kürzlich von allen Seiten angenommen.

Im Malergewerbe — im weitesten Sinne gefaßt — ist die Unterbringung kriegsbeschädigter Arbeiter mit manchen Schwierigkeiten verknüpft. Die Arbeiten werden hier zum weitaus größten Teile nur außerhalb der eigentlichen Werkstätten auf fortgesetzt wechselnden, oft sehr primitiv eingerichteten Arbeitsstellen unter ganz verschiedenartigen Verhältnissen hergestellt. Darum muß jeder einzelne Arbeiter in der Regel selbständig tätig sein können, mit Ausnahme vielleicht und unter ganz besonderen Bedingungen in den wenigen großen Betrieben, die eine gewisse Teilarbeit einrichten können. Die Arbeiter des Malergewerbes sind aber auch Witterungseinflüssen, schädlichem, teils sogar giftigem Staub und erheblichen Unfallgefahren ausgesetzt; sie müssen ihre Tätigkeit fast vollständig auf Leitern oder von in der Regel recht flüchtig, weil zu vorübergehendem Gebrauch erbauten Gerüsten verrichten. Das alles muß dem vielfach geschwächten Organismus der Kriegsbeschädigten, die sicher mehr zu gewissen Krankheiten neigen und körperlich natürlich hilfloser sind als völlig gesunde Menschen, sehr nachteilig sein.

Sonach müßte hier bei der Beschäftigung von Kriegsbeschädigten in deren Interesse und im Allgemeininteresse auf einen erhöhten Gesundheits- und Unfallchutz Bedacht genommen werden. Zweifellos werden ärztliche Wissenschaft und Technik auch manchen beschädigten Gehilfen wieder zu verhältnismäßig guten Leistungen allgemeiner Art zu befähigen vermögen.

Die nunmehr abgeschlossenen Richtlinien für die Tätigkeit der Unternehmer- und Gehilfenorganisationen bestimmen, daß diese sich gemeinsam bemühen sollen, die kriegsbeschädigten Arbeiter möglichst wieder ihrem früheren Berufszweige, wenn angängig auch dem früheren Betriebe, zuzuführen. Meister und Gehilfen sollen ferner den kriegsbeschädigten Berufsangehörigen behilflich sein, daß sie entsprechend der Anpassungsfähigkeit ihrer verletzten Glieder ihre Arbeitsleistung möglichst bis zu der eines gesunden Arbeiters steigern können. Kriegsbeschädigte, die nicht mehr als Gehilfen beschäftigt werden können, sollen möglichst anderen Arbeitsleistungen zugeführt werden, zum Beispiel als Hilfskräfte in Kontoren, Ateliers, in der Materialverwaltung, zur Beaufsichtigung und Bedienung. Auch zur Weiterbildung soll angeregt werden. Dabei sollen die Fach- und Fortbildungsschulen in Anspruch genommen und die Reichs-, Staats- und städtischen Behörden erjucht werden, die notwendigen Unterhaltungs-

mittel zu gewähren. Zur Unterbringung kriegsbeschädigter Maler- und Lackierergehilfen in anderen geeigneten Berufen sollen die beiderseitigen Verbände Fühlung mit den anderen Fürsorgestellten pflegen. Zur Arbeitsvermittlung sind in erster Reihe alle auch sonst für das Malergewerbe in Betracht kommenden oder von besonderen Fürsorge-Organisationen für die Kriegsbeschädigten eingerichteten Arbeitsnachweise zu benützen. Wo kein Arbeitsnachweis besteht, sollen die örtlichen Verbände für die Unterbringung der Kriegsbeschädigten wirken. Den Arbeitsnachweisen bzw. Organisationen wird empfohlen, mit den örtlichen Fürsorgestellten, Lazaretten, Heilanstalten und Behörden rechtzeitig in Verbindung zu treten, um mit diesen über das fernere Fortkommen der in ihrem Berufe nicht verwendbaren Gehilfen zu beraten. Es soll ferner den beiderseitigen Verbandsvorständen über die Zahl der sich meldenden und in Beschäftigung gebrachten Kriegsbeschädigten Mitteilung gemacht werden.

Die Entlohnung der Kriegsbeschädigten hat nach den Bestimmungen des Reichstagsvertrages für das Malergewerbe zu erfolgen. Danach sind die mit den weichen Invalidität oder Alter minderleistungsfähigen Gehilfen vereinbarten niedrigeren als tariflich festgesetzten Löhne den Ortsstarikämtern mitzuteilen. Eine geringere als tarifmäßige Entlohnung darf nicht lediglich auf eine Kriegsbeschädigtenrente gestützt werden, es muß vielmehr eine tatsächliche Minderleistungsfähigkeit bestehen.

Es ist zu wünschen, daß es die beiderseitigen Organisationen besonders an den einzelnen Orten mit der Durchführung der getroffenen Vereinbarungen recht ernst nehmen.

### Berlin und Umgegend.

#### Die Leitergerüstbauer und der Parteistreit.

Eine Versammlung der Leitergerüstbauer befaßte sich eingehend mit der Schreibweise und der Beilegung des Parteivorstandsflugblattes in den „Couriers“. Durch die Beilegung des Flugblattes im „Courier“, nimmt die Sektion an, haben sich Vorstand und Redaktion zur Postzeit des 4. August bekannt und haben die Verantwortung dafür zu tragen. Die Mehrheit der deutschen Arbeiter aber steht auf einem anderen Standpunkt und die Sektion der Leitergerüstbauer auch. Auch der Redakteur, der den Artikel über den Körnerbau geschrieben habe, und der den Arbeitern den Rat gibt, ihre Kinder aufs Land zu schicken, um dort zu arbeiten, gehört nicht auf den Posten als Redakteur einer Arbeiterzeitung. Den Branchen werde verboten, sich mit Parteifragen zu beschäftigen, uns ist die Tagesordnung Partei und Gewerkschaft nicht gestattet worden, aber im „Courier“ könne man lesen, wie Leute ihre die Partei schädigenden Giertänze aufführen und die Minderheit beschimpfen.

Eine Resolution fand einstimmige Annahme, in der bedauert wird, daß die Schreibweise des „Couriers“ trotz wiederholter Proteste, immer noch dieselbe geblieben sei. Die Leitergerüstbauer verzichteten deswegen fernerhin auf Justellung des „Couriers“.

### Deutsches Reich.

#### Der Dachdeckerverband im Jahre 1915.

Vor Kriegsausbruch zählte der Verband 8168 Mitglieder. In das neue Geschäftsjahr wurden 4079 Mitglieder übernommen. Ein sehr erheblicher Teil ging wegen Arbeitslosigkeit in andere Berufe über und wurde so der Organisation entfremdet. Eifrige Werbetätigkeit füllte manche Lücke wieder aus, so daß am Schluß des Jahres 2678 Mitglieder vorhanden waren. Die Mitgliederziffer ist seit diesem Frühjahr wieder im ständigen Steigen begriffen, der Verband hofft, daß der tiefste Stand überwunden ist.

Ein Mitgliederbeiträge gingen im Jahre 1915 67 072 M. ein. Davon erhielten die Mitglieder wieder in Form aller Art von Unterstützungen zurück 66 605 M. Es flossen also sämtliche Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen wieder an die Unterstützungsberechtigten zurück. Alle übrigen Kosten für Verwaltung, Bewegungen, Agitation usw. wurden aus den übrigen Einnahmen und dem vorhandenen Kassenbestand gedeckt.

Zaribewegungen aller Art, Forderungen nach Kriegs- und Teuerungszulagen wurden in 108 Orten durchgeführt. Hierdurch ist von den Berufsgeossen eine durchschnittliche Aufbesserung von 4—5 Pf. die Stunde erreicht worden. In den weitaus meisten Fällen wurde die Erhöhung der Löhne allerdings in der Form von Teuerungszulagen oder Kriegszulagen bewilligt. Nur in 39 Orten ist der erhöhte Lohn in der Form verlängerter Tarife als tarifmäßiger Zuschlag vereinbart worden. Die meisten Tarife wurden auf ein Jahr verlängert, ein erheblicher Teil aber auch kurzweg bis nach Beendigung des Krieges, oder, was wohl auf das gleiche herauskommt, bis nach Friedensschluß. In einer Reihe von Städten ist ein tarifloser Zustand eingetreten. — Der Kassenbestand ist nur gegen das Jahr 1914 um 3000 M. gesunken, obgleich in 18 Monaten über 80 000 M. an Kriegs- und Arbeitslosenunterstützungen ausgegeben worden sind. Die Arbeitslosigkeit ist durchweg als schlecht zu bezeichnen. Von 179 befragten Ortsverwaltungen haben nur sieben die Frage mit gut alle übrigen mit schlecht beantwortet. Die Bautätigkeit liegt überall daneben. Trotzdem ist eigentliche Arbeitslosigkeit nicht vorhanden, da die Arbeitskräfte knapp sind und ein Teil in anderen Berufen unterkommen gefunden hat.

### Teuerungszulagen in Genossenschaftsbäckereien.

Die Konsumvereine in Ammendorf bei Halle, Erlangen, Jena, Merseburg, Pieschen bei Dresden und in Sagan zahlten nach der „Vader- und Konditorzeitung“ ihren Arbeitern Teuerungszulagen teils einmal, teils laufend, teils auch als Mietzuschüsse.

### Ausland.

#### Die Mitgliederbewegung der schweizerischen Gewerkschaften im Jahre 1915.

Die „Gewerkschaftliche Rundschau“, das Organ des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, veröffentlicht soeben die Statistik der ihm angeschlossenen 19 Verbände, die demnach Ende 1915 64 073 Mitglieder zählten gegen 65 177 Ende 1914 und 89 308 Ende 1913. Acht Verbände weisen eine Mitgliederzunahme, elf eine weitere Mitgliederabnahme auf. Der vereinigte Metall- und Uhrenarbeiter-Verband zählt 21 321 Mitglieder gegen 20 904 Ende 1914. Der zweitstärkste Verband, die Arbeiterunion schweizerischer Transportanstalten hat eine Abnahme von 14 729 auf 14 073 Mitglieder erfahren. Die im Berichtsjahr verschmolzenen Verbände der Handels-, Transport- und Lebensmittel-Arbeiter zählten Ende 1915 zusammen 5452 Mitglieder gegen 4824 Ende 1914 und der Holzarbeiterverband ist von 3953 auf 4174 wieder emporgekommen. Mitgliederzunahme haben weiter erfahren die Verbände der Buchbinder, der Gemeinde- und Staatsarbeiter, des Lokomotivpersonals und der Schneider.

Die schweizerischen Gewerkschafter sehen trotzdem zuversichtlich der Zukunft entgegen, die ihnen neue Erstarfung, Fortschritte und Erfolge bringen wird!

### Eingegangene Druckschriften.

- Zur Halbsrage. Von Dr. J. Junz. 24 S. — Verlag des „Berliner Aktionär“, Berlin, Lindenstr. 36.
- Vätertrübsal in Oesterreich. Von J. Ottmann und J. Koller. 2 B. — W. Braumüller, Wien und Leipzig.
- Wilder aus der märkischen Vorzeit. Von Dr. A. Rieckebusch. 240 S. — D. Reimer, Berlin SW. 48.
- Wiking-Bücher. Band 18: Die Schulbank der Liebe. Von H. Hirschberg-Jura. — Band 19: Kerker. Von B. Schaefer. Einzelband geb. 1 M. — Verlag der Wiking-Bücher, Leipzig.

# Blusen & Röcke für Pfingsten!



Bluse aus Schleierstoff, mit schöner Stickerei und schönem Kragen 7.—

Die so beliebte, praktische Schleierstoffbluse mit dunklem Blumenmuster. Feine Verarbeitung 10.75

Neuere Form in Blusen. Der hübsche Kragen und der hübsche Saum mit doppeltem Hohlraum verziert 8.50

Praktischer Rock aus rau kariertem Ware mit besonders hübschen Taschen 9.50

Weißer Rock aus Friesstoff, glatte Form, hübscher Gürtel 9.—

Waschrock aus gutem Friesstoff mit hübscher Nieder- u. Knopfgarnierung, glatter Fall 7.50

Rönigstraße 33  
Am Bahnhof Alexanderplatz  
Sonntags geschlossen!

Chausseestraße 113  
Zeim Steinhilber Bahnhof

# Der neue 12-Milliarden-Kredit vom Reichstag bewilligt

61. Sitzung. Mittwoch, den 7. Juni 1916, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsitz: Staatssekretär Graf Rüdern, Dr. Helfferich.  
Der Gesetzentwurf über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete wird debattelos in zweiter und dritter Lesung angenommen.

## Es folgt die Fortsetzung der dritten Beratung des Kriegskontrollgesetzes.

Die Rechnungs-Kommission empfiehlt die Annahme sowie eine Resolution, die die Berufung einer Kommission zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen wünscht, zu welcher vom Reichstag zu wählende Mitglieder und Sachverständige zuzuziehen sind.  
Abg. v. Brodhagen (L.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu den Kommissionsbeschlüssen; durch die Resolution sei den Wünschen seiner Partei Rechnung getragen.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Das Besiechen der gewünschten Kommission könnte zu einer Verzögerung der Geschäfte der Rechnungs-Kommission führen; auch dürfen unter keinen Umständen die Arbeiten der Kommission zu einer Verzögerung der für den Krieg notwendigen Geschäfte führen. Prinzipiell läßt sich gegen die Kommission nichts einwenden. Ich werde sobald als möglich eine Entschließung der Verbündeten Regierungen über die Resolution herbeiführen.

Der Gesetzentwurf wird angenommen.  
Es folgt die Fortsetzung der

## dritten Lesung des Etats.

Beim Postetat bittet

Abg. Gubrich (Op.) um wohlwollende Prüfung der Wünsche der Beamten.  
Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte über die Ausgaben angenommen.

Abg. Zubeil (Soz. Arb.) [zur Geschäftsordnung]:

Durch diesen Schluß der Debatte ist mir die Möglichkeit genommen, auf die Ausführungen des Staatssekretärs in der zweiten Lesung zu antworten und nachzuweisen, daß es sich bei dem von mir erwähnten Fall der Markenentwertung nicht um ein Versehen, sondern um eine beabsichtigte Entwertung handelte.

Bei den Einnahmen regt

Abg. Dr. Arendt (Deutsche Fraktion) die Einführung einer Kriegsmarke an.  
Beim Etat der Reichsdruckerei führt

Abg. Kunert (Soz. Arb.)

Klage über die dort übliche Lohnrückläufigkeit gegenüber den Kriegsschädigten, die sie beschämend und schamlos. (Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung). Den dort beschäftigten Kriegsschädigten werden Rentenbezüge auf den Lohn angerechnet. Das verstoßt nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ausdrücklich gegen die guten Sitten. Gerade diesen Männern, die ihr Blut und ihre Knochen draußen eingesetzt haben, gilt es, die Lebensfreudigkeit zu erhalten, ihr Selbstbewußtsein nicht herabzudrücken. Wir sind unerbittliche Gegner des Krieges und der gesamten Kriegspolitik. Aber gerade darum verlangen wir, daß die Wunden, die der Krieg geschlagen, so schnell als möglich geschlossen werden. (Bravo! b. d. Soz. Arb.)

Staatssekretär des Reichspostamtes Kracke:

Die Rentenbezüge vom Lohn abzuziehen, ist unzulässig. Sollte in der Reichsdruckerei tatsächlich so verfahren werden, so werde ich für Abhilfe sorgen.

Vor der Abstimmung über den Gesamtetat erklärt

Abg. Ebert (Soz.):

Ueber die Stellung meiner politischen Freunde zum Etat habe ich folgendes auszusprechen: Der dem Reichstag vorgelegte Entwurf des Etats für 1916 enthält unter den Einnahmen den Betrag von 480 Millionen Mark aus Kriegssteuern. Gemäß dem vom Reichstag beschlossenen neuen Steuergesetz und deren Einwirkung in den Etat wird nicht nur der Betrag von 480 Millionen, sondern ein voraussichtlich weit höherer Betrag aus den Erhöhungen der Post- und Telegraphengebühren, des Frachtfuhrstempels, ferner aus der Warenumschlagsteuer, schließlich aus der vermehrten Tabakabgabe aufgebracht werden.

Reine Fraktion hat diese neuen Steuern abgelehnt, weil sie Handel und Verkehr und Verbrauch schwer belasten würden. Die Aufnahme derartiger neuer Steuern in den Etat veranlaßt uns, diesem Etat unsere Zustimmung nicht zu geben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die sozialdemokratische Partei hat schon in der ersten Zeit des Krieges die Forderung erhoben, daß die Kriegsgewinne zur Deckung der Kriegskosten im weitesten Maße herangezogen werden müssen. Die lange Dauer des Krieges gebot, außer dem im Kriege gemachten Gewinn, den Rest im allgemeinen, Einkommen und Vermögen, für die Ordnung der Reichsfinanzen in Anspruch zu nehmen. Der Herr Reichskanzler hat hier wiederholt die Opferfreude des deutschen Volkes gepriesen. Auch gestern hat er in treffenden Worten auf den Opfermut unseres Volkes hingewiesen. Bei den neuen Steuererlassen ist leider nicht nach diesen Worten gehandelt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Mitten im schweren Existenzkampf des Deutschen Reiches waren einzelne Schichten der Bevölkerung in der Lage, sich zu bereichern und oft ohne irgend welche volkswirtschaftliche Bemühungen große Kapitalien aufzubauen. Der Krieg, der die soziale Gerechtigkeit hätte entwickeln sollen, hat Triumphe der Selbstsucht gezeitigt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Andererseits müssen weite Kreise unseres Volkes ganz außerordentliche Opfer bringen. Zahlreiche Gewerbetreibende und Handwerker erleiden schwere Einbußen und die große Masse der Untermittelten wurde von der Not der Zeit aufs äußerste heimgesucht. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es wäre in dieser Lage unerlässliche Pflicht des Reiches gewesen, die durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Volksteile von neuen Steuerlasten zu verschonen. Schon deshalb dürften auch keinesfalls neue Verbrauchs- und Verbrauchssteuern vorgeschlagen und beschlossen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Verbündeten Regierungen haben aber hartnäckig an dem partikularen Gedanken festgehalten, der dem Reich die Heranziehung des Vermögens und des Einkommens zu den Reichslasten verweigert. Sie sträuben sich gegen die Abkehr von alten und veralteten Bahnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wie soll da im Volke Vertrauen erwachsen auf eine gerechtere Verteilung der Lasten bei den in Zukunft bevorstehenden weit größeren Steueransprüchen des Reiches, wenn sogar inmitten der Kriegnot so schroffe Zumutungen gewagt werden, wie sie in den neuen Verbrauchs- und Verbrauchssteuern enthalten sind! Durch diese Steuern wird nach unserer Ueberzeugung nicht nur ein verhängnisvoller politischer Fehler begangen, sondern auch eine schwere Ungerechtigkeit gegen das Volk, das so viele Opfer gebracht hat und jeden Tag noch bringt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Es kommt hinzu, daß in der inneren Politik die notwendigsten Forderungen politischen und sozialen Fortschritts unberücksichtigt bleiben. In den ersten Perioden des Krieges konnte noch mit einem Schein von Berechtigung gesagt werden, daß ein Ausbau der politischen Zustände mitten im Kriege allzu große Schwierigkeiten bereite. Aber der Krieg dauert 22 Monate, und in so langer Zeit wäre es sehr wohl möglich gewesen, die Bahn zu neuem frei zu machen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Kaum eine Fessel veralteten Polizeigeistes ist gelöst, und noch immer verlaute nichts von der

## Reform des Klassenwahlrechts

in Preußen und in anderen Bundesstaaten. (Erneute Zustimmung bei den Soz.)

Auf dem Gebiete der Versorgung des Volkes mit Nahrungsmitteln hat man nicht die Entschlossenheit ausgebracht, die zur Sicherung der Ernährung und zum Schutze gegen Auswanderung notwendig ist. (Sehr richtig!) Die Energie, mit der man auf dem Gebiete der Veranschaffung, Erzeugung und Verteilung von Lebensmitteln vorgehen mußte, betätigt man auf dem Felde des Belagerungszustandes und der Zensur. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Statt durch Aufhebung des Belagerungszustandes zu beweisen, daß man dem deutschen Volke das Vertrauen entgegenbringt, auf das es sich durch seine Leistungen und sein Verhalten Anspruch erworben hat, duldet man die Ausbreitungen der Zensur und überließerte damit die Presse der Willkür des Zensors. (Sehr richtig!)

Dies alles erfüllt die weitesten Kreise unseres Volkes mit Verwirrung nicht nur, sondern mit Mißstimmung und Erbitterung. Es ist unsere Pflicht, dieser Stimmung deutlichen Ausdruck zu geben und aufs eindringlichste gegen diesen Kurs der inneren Politik Einspruch zu erheben. Wir fordern, daß dem Volke, das für diesen schweren Krieg so gewaltiges geleistet hat, in der Entwiklung von Recht und Freiheit, sowie in der Vesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse endlich ein weiteres Entgegenkommen bewiesen wird. Da die Regierung es bisher daran fehlen ließ, ergibt sich auch für uns hieraus die Schlußfolgerung, den Etat abzulehnen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Etat wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft angenommen.

Es folgt die Beratung der neuen

## Kreditvorlage,

durch die 12 Milliarden angefordert werden.

Reichsfinanzsekretär Graf Rüdern:

Der letzte vor sechs Monaten beschlossene Kriegskredit nähert sich seiner Erschöpfung. Mein Amtsvorgänger wies im Dezember darauf hin, daß die monatlichen Kriegskosten sich bei uns auf etwa zwei Milliarden belaufen. Ich kann heute mitteilen, daß sie seit Beginn dieses Jahres im Durchschnitt jedes Monats sich etwas unter dieser Zahl bewegen, daß sie im Februar und April 1900 beziehungsweise 1900 Millionen, im Januar, März, Mai und Juni zwei Milliarden betragen haben. Das ist um so bemerkenswerter, als unsere Kampftruppen sich nicht verringert haben. Das stetige Vordringen unserer Truppen im Halbdreis um Verbund erfordert naturgemäß einen großen Munitionsvorbrauch. Unsere Heerführer leisten eine Arbeit von außerordentlicher Präzision und die gleiche Genauigkeit herrscht in den Zentren aller mobilen und immobilen Truppenteile. Die Stabilität unserer Kriegskosten ist daher auch ein Beweis für die sparsame und genaue Finanzwirtschaft in unserem Heere. (Beifall.) Auch für die nächste Zukunft können wir mit etwa zwei Milliarden Kriegskosten monatlich rechnen, und deshalb erbittet die Regierung einen Betrag von 12 Milliarden, der für ungefähr sechs Monate ausreicht. An Ihre Bewilligungsfähigkeit und an die Opferwilligkeit des gesamten Volkes werden damit große Ansprüche gestellt. Aber unsere und unserer Verbündeten Kriegskosten erreichen bei weitem noch nicht die der Gegner. Für England betragen die täglichen Kriegskosten annähernd 100 Millionen, monatlich eine Milliarde mehr als bei uns. In Frankreich belaufen sich die täglichen Kriegskosten in den letzten sechs Monaten auf durchschnittlich 60 Millionen pro Tag, also annähernd wie bei uns. Die Verhältnisse in Rußland und bei unseren anderen Feinden liegen weniger klar, doch kann das Verhältnis der Kriegsausgaben unserer Verbündeten und unserer Gegner etwa wie 1:2 geschätzt werden.

Die Verbündeten Regierungen denken nicht daran, schon jetzt wieder an den Anleihemarkt heranzutreten, wir werden uns wie bisher mit kurzfristigen Schatzanweisungen behelfen und die Anleihe erst ausgeben, wenn die hoffentlich recht gute Ernte eingebracht und den Sparlasten wieder neue Gelder zugeflossen sind, also nicht vor dem September. Für das Gelingen auch dieser Anleihe erbittet ich schon jetzt die Mitwirkung aller der Kreise, die zu dem Gelingen der bisherigen Anleihen geholfen haben. Von unseren Kriegsausgaben sind dank dem Vertrauen des Volkes in seine eigene Kraft 40 Milliarden durch Kriegs-anleihen und 26 durch Bankanleihen gedeckt, also mehr als 2/3 der gesamten Kriegsausgaben, mehr als in jedem anderen kriegsführenden Lande sind konolidiert. England hat kaum 50 Proz., Frankreich nur 1/2 konolidiert. Von der vierten Kriegs-anleihe sind bisher 90 Proz. des gezeichneten Betrages eingezahlt, und zwar ohne Störung der Volkswirtschaft. (Hört! hört!) Von den Darlehenslasten sind für diese vierte Anleihe nur 431 Millionen zur Verfügung gestellt, also noch nicht 5 Proz. des bisher eingezahlten Betrages (Hört! hört!), ein Beweis, auf welchen reellen Grundlagen unsere Kriegswirtschaft beruht.

Der Entschluß zur Uebernahme meines neuen Amtes wurde mir erleichtert durch diese günstige finanzielle Lage, ferner durch die enge dienstliche Verbindung, in der ich mit meinem Amtsvorgänger bleiben werde, und schließlich durch die weitgehende Hilfe, die die Reichsbank uns während der ganzen Kriegszeit gewährt hat. Eine der wichtigsten Aufgaben der Finanzverwaltung ist das Zusammenarbeiten mit den Finanzverwaltungen der Bundesstaaten; die richtige Abfassung der Steuerquellen des Reiches und derjenigen der Bundesstaaten und der Gemeindeverwaltungen war von jeher das Alpha und Omega der Finanzverwaltung des Reiches.

Nachdem ich erst vor wenigen Tagen mein Amt übernommen habe, wäre es vermessend von mir, ein Programm zu entwickeln. Jedenfalls wird das Finanzinteresse des Reiches bei der Prüfung der finanziellen Lage an erster Stelle stehen müssen, doch müssen wir die finanziellen Grundlagen der Bundesstaaten und der Kommunalverbände stets im Auge behalten. (Sehr richtig!) Ich wage heute noch nicht, Sie zu bitten, das Vertrauen, das Sie meinem Amtsvorgänger gezeigt haben, ohne weiteres auf mich zu übertragen. Wohl aber kann ich Sie bitten, es dem Reichsbankamt und dem Stabe meiner Mitarbeiter zu bewahren. (Zustimmung.) Wenn zum Kriegsführen nach einem alten Worte Geld und noch einmal Geld gehört, so kann die Finanzverwaltung dieses Geld doch nur beschaffen, wenn die wesentlichen Grundlagen der Volkswirtschaft durch die Art der Kriegsführung gesichert sind. Daß dem so ist, verdanken wir unserem Heer und unserer Marine, dem Heere, das im Osten und Westen den Krieg weit in Feindesland hineingetragen hat, der Marine, die nicht nur unsere Küsten zu schützen verstanden hat, sondern auch den überlegenen Feind in offener Seeschlacht zu schlagen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Laubsberg (Soz.):

Die Hoffnung, daß weitere Summen als Kriegsanleihen von uns nicht mehr gefordert werden würden, hat uns getäuscht. Wir hätten alle den sehnlichen Wunsch nach Frieden. Jeder, der ernsthaft den Frieden fördern will, wird uns willkommen sein, wir werden niemanden zurückstoßen. Unsere politischen Grundzüge gestatten uns nicht, einen Mann, der Friedensverhandlungen anbahnen will, mit groben Worten zu verschücheln. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir wissen, daß die Scheiben, die von Politikern eingeschlagen werden, von den Wählern begahrt werden müssen, und wir trauen uns zu, zu unterscheiden, ob Friedensvorschlüge, die uns gemacht werden, mit unserer Ehre und Würde vereinbar sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Krieg darf nicht geführt werden bis zum Zusammenbruch der Kultur; wir wollen den Krieg nicht führen, bis die Feinde ohnmächtig am Boden liegen, wir wollen mit den anderen großen Völkern ein selbständiges politisches und wirtschaftliches Leben führen — das ist unser Kriegsziel, und wir wissen uns darin eins mit der großen Masse des Volkes. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Zurzeit scheint die Friedensfrage auf dem toten Punkt angelangt zu sein. Wir wissen, daß es ausschließlich von unseren Gegnern abhängt, wann die Verhandlungen beginnen sollen. Kein deutscher Staatsmann wird, wenn die Geneigtheit zu solchen Verhandlungen sich zeigt, sich dem entgegenstellen, und kein deutscher Staatsmann wird zur Vorbedingung solcher Verhandlungen machen, daß die Gegner sich für besiegt erklären. Gäbe es einen solchen Staatsmann, meine politischen Freunde würden ihn auf das schärfste bekämpfen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir lehnen es ab, deutsches Blut und fremdes Land in eine Gleichung zu bringen. Das Blut deutscher Volksgenossen steht uns zu hoch im Werte, als daß wir es als Preis für noch so ausgedehnte Landgebiete hingeben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Es gibt kein Land, das dieses Blut ausgleichen könnte, ausgenommen eines: Deutschland. Dafür, daß Deutschland gesichert ist und sich wirtschaftlich entwickeln kann, setzen wir uns ein. Nicht dafür, daß es auf einer unübersehbaren Reihe von Schlachtfeldern liegt, um auf dem letzten selbst zusammenzubrechen. Das Ziel, das unsere Freunde sich setzen, ist noch nicht erreicht, deshalb stimmen wir der Vorlage zu. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Haase (Soz. Arb.):

Der Gegenstand, der uns von den bürgerlichen Parteien und von der Regierung trennt, ist gestern bereits von meinem Freunde Ledebour gekennzeichnet worden. Unser Kampf gilt nicht einer Person, sondern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und dem sie stützenden System. (Sehr richtig! bei den Soz. Arb.) Wir betrachten die Tragödie des Weltkrieges von dem Standpunkt unserer sozialistischen Grundzüge und richten danach auch unser parlamentarisches Verhalten. Gerade nach den Erfahrungen des Krieges haben wir nichts von unseren Grundzügen aufgegeben. Wir sind und bleiben Gegner des Imperialismus, der diesen Krieg herbeigeführt hat, und wir denken nicht daran, die imperialistische Politik durch unsere Zustimmung irgendwie zu unterstützen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. Arb.) Die Zerstörung von Gütern und Menschenleben in diesem Kriege übertrifft alles, was die lästige Quantität jemals angestellt hat. Auf den Schlachtfeldern verbluten Hunderttausende, im Innern haben wir Leiden und Entbehrungen, wie der Reichskanzler selbst ausgegeben hat. Die armen und mittleren Volksschichten leiden ganz ungeheuerlich. (Sehr wahr! bei den Soz. Arb.) In dieser Situation fordert man von uns einen neuen Kriegskredit von 12 Milliarden Mark. Die Masse des Volkes trägt kein Verlangen nach der Fortsetzung des Krieges — die Massen sehnen den Frieden herbei. Aber alle Friedensgespräche der bisherigen Art führen nicht zum Frieden, sie können nur fruchtbar sein, wenn sie beruhen auf dem ehrlichen Willen des friedlichen Zusammenlebens mit den anderen Völkern unter Ablehnung aller Annektionen. (Sehr richtig! bei den Soz. Arb.)

Die Sozialisten in den kriegsführenden Staaten denken nicht daran, irgend ein Bollwerk zu errichten und ihm die Bedingungen des Friedens diktiert zu wollen, selbst wenn das erreichbar wäre. Die Massen sehnen sich nach Frieden, nach Verständigung der Völker, nach friedlicher Kulturarbeit, an Stelle der grauenvollen Vernichtung. (Sehr wahr! bei den Soz. Arb.) Die Arbeiter insbesondere wollen ihre internationalen Beziehungen für die Zukunft noch fester knüpfen, um wirksamer als in der Vergangenheit der Völkerverheerung überall entgegenzutreten und trotz aller Erschütterung der Welt die Verwirklichung ihrer sozialistischen Ideale durchzuführen. (Sehr wahr! bei den Soz. Arb.) Kein Friedensvermittler darf bei uns (sehr angesehen werden, jede Vermittlung aus neutralen Ländern ist uns willkommen. Wir wissen aber, daß die Hauptaufgabe bei dem Friedenswert die Massen der beteiligten Völker selbst zu leisten haben. Die Massen sind es, die nicht nur den Hauptteil der ungeheuren Opfer an Blut zu tragen haben, sondern die Steuererlöse, die gestern angenommen worden sind, lassen keinen Zweifel mehr darüber aufkommen, daß auch nach dem Friedensschluß die gewaltigen Opfer an Gut hauptsächlich ihnen aufgebürdet werden sollen. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.) Wer diese Kredite bewilligt, muß sich also darüber klar sein, daß die bürgerlichen Parteien und die Regierung entschlossen sind, die Deckung zum großen Teil aus den Taschen der Arbeiterklasse zu nehmen. (Sehr richtig! bei d. Soz. Arb.) Aus grundsätzlichen Erwägungen haben wir vorher den Hauptetat abgelehnt, um so mehr lehnen wir natürlich diesen für uns noch viel schwerwiegenderen Nachtragsetat ab. Als 1911 der Reichstag geschlossen war, traf von der englischen Arbeiterpartei eine Friedensadresse an die deutsche sozialdemokratische Reichstagsfraktion ein. Dasselbe beantwortete sie und seine bewundernswürdigen Worte bleiben für uns unvergessen:

Die Arbeiterklasse, die auf dem Schlachtfelde der Industrie und des Ackerbaus Jahr für Jahr ungezählte Hektatonnen an Menschenleben opfern muß im Interesse ihrer Ausbeuter, trägt kein Verlangen, auch noch den imperialistischen Gelüsten ihrer herrschenden Klassen zuliebe noch viel größere Opfer zu bringen.

Kann die bürgerlich kapitalistische Welt nicht mehr ohne Völkermassenschlächtereien bestehen, dann ist es Zeit, daß sie einer anderen sozialen Ordnung Platz macht, in der Friede, Freiheit und menschliches Glück nicht mehr der Gier einer Minderheit nach immer größerer Macht und immer größerem Reichtum geopfert werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. Arb.)

Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich:

Das deutsche Volk wird sich damit abfinden, daß es Leute gibt, die auch in diesem Kriege eine Bestimmung in sich tragen, wie sie eben der Abg. Haase bekundete, die auch in diesem Kriege den Kampf gegen die kapitalistische oder gegen irgend eine Gesellschaftsordnung für wichtiger halten als den Kampf gegen den äußeren Feind. Es wird sich auch damit abfinden müssen, daß Herr Haase seine sozialistischen Grundzüge wichtiger findet als die Existenz der deutschen Nation. (Bravo! rechts, Gelächter bei den Soz. Arb.) Wenn Herr Haase meinte, die Verweigerung der Kriegskredite bedeute für ihn Stellungnahme gegen die imperialistische Politik, so kann ich ihm nur antworten: Wenn er mehr bedeuten würde, als er bedeutet, so würde die Ablehnung der

Kriegskredite bedeuten die Förderung der imperialistischen Politik Englands. (Bravo! rechts. Lachen bei der Soz. Arb.)

Vizepräsident Dr. Baasche:

Die Debatte ist geschlossen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Der Abg. Haase war gemeldet! — Zurufe rechts: Die Debatte ist geschlossen!) Die Meldung ist übersehen worden, der Abg. Haase hat selbstverständlich das Wort. (Abg. Graf Westarp: Jeder blamiert sich, so gut er kann.)

Abg. Haase (Soz. Arb.):

Nichten Sie diese Worte an die geeignete Stelle. (Sehr gut! bei der Soz. Arb.) Der Herr Staatssekretär Helfferich scheint es als seine Aufgabe zu betrachten, bei jeder Gelegenheit hier im Hause gegen die linke Seite dieses Hauses Angriffe zu richten (Widerpruch. Sehr richtig! bei der Soz. Arb.), die zwar das Bestreben verraten, an gewisser Stelle sich bemerkbar zu machen, die aber keineswegs von einem Verständnis zeugen für die großen Fragen, die uns erfüllen. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb. Lachen rechts.) Der Staatssekretär sollte eben soviel wissen, daß unsere sozialistische Anschauung in keiner Weise in Widerspruch steht mit unserem Verlangen, die Existenz des Deutschen Reichs, freilich auch die Existenz aller anderen selbständigen Staaten aufrecht zu erhalten. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Der Staatssekretär spricht hier mit einem Mafse von Ueberhebung (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) und in einem Tone, wie er hier nicht oft gehört worden ist gegen eine Partei dieses Hauses, während er doch selbst wahrlich nicht gezeigt hat, obwohl er aus den Kreisen des Finanzkapitals heraus kam, daß er fähig geworden ist, dem deutschen Volke in dieser schweren Zeit eine wirkliche Finanzreform zu geben. Er ist also am allerwenigsten der Mann, von der Bedeutung oder Unbedeutendheit eines anderen Mannes zu reden. An politischer Bedeutung und Weisheit können es sehr viele Abgeordnete dieses Hauses mit ihm aufnehmen. (Sehr gut! bei der Soz. Arb.)

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Bei dem, was ich gesagt habe, glaube ich, im Interesse des Vaterlandes handeln zu müssen. Auf persönliche Angriffe gegen mich zu antworten, habe ich keinerlei Veranlassung. (Lachen bei der Soz. Arb., Lachen rechts.) Damit schließt die Debatte.

Der Nachtragsetat mit den Kriegskrediten wird bewilligt; ebenso auf Antrag Wassermaun (natl.) sofort in dritter Lesung.

Es folgt die Aussprache über die

### Ernährungsfrage.

Abg. Graf Westarp (L.)

berichtet über die Verhandlungen der Kommission. Nach zweieinhalbständigem Bericht kommt der Redner zu dem Schluß: Der Ausnahmekrieg ist für dieses Erntejahr und damit für alle Zeit geschleiert, denn schlechter als im vorigen Jahr kann die Ernte nicht werden, und andererseits wird an der Organisation zur Sicherung der Ernährung dauernd und mit Erfolg gearbeitet. Unsere Truppen draußen sollen es wissen: nun der Ernährungsfrage wollen draußent der Krieg nicht einen Tag früher abgedroht zu werden als die militärische Lage es erfordert. (Bravo!)

Abg. Dr. Wanger (Z.):

Die offene Aussprache über die Ernährungsfragen läßt das Publikum auf und zeigt zugleich dem Ausland, daß es seine Hoffnung auf die Ausbesserung Deutschlands endgültig aufgeben muß. Die Schaffung einer Zentralstelle für die ganzen Ernährungsfragen haben wir schon lange gefordert. Manche zutage getretenen Mängel der Organisation hätten vermieden werden können, wenn man das Kriegsernährungsamt früher geschaffen hätte. Die Zentraleinkaufsgesellschaft hat sich so ziemlich bewährt. Sie möge dafür sorgen, daß die Donauwasserstraße bis in die bayerischen Amischlagshäfen verlängert wird. Wenn Herr v. Batacki sich in den nächsten Wochen zunächst vor allem um die Interessen der Konsumenten kümmern zu wollen erklärt hat, so hat das gewiß seine Berechtigung. Aber die Zugriffe in die Erzeugung dürfen nicht derart sein, daß sie etwa dauernd Schaden leidet. Aus dem Ernährungsamt darf kein Verzehrungsamt werden. (Sehr gut! im Zentrum.) Die Hauptfrage ist schließlich, daß unsere Truppen draußen ordentlich versorgt sind. Der Ausdehnung der viehlosen Wirtschaft muß entschieden entgegengetreten werden. (Sehr richtig!) Die Einschränkung des Fleischgenusses, die im Inland notwendig ist, haben wir in Bayern schon längst. Sehr wichtig wird die Heranbringung des nötigen Futters für die Obstkonfektionierung sein. Das Gemälde darf nicht zu teuer werden, sonst ist es für den kleinen Mann als Ersatz für Fleisch auch nicht zu brauchen. (Sehr richtig!) In der Kartoffelfrage wird das Kriegsernährungsamt hoffentlich eine glücklichere Hand haben als bisher die Regierung.

Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.):

Die Regierung hat dem Volke die Wahrheit gesagt, nur muß auch das Volk der Regierung die Wahrheit sagen. Seit 1 1/2 Jahren arbeitet die Regierung an der Organisation der Volksernährung. Trotzdem sind die Verhältnisse nicht besser, sondern schlechter geworden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Ergebnis der monatlichen Arbeit ist steigende Erbitterung des Volkes (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), ist nicht Ordnung sondern Anarchie. Nun ist der Diktator gekommen. Vor die Wahl zwischen Anarchie und Diktator gestellt, würden wir den Diktator vorziehen. Aber ist es denn überhaupt ein Diktator? Das Kriegsernährungsamt ist eine Behörde, der Präsidenten Beamter. Außerdem untersteht er auch der Kontrolle des Reichstages. Zu der Kontrolle des Reichstages, des Reichsfanzlers und Bundesrats kommt noch der Umstand, daß bei der Ernährung des Heeres der Kriegsminister allein zu entscheiden hat; bedenkt man dann den neunköpfigen Vorstand, den fünfzigköpfigen Beirat, so bleibt von dem Diktator nicht viel übrig. Der Präsident des neuen Ernährungsamts soll ein preussischer Junker sein; aber nicht nach seiner Gesinnung, nach seinen Taten werden wir ihn beurteilen. Freilich scheint es schon jetzt, als ob er sich seine Maßnahmen diktiert läßt von einer profitgierigen Ernährungsindustrie und heutigetägigen Agrariern. — Auch nach der Neuordnung kann der Bundesrat seine verhängnisvolle Tätigkeit oder vielmehr Untätigkeit fortsetzen, während der Hauptzweck der Neuordnung doch sein sollte, eine von den Bundesinstanzen unabhängige Reichszentrale zu schaffen. Auch der Kriegsminister ist dem Präsidenten des Ernährungsamts untergeordnet insofern, als er gegen dessen Willen Anordnungen in Bezug auf die Ernährung des Heeres treffen kann.

Der Ernährungsbeirat muß in allen wichtigen Fragen gehört werden, aber vor der Entscheidung des Präsidenten. Die jetzige Stellung des Reichstages ist der Volksvertretung unwürdig. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Reichstag darf zwar reden, aber zu jaagen hat er nichts. Der Reichstag bleibt aber schließlich doch für alles verantwortlich. Deshalb muß sein Wille in Zukunft mehr gehört werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Präsidenten wird die Durchführung der Reichs fleischkarte und die Vereinfachung der Ausführungsverordnungen unter Durchführung einer einheitlichen Verteilung über das ganze Reich sein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Draußen kämpfen die deutschen Stämme vereint in Not und Tod, dahinein streiten sie sich um die Nahrungsmittel. Das ist eine der widerwärtigsten Erscheinungen, die an die alte Kleinrenterei erinnert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die straffe Zentralisation muß allen Widerständen zum Trotz auch wirklich durchgeführt werden. Die Massenspeisungen begreifen wir; doch wird ihre Durchführung nicht leicht sein und man darf sie auch nicht überschätzen und meinen, daß damit nun alle Fragen gelöst seien. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man spricht bei diesen Massenspeisungen schon wieder von Mittelstandslügen. Von unserem Standpunkt aus finden wir nichts dabei, wenn die Frau Kommerzienrätin mit dem Arbeiter an einem Tische sitzt. Aber hier richtet man gleich wieder die Klassenscheidung ein. Und dann verlangt man von uns, daß wir den Klassenkampf aufgeben.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Klassenkampf wird von selbst aufhören, wenn es keine Klassen mehr gibt, wenn Arbeiter und Junker gleichberechtigte Mitglieder der menschlichen Gesellschaft sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die schwierigste Aufgabe des Ernährungsamts liegt auf dem Gebiet der Produktion. Es handelt sich da nicht nur um die Landwirtschaft, sondern auch um die Industrie der Erzeugnisse. Hier ist ebenso wie bei den Konserven eine scharfe Staatskontrolle nötig. Nur ein Beispiel für die beispiellose Gewinne: die Pommerischen Meiereien haben bei 100 000 Mark Aktienkapital 200 000 Mark verdient! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

An zwei Grundbäben frant unsere Volksernährung: die Reichsregierung schütet das Volk nicht vor Ausbeutung, und die Not trifft nur einen Teil des Volkes. Die Strafen für den Wucher sind lächerlich gering. Eine Brotsfabrik in Hamburg, die zu ihren Broten 20 Proz. Weismehl und 80 Proz. Holzmehl nahm und für 80 000 Mark solche Brote verkauft hatte, wurde mit 500 Mark bestraft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Schlimmer noch ist

der erlaubte Wucher,

aber ist es kein Wucher, wenn ein Gl 81 und 85 Pf. kostet, wenn für einen Pentner Kartoffeln 8—9 M. genommen wurden und ähnlich bei Fleisch. Die Hauptschuld trifft die Reichsregierung, die den Preistreibern ruhig zugehört hat — aber was soll man von einer Regierung erwarten, die zuzugibt, daß die Reichsgetreidestelle das Mehl zu einem 100 Prozent höheren Preis als den Einkaufspreis verkauft, daß die Kriegsernährungsstelle 60—70 Millionen Mark Gewinn gemacht hat. Daß diese Millionen in die Staatskasse fließen, ist gar keine Entschuldigung, diese Monopolpreise der Kriegsgesellschaften sind indirekte Kriegssteuern schlimmster Art. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Versteigerungsgesellschaft, die von 26 Bauern gegründet wurde, hat ihren Gründern gestattet, 4 Mill. Mark an Kriegsanleihe zu geben und außerdem noch 15 Mill. Mark Gewinn einzusteden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Versteigerungsgesellschaft ist eine kapitalistische Räubergesellschaft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung muß die Namen dieser 26 Gründer bekanntgeben. Woher nehmen wir noch den Mut, über die skrupellosen amerikanischen Ausbeuter und ihre Kriegslieferungen zu sprechen. Sie heuten doch nur fremde Völker aus, die deutschen Kapitalisten aber ihr eigenes Volk.

Vizepräsident Dr. Baasche:

Ich bitte solche scharfen Ausdrücke zu unterlassen. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) In einer solchen Allgemeinheit kann ich diese Äußerung nicht zulassen. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Zurufe: Sie ist aber wahr!) Der Abg. Wanger hat gerufen: Ich unterstütze den Wucher. Ich rufe ihn zur Ordnung. (Erneute große Unruhe.)

Abg. Hoffmann (fortfahrend):

Das Volk kann gar nicht mehr wissen, was Recht und was Unrecht ist. Einem Kleinbändler wird der Prozeß gemacht, wenn er die Höchstpreise um 1 Pf. überschreitet. Die Pommerischen Meiereien verdienen bei 100 000 M. Kapital 200 000 M., also 200 Proz. Die Versteigerungsgesellschaft verdient 5000 Proz., aber diese Gesellschaften treiben keinen Wucher. Wie soll das Volk da noch an Gerechtigkeit glauben. Erst nach dem Kriege werden wir erfahren, welche ungeheuren sittlichen Werte im Volke zerstört worden sind. (Lebhaftes Sehr wahr!) Die Not trifft nicht die Bevölkerung, sondern nur einen Teil.

Wer das nötige Geld hat, kann noch genau so leben wie früher.

Die Klassengegensätze treten bei der Ernährung scharf in die Erscheinung. Vom Tische des Reichen sind die Lederbissen noch nicht verschwunden. Auf dem Tische des Armen fehlt selbst das Brot. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch der Gegensatz zwischen Stadt und Land ist nicht geringer geworden. Soweit es möglich ist, muß auch die Ernährung der Landbevölkerung in die allgemeine Regelung eingeschlossen werden. (Zurufe rechts: Das geschieht!) Nein, das ist nicht der Fall. Der Bauer hat Milch, Butter, Käse in unbeschränktem Maße zur Verfügung. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Der Präsident des Ernährungsamts hat selbst erklärt, in den nächsten Wochen soll auf die Erzeuger keine Rücksicht mehr genommen werden, auch die ländliche Bevölkerung wird sich Beschränkungen auferlegen müssen. (Zurufe rechts: Sie tut es! — Zurufe links: Nein, sie tut es nicht!) Der Herr ist ja selbst Großgrundbesitzer und der muß die Verhältnisse wohl kennen. Als er diesen Anspruch tat, wurde sofort dagegen von konservativer und nationalliberaler Seite protestiert, im preussischen Abgeordnetenhaus jetzt auch vom Zentrum. Es ist immer dasselbe agrarische Lied: die Stimmung der Produzenten muß geschont werden. Nach der Stimmung der Konsumenten wird nicht gefragt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Bauern können sich gar nicht vorstellen, wie schwer die städtische Bevölkerung sich durchschlägt. Unentgeltlich für die unteren Volksschichten sind die Reden über das Durchhalten von denen, denen das Durchhalten nicht die geringsten Unbequemlichkeiten macht. Die Regierungsvertreter haben sicherlich nicht die richtige Einsicht in die Verhältnisse der Großstädte. Die Situation ist weit ernster, als sie ahnen. Man sorge für gleiche Ernährung von reich und arm. Will man das nicht, so verschone man wenigstens die Leute mit dem Neden vom Durchhalten. Herr Arath sprach im Abgeordnetenhaus davon, man müsse das Volk bei guter Stimmung erhalten, und fünf Minuten später verlangte er in derselben Rede eine Erhöhung der Kartoffelpreise. (Hört! hört! bei den Sozialdem.) In diesem Zusammenhang sind seine ersten Worte noch viel schlimmer als eine patriotische Phrase.

Wucher und Unternehmerprofit sind Zwillinge

und zum Verwechseln ähnlich. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Daher sind die ärgsten Schreier gegen den Wucher so häufig an anderer Stelle des Wirtschaftslebens die schlimmsten Ausbeuter. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Länger als ein Jahrhundert hat man das Profitmachen und Sparen als höchste Tugend gepriesen. Dadurch können es die Produzenten und Händler nicht verstehen, daß diese Tugend im Kriege ein Verbrechen sein soll. Die Grundzüge der kapitalistischen Gesellschaft sind so fest in die Köpfe eingeschämmert, daß man sie nicht plötzlich herausbringen kann. Wir können die Menschen nicht ändern und verlangen daher eine Aenderung der Institutionen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Alle Nahrungsmittel von einiger Bedeutung müssen beschlagnahmt und gerecht verteilt werden. Für alle müssen Höchstpreise bestehen. Die teilweise Beschlagnahme war verfehlt und ist jetzt unhaltbar. Die Lebensmittel müssen auch zu erschwingbaren Preisen zu haben sein. Für große Teile der Bevölkerung hat die Fleischkarte gar keinen Wert, denn sie können das Fleisch nicht kaufen. Die gleiche Verteilung der Lebensmittel zwischen arm und reich verlangt das einfache Gebot der Solidarität und das Gebot der Volksgesundheit. Bei so vielen Milliarden für Kriegszwecke sollten auch einige Milliarden für die Volksernährung abfallen. (Sehr wahr! bei den Soz.) In der sozialistischen Gesellschaft wäre eine solche Wirtschaft unmöglich. Für die Notwendigkeit der sozialistischen Gesellschaft hat der Krieg allen Völkern den wirklichen Anschauungsunterricht erteilt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die bisherige Ernährungspolitik hat Schiffbruch erlitten. Das ist zunächst die Schuld der Regierung, aber auch die der Bundesregierungen und der bürgerlichen Parteien. Sollte die Reichsregierung einmal eingreifen, so erlöste sofort in den einzelstaatlichen Parlamenten der Ruf: Vorsicht! Rücksicht auf Industrie und Landwirtschaft! Daß der preussische Landwirtschaftsminister eine vernünftige Ernährungspolitik unmöglich gemacht hat, hat ein sächsischer Minister rundheraus gesagt.

Preußen, das ist bekanntlich der Junker.

(Sehr richtig!) Gibt es denn im deutschen Vaterlande eine Klasse, die mehr auf den Burgfrieden pfeift als der Junker. Das haben wir ja

in der letzten Zeit erst wieder erfahren. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Dreiklassenwahlrecht, Beschränkung jeder politischen Freiheit, dafür aber Verteuerung von Brot und Kartoffeln, das will der Junker. Aus allem ergibt sich, daß wir uns die nächsten zehn Wochen durchhungern müssen. Aber die Ernte steht vor der Tür und die Ausbesserung durch das Ausland wird scheitern, die notwendigen Entbehrungen wird das Volk ertragen, aber nicht ertragen will es die Ausbesserung durch die eigenen Junker. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Kravalle, die stattfinden, bedeuten sicherlich keine Revolution, diese Hoffnung des Auslandes muß beseitigt werden, denn sie würde kriegsverlängernd wirken. Aber Warnungen sind diese Kravalle. Noch ist es Zeit, Herr Staatssekretär, sorgen Sie dafür, daß Ruhe im Lande bleibt! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Solche Reden tragen nicht zur Ruhe bei. (Lebhafter Widerspruch bei den Soz.) Der Oberpräsident v. Batacki war drei bis vier Stunden im Hause, ist aber zu einer dringenden Sitzung abberufen worden. — Der Vordredner hat ein sehr schwarzes Bild unserer Ernährungssituation entworfen, das ich noch durch einige Lichtseiten ergänzen muß. Niemand wird bestreiten, daß bei der schwierigen Art der Volksernährung Fehler gemacht worden sind und daß im einzelnen Mißbräuche, Erzfälle, Bewucherungen vorgekommen sind. Wo es möglich war, sie zu fassen, ist es geschehen. Ich bestreite, daß hier irgend eine Radikalität vorliegt. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Schwierigkeiten liegen keineswegs ausschließlich auf Mängeln der Organisation. Der Reiche lebt keineswegs genau wie vor dem Kriege. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Es gibt keinen reichen Mann, der Ehre im Leibe hat, der genau so lebt wie vor dem Kriege. Die Maßnahmen von der Brotskarte bis zur Fleisch- und Butterkarte treffen den reichen Mann genau so wie den Armen. Nie hat ein Volk einen Krieg mit solchen Entbehrungen durchgemacht, bei dem die Entbehrungen auf die Wohlhabenden genau so verteilt worden sind wie auf die Armen. Auch den Ueberreibungen des Gegensatzes zwischen Stadt und Land muß ich widersprechen. Gewiß sind auf dem Lande mehr Lebensmittel vorhanden; nehmen Sie sie aber dem Bauer weg, so hört er auf zu produzieren und dann müssen die großen Städte verhungern. Der Ausbesserungszug ist für uns gewonnen, auch wenn die Wochen sehr schwer werden. Deshalb kann man jetzt über die schlechten Ernten freier sprechen, als es bisher möglich war. In normalen Zeiten verbrauchen wir 18 Millionen Tonnen Weizen, wovon 16 Millionen bei uns produziert werden. Die letzte Ernte brachte aber noch keine 12 Millionen. An Hafer lieferte die Ernte 1918 9 1/2 Millionen Tonnen, 1914 9 Millionen, 1915 noch keine 6 Millionen Tonnen. Dazu kam der Ausfall von Futtergerste, die sonst aus Rußland kam. Ebenso fiel der größte Teil der Maisernte und der städtischen Futtermittel weg. Wie will man da behaupten, daß die Entbehrungen vermeidlich waren. Auch eine sozialistische Gesellschaftsordnung würde die Einfüsse des Welters nicht beseitigen können. Die Geschichte wird zeigen, daß das, was in Deutschland geleistet worden ist, trotz aller Mängel eine der größten Großtaten ist. Jetzt schweigen Sie zu den Sozialdemokraten gewandt. — (Lebhafter Widerspruch.) Berücksichtigen Sie die nicht zu ändernden Verhältnisse bei der Darstellung der Dinge, nicht nur hier im Hause, sondern auch draußen, damit Sie dazu beitragen, daß die Ruhe im Lande erhalten bleibt. Was abwendbar ist, wollen wir abwenden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Dann wenden Sie den Wucher ab!) Wir setzen unser Bestes daran, um das Vermeidbare abzuwenden.

Abg. Hoff (Wp.):

Wir haben eine starke Belastungsprobe durchgemacht und werden bis zur nächsten Ernte noch schwere Tage bekommen. Die ungünstige Lage beruht auf natürlichen Ursachen, aber auch auf Mängeln der Organisation. Den Kriegswucher verurteilt jeder rechtlich denkende Mensch, aber verallgemeinern darf man den Vorwurf nicht und darf ihn nicht auf ganze Stände ausdehnen. Hoffentlich entspricht die neugeschaffene Organisation den an sie geknüpften Erwartungen. (Beifall bei der Volkspartei.)

Präsident des Kriegsernährungsamts v. Batacki:

Den Schlußworten des Vordredners kann ich nur zustimmen. Auch ich habe die feste Ueberzeugung, daß die Ernährung unseres Volkes in dem bevorstehenden Erntejahr erheblich gesteigert sein wird, als sie im vorigen Jahr war. Mit Bedauern habe ich gehört, daß meine Abwesenheit hier gerügt worden ist. Ich hatte aber an wichtigen Beratungen teilzunehmen. Es handelte sich darum, die Grundlagen dafür zu gewinnen, daß unsere Industriebevölkerung besser ernährt werden kann. Heute nacht muß ich nach München fahren, um dort die Verhältnisse an Ort und Stelle kennen zu lernen. Ich werde aber erforderlichenfalls die Nachstunden zu Hilfe nehmen, um mir aus der Lesüre der hier gehaltenen Reden Belehrung zu verschaffen. (Weiterkeit.) Die späte Einrichtung des Kriegsernährungsamts macht mir die Arbeit ganz besonders schwer. Das alte Erntejahr ist bald vorbei und es ist sehr eilig, für die neue Wirtschaftsjahre einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Es muß jeder Augenblick ausgenutzt werden. Ich habe schon Besprechungen gehabt mit Vertretern der Bergarbeiterverbände, mit den Kreisen der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft, der Konsumenten, der großstädtischen Verwaltungen usw. Ich will mich von allen Verhältnissen eben persönlich überzeugen, denn vom grünen Tisch läßt sich eine solche Aufgabe nicht durchführen. (Allseitige Zustimmung.) Kritik an der Vergangenheit zu üben, wäre von meinem Standpunkt aus überflüssig und geschmacklos. Als ich mein Amt antrat, fand ich nichts vor, als einen leeren Schreibtisch, ein Zintenfaß und einen Stuhl. (Weiterkeit.) Um nicht ganz einsam zu sein, habe ich mir aus Königsberg mein Schreibstübchen mitgebracht. (Stürmische Heiterkeit.) Zunächst mußte das Personal zusammengeführt und der Vorstand gebildet werden. Seine Mitglieder gehen mir die Möglichkeit, mit den Wünschen und Auffassungen der verschiedensten Berufe, Bevölkerungskreise und Bezirke des Landes direkte und dauernde Fühlung zu haben. Wir haben auch schon eine Reihe von Verordnungen herausgebracht. Der Junker soll ausschließlich der menschlichen Ernährung zugeführt werden. Die Oberpräsidenten wissen bereits Bescheid, daß sie über mehr Junker verfügen können. (Beifall.) Dann haben wir eine Verordnung ausgearbeitet, für eine stärkere Beschlagnahme der Molkereibutter, damit der Fettnot, der schwersten aller Räte, abgeholfen wird. Wir haben weiter vorgesehen, daß die Kühe, ehe sie zur Schlachtung kommen, von Sachverständigen auf ihre Milchergiebigkeit untersucht werden müssen. Für die Kartoffeln ist heute ein Verfüterungsverbot beschloffen worden. Kartoffeln dürfen nur soweit an Schweine verfüttert werden, wie sie für die menschliche Ernährung ungeeignet sind. Das ist eine bedenkliche und schwierige Maßnahme. Aber die Kartoffelnot ist so groß, daß ich mich entschlossen habe, dem Reichsfanzler diese Maßnahme vorzuschlagen. Zweifellos wird die Schweinemast und damit wieder die Fettversorgung beeinträchtigt, und man muß bei jeder Verordnung das Für und Wider abwägen. Im Einberufen mit dem Vorstande und mit Sachverständigen bin ich zu der Ansicht gekommen, daß in diesem Falle die Gefahr einer schlechten Kartoffelversorgung schwerwiegender ist, als eine verminderte Schweinemast. Das Beispiel zeigt, wie verantwortungsvoll ein jeder Beschluß ist und wieviel sich dagegen sagen läßt. Gestern hat mir ein Vertreter der Konsumenten gesagt, in meiner Stellung komme es weniger auf die Wichtigkeit als auf die Schnelligkeit an. (Weiterkeit.) Nun, ganz möchte ich mir diesen Ausdruck nicht zu eigen machen. In Vorbereitung befindet sich eine allgemeine Bestandsaufnahme der Vorräte in den Haushaltungen. Hier wird aber die Ausführung sehr schwer sein. Dem Abbruch nahe ist eine Verordnung auf Einschränkung des unlauteren Handels nach zwei Richtungen: einmal durch sachliche Bestimmungen und dann durch die Einführung gewisser Beschränkungen in der Freiheit des

Handels. Solche Leute, die vor dem Kriege sich nicht mit dem Lebensmittelhandel beschäftigt haben, es jetzt aber tun, sollen der Genehmigungspflicht unterworfen werden. (Lebhafter Beifall.) Der Vorstand ist mit mir der Ansicht, daß mit Strafverfügungen hier nichts zu machen ist. Die gefährlichsten Personen verstehen sehr gut, durch Strafverfügungen hindurchzuschlüpfen, und wir können nur etwas erreichen, wenn man die schädlichsten Personen als solche vom Erwerbe ausschließt. (Sehr richtig!) Sonst bleibt der Zustand bestehen, daß man die kleinen Diebe hängt und die großen laufen läßt. Auch da werden allerlei Schwierigkeiten entstehen, und man muß sich davor in acht nehmen, den Schaden nicht größer zu machen, als der Nutzen sein würde. Mit jeder Maßnahme werden Schädigungen verbunden sein. Ich kann nicht versprechen, daß alle Wünsche schon in der aller nächsten Zeit zur Durchführung gelangen werden. Das ist beim besten Willen nicht möglich. Aber wir müssen bestrebt sein, daß das, was gemacht wird, so ist, daß es wenigstens bis zum Ende des Krieges stimmt und nicht wieder geändert zu werden braucht. Freilich können durch Bitterungseinflüsse und andere Gründe wohlwollendere und bei ihrem Erlaß richtige Maßnahmen umgestoßen werden, das läßt sich nicht vermeiden. Das soll aber auf ein Minimum beschränkt werden, damit das Vertrauen der Bevölkerung zu den Anordnungen der Behörden nicht allzusehr beeinträchtigt wird. (Sehr richtig!) Besonders schmerzhaft war für mich, daß ich meine Tätigkeit mit neuen Verordnungen beginnen mußte. Ich habe aber schon angeordnet, daß versucht wird, das bestehende Recht auf diesem Gebiet zu kodifizieren. Es ist ja gar nicht mehr möglich, weder für mich, noch für die Behörden, noch für das Publikum, sich auch nur einigermaßen durch alle Verordnungen hindurchzufinden (heitere Zustimmung). Ich weiß, daß Sie, meine Herren, natürlich alle Verordnungen ganz genau beherzigen. (Große Heiterkeit.) Ich kann mit Ihrem Vertrauen auf Grund meiner bisherigen Leistungen noch nicht rechnen, aber ich bitte Sie, mir soweit zu vertrauen, daß ich alles daran setzen werde, um mein neues Amt richtig auszufüllen. Wenn wir durch die schwere Misere des vorigen Jahres gut durchgekommen sind, dann werden wir auch weiter durchkommen. Zunächst müssen wir die vor uns liegenden schweren acht Wochen noch überwinden. Ich bitte Sie, die übertriebenen Hoffnungen, die sich an mein neues Amt geknüpft haben, ein wenig zurückzudämmen, damit auf diese Hoffnungen nicht allzu schnell die Enttäuschung folgt. Ferner bitte ich Sie, dafür zu sorgen, daß die ganze Frage nur so gelöst wird, wie sie nur gelöst werden kann, durch gegenseitiges Vertrauen der Bevölkerung und der Behörden. Teilen Sie, bitte, mit mir den Optimismus, daß alles gut geht, und seien Sie nicht allzu verärgert, wenn es etwas schlechter geht. (Lebhafter allseitiger Beifall.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 10 Uhr.  
Schluß 7 Uhr.

### Eine zu „Allgemeine“ Antwort.

In seiner Antwort auf die Anfrage des Abg. Stadthagen (Soz. Arb.) betreffend das Verbot einer öffentlichen Versammlung in Berlin-Friedrichsfelde führte Ministerialdirektor Dr. Lewald aus: Der Genehmigung von öffentlichen Versammlungen zur Beratung von Lebensmittelfragen stehen, wenn sie nicht von politischen Vereinen angemeldet werden, allgemeine Vorschriften des Oberkommandos nicht entgegen. Voraussetzung für ihre Genehmigung im Einzelfalle ist, daß durch ihre Abhaltung die öffentliche Ruhe, Sicherheit oder Ordnung nicht gefährdet wird.

Was nützt das Fehlen eines „allgemeinen“ Verbotensgrundes für die fraglichen Veranstaltungen, wenn man gegebenenfalls um spezielle Urteilsbegründungen nicht in Verlegenheit gerät!

## Das Echo der Kanzlerrede.

„Berliner Tageblatt“ (Dienstag morgen):

Herr v. Bethmann Hollweg hat gestern im Reichstag jenen „Reaktionären“ Demagogen, die gegenwärtig in Deutschland politische und andere Geschäfte mit dem nationalen Fahnenstich decken, den verdienten und notwendigen Schlag versetzt. Man kann es auch einen Jubelruf nennen, wenn man das lieber will. Der Reichskanzler hat gestern in seiner Rede nur zwei dieser „Denkschriften“ erwähnt. Es sind nur die jüngsten Erzeugnisse der nationalistischen Giftfabrik, nur zwei aus der Masse herausgegriffene Beispiele, nur zwei gedruckte Ausprägungen einer groß organisierten, mit reichen Geldmitteln arbeitenden politischen Agitation. Diese Leute — und nicht etwa nur die paar Propagandisten — haben durch ihren wirren Unverstand, durch ihre Welt-eroberegebarden, durch die Brutalität ihrer Sprache und ihrer Ideen allmählich auch die deutschfreundlichen Auslandskreise mißtrauisch gemacht und abgeschreckt. Wir wollen jetzt nicht von der Vergangenheit sprechen und nicht die Frage erörtern, wie weit die deutsche Diplomatie sich von dem Drängen solcher Elemente beeinflussen ließ. Er handelt mit staatsmännischer Festigkeit und im Bewußtsein seiner Verantwortung, und nur diejenigen werfen ihm Schwäche vor, denen seine Stärke unangenehm wird. Er hat gestern die Leute, die Mißbrauch mit der Flagge der nationalen Ehre treiben, Piraten der öffentlichen Meinung getauft. Und in der Tat, piratenmäßig überfallen diese Leute eine öffentliche Meinung, der heute die Möglichkeiten zur Prüfung und Unterscheidung fehlen und die ein gewissenloser Klopffeder darum leicht blenden und überwinden kann. Ich nehme den Kampf dagegen auf, ich werde ihn durchführen. Hat der Reichskanzler weiter gesagt. Wir hoffen, daß er Wort halten, und sind überzeugt, daß ihm die gewaltige, gesund und ehrlich denkende Mehrheit des deutschen Volkes folgen wird. Er hat den Ruf in den Saal geschleudert: „Herunter mit der Maske, damit man sieht, wer sie trägt!“ Eine der wichtigsten — und vielleicht gar nicht der schwersten — Aufgaben muß es sein, die Masken herunterzuzerren. Er hat auch erklärt, daß er eine Trennung des Volkes oder der Parteien in „national“ und „antinationale“ nicht mehr kenne, weil die Sache der Nation einfach selbstverständlich sei. Und wir wissen ja, daß das Wort „national“ eigentlich nur von denen erfunden wurde und gebraucht wird, deren Interessenpolitik von einer künstlichen Spaltung und Teilung des Volkes lebt.

„Kreuzzeitung“ (Dienstag morgen):

Wenn nun aber der Reichskanzler in engstem Zusammenhange, ja geradezu zusammengehoben mit diesen höchsten, allseitiger Zustimmung sicherer Fragen in großer Ausführlichkeit und in schärfster Erregung sich gegen eine anonym erschienene Schrift wendet, durch die er sich beleidigt fühlt, so erscheint uns dies als ein Vorgang, der nahezu ohne Beispiel in der Geschichte des Hauses dasteht. Wir konnten bis zur Stunde weder die Schrift, noch ahnen wir, wer ihr Verfasser sein könnte, meinen aber, daß ihr, wenn es sich wirklich nur um eine bloße Schmähschrift handelt, durch die Besprechung an einer in der ganzen Welt sichtbaren Stelle eine weder der Sache noch auch den Wünschen des Kanzlers dienende Bedeutung zugewiesen, ja, daß für sie geradezu Reklame gemacht worden ist. Die Zurechtweisung schließlich, die der Reichskanzler über die Stellung und Haltung der Parteien nach Beendigung des Krieges äußerte — dem Hörer klangen übrigens die in Betracht kommenden Sätze bündiger im Ohr, als der Bericht besagt, daß wohl mit einem Fragezeichen versehen werden, wenn man sich in die Erinnerung zurückruft, daß das gesamte Programm der Sozialdemokratie von allen ihren Führern bei jeder Gelegenheit ausdrücklich auch als gültig und bindend für die Zukunft bezeichnet wird.

„Kreuzzeitung“ (Mittwoch früh):

„Wenn die sozialdemokratische Partei in Erklärungen, die sie bei jeder Gelegenheit wiederholt, ihre grundsätzliche gegnerische Auffassung zum Ausdruck bringt, und wenn trotzdem der Kanzler in Aussicht stellt, daß auch in Zukunft nach dem Krieg der Gegensatz zwischen den Parteien, die auf dem nationalen Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung und Monarchie stehen, und denen, die diese Grundlagen bekämpfen, zum alten Eisen geworfen werden soll, so gibt er damit, mit einem Wort, die Grundlagen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung preis.“

„Deutsche Tageszeitung“ (Mittwoch abend):

Es ist eine der beklagenswerten Wirkungen der Kanzlerrede, daß sie der demokratischen Presse Gelegenheit gegeben hat, ihr unehrliches Spiel, alle solche Schriften nicht nur in einem Topf zu werfen, sondern außerdem noch den um eine kraftvolle Politik besonders bemühten Parteien zuzuschreiben, mit verstärktem Eifer wieder aufzunehmen. Gewiß hat der Reichskanzler dautenswerterweise erklärt, daß er keine Partei mit der Verantwortlichkeit für solche Schriften belasten wolle und könne; das verhindert aber leider nicht, daß diejenige Presse, die sich seit langem mit rühmlicher Beständigkeit an die Aufgabe des Kanzlers zu hängen sucht, dieser lokalen Erklärung entgegengesetzt verfährt und namentlich die Konservativen und die Schwerindustrie in der unwahrscheinlichsten Weise zu verdächtigen sucht. Wir weisen diese Verdächtigungen mit scharfer Verachtung zurück, ebenso wie die nachgerade etwas abgenutzte Behauptung, daß die Konservativen durch die Betonung sachlicher Meinungsverschiedenheiten in Fragen wie der U-Bootfrage den Reichskanzler „irritieren“ wollten. Es genügt, gegenüber diesem bewußt wahrheitswidrigen Trid hier zu wiederholen, daß die Konservativen nur den feindlichen Wunsch haben, in diesen Fragen von Krieg und Sieg den leitenden Staatsmann zu überzeugen; und daß sie kein anderes Ziel haben als das rein sachliche: einen Sieg, der unsere Opfer lohnt und unsere Zukunft wirklich sichert.

„Berliner N. Nachr.“ (Dienstag morgen):

Man muß gerechtfertigt hervorheben, daß bisher diejenigen, die unter ihrem Namen offene Denkschriften aus vaterländischer Gesinnung und politischer Ueberzeugung geschrieben, persönlich eingeeignet, mit Briefsperrre bedacht und nicht gerade voller Achtung ihrer Staatsbürgerrechte behandelt worden sind, so daß es natürlich ist, wenn die Hefe an anderen Stellen nach innen geschlagen ist, wenn an die Stelle vaterländischen Eifers „Treiberien“ treten, und wenn der Horn dieses oder jenes Kritikers sich dem „Pamphlet“ im Kanzlerstunde mehr genähert hat.

„Tägliche Rundschau“ (Dienstag morgen):

Gegen die Volksbergeber, gegen die Piraten der öffentlichen Meinung, die Mißbrauch mit der Flagge der nationalen Ehre treiben! Was könnte höfenswerter sein als solches Otterungezüg? Aber wo sind die? Wer sind die? Der Generalstaatssekretär Kapp doch wohl nicht? Wir fürchten, daß die Kampfanlage des Kanzlers in dieser Form ihre wesentlichste Wirkung über ihn in der Form einiger Schlagwörter, die jeder Beliebige gegen jeden Beliebigen mit Verufung auf das Ansehen des Reichskanzlers schleudern wird. Wir fürchten, daß die, welche heute dem Kanzler am lautesten od solcher Worte jubeln — ihrer werden viele sein — ihm wenig Rückhalt sein werden in seinem Bestreben, „die schönste Frucht“ dieses Krieges ausreifen zu lassen und „die Unterscheidung zwischen nationalen und anderen Parteien zum alten Eisen“ werfen zu können.

„Tägliche Rundschau“ (Mittwoch morgen):

„Ueberhaupt wenn man ruhig und nüchtern das Endergebnis dieser zwei Tage zieht, so ist es im allgemeinen und im besonderen gar nicht so übel. Der Kanzler war vorgelesen sehr, gestern etwas weniger entrüstet. Dafür hat er an beiden Tagen eine ganze Reihe wichtiger Zugeständnisse gemacht, die — an ihrer Ehrlichkeit wird niemand zweifeln dürfen — ein gut Teil der Unruhe und erheblichen Sorge beseitigen werden, deren Symptom und Ausgeburt eben diese niederträchtigen Libellen waren. So war die Explosion von vorgelesen wenigstens nicht fruchtlos. Offentlich findet die Zensur es nicht anstößig, wenn man früher oder später sich die Freiheit nimmt, auf die letzten Kanzlerreden zurückzukommen. Hinsichtlich der früheren ist das nicht immer sicher gewesen.“

„Post“ (Dienstag abend):

Was also ist das Ergebnis, das der Kanzler aufzufassen die Öffentlichkeit gezeitigt hat, — Man muß — sine ira et studio — bekennen: genau das Gegenteil dessen, was der Kanzler wollte. Wenn wir richtig verstanden haben, so glaubte Herr v. Bethmann Hollweg doch zur Einmütigkeit mahnen zu müssen. Wir sehen vielmehr, daß sich die gesamte Demokratie heftig erhebt, um ungehemmt und wahllos über eine Gruppe von Politikern herzufallen, von der der Kanzler — gar nicht gesprochen hat. Herr v. Bethmann Hollweg wandte sich gegen einzelne bestimmte Meinungsäußerungen, von denen er sich beschwert fühlte; die demokratische Presse aber benutzte diese Gelegenheit, um alle diejenigen aufs gröblichste anzurempeln, die sich erlauben, eine andere Meinung zu haben als die Herren vom „Vorwärts“ und vom „Berliner Tageblatt“. Die Worte des Kanzlers müssen einfach dazu herhalten, als Eideshelfer hinter den Ansichten der Demokratie aufgebaut zu werden, — die sich ihrerseits nun, wie das Beispiel lehrt, um so weiter an die Öffentlichkeit machen. Wenn man es also auch durchaus nachfühlen mag, wie sich Herr v. Bethmann Hollweg gedrängt sah, gewisse Angriffe zu parieren und einzelne bestimmte irrtümliche Angaben zu berichtigen, — wenn man es auch begreifen mag, daß er dazu den außerordentlichen Weg der Reichstagsrede ging, so wird man doch nicht achtlos an den Bedenken vorbeigehen können, die die Folgeerscheinungen der „Flucht des Kanzlers an die Öffentlichkeit“ schon heute aufwerfen. So viel wir sehen, ist Deutschland nach der Kanzlerrede in gewissen Streitpunkten nicht mehr und nicht weniger einig als zuvor.

Freiherr v. Sedlitz in der „Post“:

Am einzelnen besonders bemerkenswert ist in der Rede des Kanzlers das Zugeständnis, daß er in bezug auf die Behandlung der Männer der schärfsten und entschiedensten Tonart Fehler begangen und die hier vorhandene starke vaterländische Kraft nicht voll nutzbar zu machen gemüht habe. Sicher ist es für die Vergangenheit ein erheblicher Widerungsgrund, daß ihm diese Aufgabe von den Bedeutendsten außerordentlich schwer gemacht worden ist. Aber noch ist es Zeit, das Versäumte nachzuholen. In so erster und schwerer Zeit, wie die unsrige, müssen persönliche Momente hinter den sachlichen großen vaterländischen Aufgaben völlig zurücktreten. Jetzt, wo wir uns dem Frieden angeht, der stetig fortschreitenden Befestigung unserer Kriegslage doch endlich zu nähern scheinen, ist es mehr denn je angezeigt, die besten Männer aller Richtungen und demzufolge auch die Männer schärfster Tonart, aber unzweifelhaft starker vaterländischer Gesinnung, zur verantwortlichen Mitarbeit an den Vorbereitungen für den Frieden heranzuziehen.

## Anträge zur Ernährungsfrage.

Zu den Ernährungsdebatten im preussischen Abgeordnetenhaus hat die verstärkte Staatshaushaltskommission außer den von uns bereits mitgeteilten Anträgen eine Reihe weiterer Anträge gestellt, die einmal die Ernährungsfrage im allgemeinen betreffen und zweitens Vorschläge über die Versorgung der Bevölkerung mit den verschiedenen Nahrungsmitteln im speziellen enthalten. Es ist unter anderem be-

antrag, daß die Vorbereitung der neuen Bestellung sowie die Regelung der Vieherzeugung unter Berücksichtigung der gewonnenen Erfahrungen nach einem festen Plan erfolgen und daß dessen Durchführung unter Heranziehung der landwirtschaftlichen Vertretungen stattfinden und durch eine zweckentsprechende Preisfestsetzung gefördert werden soll.

Bezüglich des Brotgetreides wird beantragt, für die Monate Juni und Juli 1916 den Konsumverbänden zwecks Erhöhung der Protrate die noch verfügbaren Bestände der Reichsgetreidestelle zu überweisen. Das Brotgetreide soll möglichst in den Konsumverbänden ausgemahlen werden, aus denen es stammt. Es hat eine schärfere Aufsicht als bisher darüber stattzufinden, daß alles Gemahlene abgeliefert wird, und daß etwa zurückgehaltene Mengen nicht als Auslandsmehl oder Auslandskeie in den Verkehr gebracht werden. Mit den Erzeugern sollen Verträge über die Lagerung des ablieferungspflichtigen Getreides in größerem Umfang als bisher geschlossen werden, um eine frühere Abnahme des Getreides möglich zu machen.

Als dringend erforderlich bezeichnet die Kommission die Erhöhung der Zuckerrate und die Vergabe von Zucker zum Einmachen.

Von Bedeutung ist ferner der Antrag, daß der über 5 Proz. des Geschäftskapitals von der Gerstenbewertungsgesellschaft erzielte Gewinn dem Reichsamt des Innern zur Beschaffung von Nahrungsmitteln für die ärmere Bevölkerung überwiesen werden und daß die Reichsfuttermittelstelle darüber machen soll, daß die Rücksicht auf die Allgemeinheit in der Geschäftsführung der Gerstenbewertungsgesellschaft in jeder Beziehung gewahrt wird. Gleichzeitig soll das Kontingent der Brauereien zwecks Vermehrung unserer Futtermittel auf 50 Proz. des Friedenskontingents herabgesetzt werden.

Die Hülsenfrüchte sollen nicht mehr für die Zentraleinkaufsgesellschaft, sondern für die Reichsgetreidestelle beschlagnahmt und der Anbau der für die menschliche Ernährung geeigneten Hülsenfrüchte und Getreide mit Hilfe der Landwirtschaftskammern gefördert werden.

Zur Förderung der Lebensmittelerzeugung werden folgende Vorschläge gemacht:

1. Die Bildung von Arbeitsgemeinschaften kleinerer Besitztümer sowie die gemeinschaftliche Maschinenbeschaffung sind durch staatliche Maßnahmen zu fördern.
2. Eine sachverständige Haltung von Rastschweinen in Städten und in dichtbevölkerten industriellen Gebieten ist durch Vergabe von Staatsmitteln zu unterstützen. Auch sonst ist unbedingten Leuten die Haltung von Ferkeln durch Beihilfen zu ermöglichen.
3. Den Gemeinden mit größerem Grundbesitz ist die Schweinemastung in eigener Verwaltung zu empfehlen.
4. Die Geflügel-, Kaninchen- und Ziegenzucht ist mit allen verfügbaren Mitteln zu fördern.
5. Die Abfälle städtischer Haushaltungen und Vorratslager sind der Verwertung zuzuführen. Sofern dieselben nicht frisch verwertet werden können, sind sie zu trocknen.
6. Die Wildbestände sind stärker zur Ernährung der Bevölkerung heranzuziehen.

Eine große Reihe von Anträgen beziehen sich auf Vorschriften für die Gemeinden. So wird den Kommunen empfohlen, bei der Festsetzung der Brot- und Kartoffel- sowie der Fettrenten die schwerarbeitende Bevölkerung, aber auch die Bevölkerung mit geringeren Einkommen, stärker zu berücksichtigen und unverzüglich die Einrichtungen für die Verteilung der Lebensmittel auszubauen, und zwar durch Einführung von Kundenlisten unter Anmeldung des Bedarfs und durch Festlegung der Abholungszeiten. Die auf den einzelnen Verbraucher entfallende Rate von Fleisch und Fett soll ständig in möglichst kurzen Fristen geprüft und festgesetzt, die Einrichtung von Volksspeiseanstalten soll unter staatlicher Unterstützung in größeren Gemeinden schnellstens durchgeführt, in den kleineren Gemeinden ausbauen und den Preisprüfungsstellen der größeren Gemeinden sollen die Verbraucher mehr als bisher berücksichtigt, den Konsumverbänden soll in der Verwaltung ihrer öffentlichen Aufhalten hinsichtlich der Versorgung mit Lebensmitteln möglichst weitgehende Selbständigkeit eingeräumt, durch ein Zusammenarbeiten der Preisprüfungsstellen soll für möglichst gleiche Höchstpreise in benachbarten Bezirken Sorge getragen werden.

Gegen Mißbräuche des Lebensmittelhandels richten sich zwei Anträge:

1. Der Kettenhandel in Lebensmitteln ist zu verhindern. Es ist die Anzeige- und Schlußschonpflicht für Lebensmittelkäufer durch Großhändler einzuführen.
  2. Ersatzstoffe für Lebensmittel dürfen nur in den Verkehr gebracht werden, wenn sie vom Kaiserlichen Gesundheitsamt geprüft und zugelassen sind.
- Endlich sind noch eine Reihe von Anträgen gestellt, die sich auf das Kriegsernährungsamt beziehen. Hier ist zu nennen der Antrag auf Unterstellung der Zentraleinkaufsgesellschaft unter das Kriegsernährungsamt, der Antrag auf grundsätzliche Aufhebung aller Ausführverbote der Bundesstaaten und Konsumverbände im Reichsgebiet, und ein Wunsch auf Verzung einer mit der Lebensmittelversorgung von Groß-Berlin vertrauten und einer mit den Verhältnissen des Kleinhandels besonders vertrauten Persönlichkeit in den Vorstand des Kriegsernährungsamts.

## Das tägliche Brot.

Die schweren Wochen.

Der amtliche „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“ schreibt unter dieser Spitzmarke:

Wiederholt und mit vollem Rechte ist in der letzten Zeit darauf hingewiesen worden, daß die Periode, in der wir uns jetzt befinden und die anschließenden Wochen der schwierigsten Versorgungsabstimmung im ganzen Jahre darstellen. An Brotgetreide verfügen wir — abgesehen von den neu eintreffenden ausländischen Zufuhren — nur über die zusammengefaßten Bestände der letzten Ernte, die zwar völlig ausreichen, uns aber keine sonderlich große Bewegungsfreiheit lassen. Ähnliches gilt mindestens bis zur Frühkartoffelernte (deren Ertrag ja auch begrenzt ist) von den Kartoffeln, gilt vom Zucker, dessen Vorrat vor der nächsten Kampagne nicht vermehrt werden kann. Das Fleischangebot ist außerordentlich gesunken und wird — und muß auch noch längere Zeit niedrig bleiben; denn wir können es uns unter keinen Umständen leisten, in größerem Umfang auf Milch, Joghurt und Spanmilch zurückzugreifen. Wirkliches schlachthaus Vieh für den Fleischverbrauch ist, wie aus den verschiedensten Landesstellen immer von neuem berichtet wird, nach der Befriedigung der Ansprüche der Deeresverwaltung nur in ganz geringer Zahl vorhanden. Der Fleischkonsum wird noch wochenlang auf ein Minimum herabgedrückt bleiben müssen, wenn wir nicht — und daran kann und darf an verantwortlicher Stelle niemand denken — die Grundlage unserer späteren Versorgung mit tierischen Nahrungsmitteln, die Grundlagen des Wiederaufbaus unserer vor dem Kriege so reichen Viehbestände gefährden wollen.

Diese Darstellung ist leider richtig, sie entspricht der in der Budgetkommission des Reichstags gegebenen Aufklärung, nachdem man monatelang im Volke den Wahn genährt hatte, es mangle nicht an Nahrungsmitteln, sondern nur an einer zweckmäßigen Verteilung. Als Kuriosum sei erwähnt, daß das amtliche Organ mächtig die Reklametrommel für die Verwendung von Kunsthonig rührt, ein Produkt, das in der Budgetkommission auch vom Regierungsküchen nur als derart minderwertig bezeichnet wurde, daß bereits das Verbot der Herstellung in Erzeugung gezogen worden ist.

## Neuregelung des Margarinebezuges.

Entlich. Die händigen Klagen, die aus allen Teilen der Bevölkerung bei den Reichs- und Staatsbehörden über eine ungleichmäßige Verteilung der Inlandsmargarine, d. h. derjenigen Mengen, die von den Margarinefabriken Deutschlands hergestellt werden, einfließen, haben den Kriegsausschuss für Oel und Fett veranlaßt, nachdem auch die von der Margarineindustrie eingeleitete Kommission sich damit einverstanden erklärt hatte, den zuständigen behördlichen Stellen eine Neuregelung der Verteilung dieser Inlandsmargarine vorzuschlagen. Der Kriegsausschuss ging hierbei von der Erwägung aus, daß es im Interesse der gesamten Volksernährung liegen müsse, nicht nur die Auslandsmargarine, deren Verteilung ihm als Monopol bisher oblag, unter Berücksichtigung des Bedürfnisses der Bevölkerung zur Verteilung kommen zu lassen, sondern auch die Inlandsmargarine durch eine Zentralstelle zu leiten, um zu vermeiden, daß, wie dies bisher geschehen ist, gewisse Teile der Bevölkerung sich reichlich durch ihre Handelsbeziehungen und auf sonstigen Wegen mit Inlandsmargarine versehen, während der größere Teil der Bevölkerung, insbesondere die schwerarbeitende Industriebevölkerung bei der Einbedung mit Margarine leer ausging.

Die gesamten Margarinefabriken des Inlandes sind nunmehr verpflichtet worden, die am Abend des 3. Juni 1916 in den Fabriken vorhandenen Vorräte an fertiger Margarine und Speisefett zur Verfügung des Kriegsausschusses zu halten. Das gesamte auf diese Weise dem Kriegsausschuss zur Verfügung stehende Monatsquantum wird nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel unter Anlehnung an den Butterverteilungsschlüssel auf die einzelnen Bundesstaaten verteilt, die ihrerseits bereits dem Kriegsausschuss die Empfangsstationen und Verteilungstellen in den einzelnen Bundesstaaten anzugeben haben.

In Preußen erfolgt die Verteilung auf die einzelnen Provinzen nach den Weisungen des Ministeriums des Innern. Die Verteilungstellen in den einzelnen Bundesstaaten oder preussischen Provinzen geben ihrerseits das ihnen zustehende und ihnen genau bekannte Quantum Margarine an die einzelnen Kommunalverbände und Gemeinden zur Abgabe an die Bevölkerung weiter.

Es darf wohl erwartet werden, daß bei dieser Regelung der Volksernährung weitere Reibungen und in gleichmäßiger Weise als bisher zugeführt werden. Es ist nun Sache der Kommunen, die ihnen überwiesenen Mengen unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse bestimmter Bevölkerungsklassen zur Verteilung zu bringen. Die Margarine, die trotz einer noch recht erheblichen Produktion in den Wintermonaten selten nur im Verkehr zu haben war, wird jetzt ein regelmäßiger Faktor der kommunalen Nahrungsmittelverteilung werden.

## Zur Käseinfuhr.

Die die Zentraleinfuhrgesellschaft mitteilt, entspricht die in einer Berliner Abendzeitung gebrachte Meldung, nach der die Käseinfuhr aus Holland und Dänemark freigegeben werden solle, in keiner Weise den Tatsachen. Die Zentralisierung der Käseinfuhr aus diesen Ländern bei der Zentraleinfuhrgesellschaft bleibt unverändert in Kraft.

## Viehhandelsverbände.

Um den teuren Zwischenhandel bei der Fleischversorgung auszuhalten, hat die Regierung vor längerer Zeit Viehhandelsverbände geschaffen. Eine Verbilligung des Fleisches haben dieselben nicht gebracht. Der bürokratische Apparat ist sehr kostspielig. Riesenvermögen werden noch immer eingeholt, die Zahl der Gläubiger ist beschränkt und gestiegt. Vor kurzem berichtete die Presse über die ungeheuren Gewinne und die preistreibende Tendenz des Westdeutschen Viehhandelsverbandes. In Bayern scheinen die Verhältnisse noch schlimmer zu liegen. Einer Beschwerde des bayerischen christlichen Bauernvereins, der wohl die Verdienste selbst einstreichen möchte, entnehmen wir folgendes:

Der Gehältnis für die Kommissionäre ist unbedingt zu hoch. Wenn beispielsweise der Kommunalverband Dillingen-Donauwörth pro Woche 300 Stück liefert, so macht das pro Monat  $300 \times 4 = 1440$  Stück. Rechnen wir das Stück durchschnittlich zu 900 M., so erhalten wir eine Wertsumme von  $1440 \times 900 = 1.296.000$  M. pro Monat. Davon bekommt der Aufkaufskommissar Enle in Rain 8 Proz. = 88.800 M. Rechnen wir an, daß der Kommissionär an seine 11 Unterkäufer wirklich  $1\frac{1}{2}$  Proz. abliefern, so verdient er immer noch pro Monat 19.440 M., ein Verdienst, dem nur ganz geringe Risiken gegenüberstehen. Die 11 Unterkäufer aber verdienen ihrerseits auch 19.440 M., ein Unterkäufer also im Monat 1767,80 M.

Bei Enle kommen zu den 19.440 M. noch 5 Proz. der Aufkaufsumme für Kleinvieh. Ein Fachmann berechnet die Einnahmen daraus pro Monat auf 9000 M., so daß Herr Enle tatsächlich für seine Kommissionstätigkeit pro Monat 22.400 M. bezieht. Daß das ein unhaltbarer, Vieh und Fleisch gewaltig verteuern Zustand ist, liegt auf der Hand.

## Aus der Partei.

### Stellungnahme zu den Parteidifferenzen.

In der Kreis-Konferenz des 4. Berliner Kreises, die von 508 berechtigten Delegierten, einschließlich der Funktionäre, besucht war, ist gegen einige Stimmen nachstehende Resolution angenommen worden:

„Zu dem Verhalten des Parteivorstandes gegenüber dem „Vorwärts“, betr. die Zensur und auch im Fall Meyer, betrachtet die heutige Zusammenkunft diese Maßnahmen des Parteivorstandes durch nichts begründet und hält sie im höchsten Grade für parteischädigend. Den in dieser Angelegenheit von den Funktionären des 4. Kreises und des Parteivorstandes gefassten Beschlüssen sowohl wie den Zustimmungserklärungen für das Vorgehen der Arbeitsgemeinschaft, welches eine notwendige Folge aus dem Verhalten der Fraktionsmehrheit ist, schließt sich die Generalversammlung vollständig an. Des weiteren wird das Mitglied der Reuener-Kommission des 4. Kreises, Genosse Böhm, aufgefordert, in dieser Kommission den Maßnahmen des Parteivorstandes, die er gegen den „Vorwärts“ getroffen hat, mit aller Entschiedenheit entgegenzuwirken. (Angenommen gegen 6 Stimmen.)

Zu dem vom 2. Berliner Reichstagswahlkreise eingebrachten Resolution, betreffend die Wiedervereinigung der beiden Fraktionen im Reichstage, erklärt die Zusammenkunft, daß die Möglichkeit einer Wiedervereinigung gegeben ist, sobald die Fraktionsmehrheit die Beschlüsse der Parteitage und internationalen Kongresse befolgt und sich wieder auf den Boden des Parteiprogramms und des „Vorwärts“ stellt. Der Parteivorstand wird deshalb ersucht, in diesem Sinne auf die Fraktionsmehrheit einzuwirken. (Angenommen gegen 40 Stimmen.)

Des weiteren erhebt die Zusammenkunft schärfsten Protest gegen die Art, wie die „Partei-Korrespondenz“ vom Parteivorstand benutzt wird. Anstatt ihrem Wesen nach als Informationsblatt zu dienen, ist sie zu einer Verteidigungsschrift der Durchhaltepolitik geworden. (Angenommen gegen 4 Stimmen.)

Die Zusammenkunft nimmt Kenntnis von der Klageleistung eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Oskar Ged in Halle des Genossen Karl Dieblich in einer in Nr. 151 des „Vorwärts“ vom 3. Juni 1916 aus der „Rannheimer Volksstimme“ wiedergegebenen Notiz und hängt sie nieder. Die Zusammenkunft spricht allen, die um die Freiheit kämpfen . . . ihre volle und wärmste Sympathie aus.“ (Einstimmig angenommen.)

Ferner wurde gegen 6 Stimmen beschlossen, die „Partei-Korrespondenz“ für die Funktionäre aus den bekannten Gründen abzuheften.

Eine Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den dritten Hamburger Reichstagswahlkreis, der durch den Genossen Stubbe im Reichstag vertreten wird, nahm den Geschäftsbericht des Vorstandes entgegen, aus dem hervorging, daß die Mitgliederzahl in diesem weitaus größten der drei Hamburger Wahlkreise im Berichtsjahre von 41.476 auf 35.714 zurückgegangen ist. Die ganze Kriegszeit hat einen Verlust von 13.708 Mitglieder gebracht. In der Aussprache über den Geschäftsbericht kamen zwei Redner der Mehrheit und sechs der Minderheit zu Wort. Eine von Anhängern der Minderheit eingebrachte Resolution, die an der Haltung der Fraktionsmehrheit und am Hamburger Parteitag scharfe Kritik übte und die an den Abgeordneten Stubbe das Verlangen stellte, zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft überzutreten, wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Es wurde abschließend abgestimmt. Der Abschluß der den Uebertritt Stubbes zur Arbeitsgemeinschaft fordernde, fand nur die Unterstützung von 12 Delegierten bei einer Anwesenheit von mehreren hundert Delegierten. Der alte, auf dem Boden der Mehrheit stehende Vorstand wurde gegen wenige Stimmen wiedergewählt.

In einer Hauptversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den 3. sächsischen Reichstagswahlkreis (Dresden) wurde nach eingehender Diskussion folgende Resolution mit 14 gegen 11 Stimmen angenommen:

„Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den 3. sächsischen Reichstagswahlkreis erklärt sich mit der Haltung des Parteivorstandes, des Parteiaus-schusses sowie der Reichstagsfraktion voll und ganz einverstanden; insbesondere steht sie auch heute noch auf dem Boden der Erklärung der Reichstagsfraktion vom 4. August 1914. Die Behauptung, daß die Haltung der Mehrheit der Reichstagsfraktion eine Verletzung der Parteigrundsätze bedeute, weist die Versammlung als unzutreffend zurück.“

Das Verhalten der Minderheit, das die Partei- und Arbeiterinteressen schwer schädigt und letzten Endes unseren Gegnern nur den Rücken freist, wird aufs schärfste verurteilt. Am allerwenigsten ist diese Sonderstellung geeignet, eine schnellere Beendigung des Krieges herbeizuführen.

Die Versammlung erwartet von allen Parteigenossen, daß sie jeder Art Abspaltungsvorhaben entschieden entgegenzutreten.“

Sämtliche Redner, auch die der Minderheit, wandten sich mit aller Schärfe gegen jeden Zerplitterungsversuch.

## Zum Anschlußverfahren gegen Legien.

Genosse Legien hatte in seiner uns durch Rechtsanwalt Heinemann übermittelten Entgegnung auch die Vorgänge erwähnt, die sich in Rieberschönhausen auf dem Jahlabend und in der Bezirksversammlung abspielten. Darüber erhalten wir nun vom Genossen Ducheuseur, dem früheren Bezirksleiter am Orte, eine Zuschrift, der wir nachfolgendes entnehmen:

In der Mitgliederversammlung im Juni 1915 wurde in Abwesenheit Legiens ein Antrag angenommen, sich mit der Eingabe an den Parteivorstand vom 9. Juni 1915 einverstanden zu erklären. Legien stellt darauf bei der Bezirksleitung den Antrag, diesen Beschluß wieder umzusetzen. Da der Antrag Legiens vom Vorstand abgelehnt wurde, so hatte L. im Juli-Jahlabend durch Sammlung von Unterschriften eine besondere Propaganda für die Aufhebung des Antrages entfaltet. Als dann in der Debatte der Einsender darauf aufmerksam machte, daß auch Stadthagen das Flugblatt unterzeichnet habe, fielen dann die von Legien zugegebenen Verleumdungen. Legien wurden andere Unterzeichner des Aufrufs, so Schwarz (Lübeck), der als schwachsinzig und Herzfeld (Kostob), der als Petroleumjude bezeichnet wurde, behandelt; auch Lebebour kam nicht zu kurz dabei weg.

Als dann vom Bezirksführer Mitteilung gemacht wurde, daß Genosse Sepp Dextler den Parteisekretär Genosse Brühl in seiner Ferienzeit dextrerte, erfolgte von Legien die Bemerkung: „Was, höre ich recht? Dextler der Polizeispitzel?“ Auf Einrede fiel dann nochmals der Ausdruck: „Dieser Polizeispitzel, dieser Anarchist!“ Der Einsender hat dann diese Äußerungen, die er nicht auf den Genossen Dextler sitzen lassen wollte, dem Kreisvorstand mitgeteilt. Er habe hierdurch lediglich seine Pflicht erfüllt und verwahre sich ganz entschieden dagegen von Legien als Denunzianten bezeichnet zu werden. Er bemühe sich nur zu denken, da er ein Anhänger des Leipziger Parteibeschlusses sei: Arbeiter meidet den Alkohol.

## Wer fällt?

Wir brachten in der Nummer vom 3. Juni unter der Überschrift „Eine Klageleistung“ einen heftigen Angriff des Reichstagsabgeordneten Oskar Ged gegen eine Protektion der Züricher Genossen. Maßgebend für die Veröffentlichung dieser Leistung war für uns der durchaus begriffliche und berechtigte Wunsch, unseren Lesern im In- und Auslande zu zeigen, welche Haltung führende Genossen der „Reinheit“ zu der Angelegenheit einnehmen, die in erster Linie Gegenstand der Protektion der Züricher Genossen gewesen ist. Nun weist uns die bekannte Sittenwächterin der Partei, die Chemiker „Vollstimme“ ganz aufgeregt vor, wir hätten den Artikel von Ged durch Auslassung der wichtigsten Stellen „gefälscht“.

Welches sind nun diese „wichtigsten Stellen“? Nichts weiter als die Betrachtungen Geds in der Einleitung seines Artikels, gegen was alles die Züricher Genossen hätten protestieren müssen (Irland, Rußland, Finnland usw.), wenn ihr Protest wirklich neutral gewesen wäre. Nun hatten sich aber die Züricher Genossen, wie die Leser in dem erwähnten Bericht nachlesen können, zwei ganz bestimmte Justizangelegenheiten, die die sozialistische Internationale außerordentlich interessieren, zum Gegenstand ihres Protestes gewählt. Ihnen daraus einen Vorwurf zu machen, hieße ganz neuartige Verhältnisse in der Internationale einführen. Wir erinnern uns auch nicht, daß die Chemiker „Vollstimme“ und ihr Schilling Ged den Schweizer Genossen wegen Verletzung der „Neutralität“ Vorwürfe gemacht haben, als diese im vorigen Jahre Protestversammlungen gegen die Deportation der sozialdemokratischen Dumaabgeordneten veranstalteten, ohne gleichzeitig auf die Verhältnisse in den anderen Ländern einzugehen. Wir haben also durch die Weglassung der eigentlichen „Neutralitäts“theorie Geds nicht nur nichts „gefälscht“, sondern dem Genossen Ged noch einen Gefallen erwiesen, indem wir den Mantel der christlichen Nächstenliebe über diesen Teil seiner Leistung ausbreiteten. Weshalb also die Aufregung der ehrsam Chemikerin?

## Zum Parteistreit in Duisburg.

In der Nummer vom 23. Mai hatten wir einen Bericht des Pressebüros über die Stellungnahme der gemeinsamen Kreis-Konferenz der beiden Duisburger Wahlkreise veröffentlicht. Genosse Rinster, einer der einflussreichen Redakteure, erhebt gegen diese Berichterstattung Einspruch und sendet uns eine längere Zuschrift, der wir entnehmen, daß die Konferenz nicht ordnungsgemäß zusammengefaßt war, da die Vertreter der Kreisprekominmission aus Duisburg und Mülheim, ferner der Kreisleiter und ein Kreisvorstandsmittglied des Wahlkreises Duisburg, sowie mehrere Filialleitungen nicht geladen waren. Da in dem Bericht weiter gesagt war, daß die eingeladenen Redakteure brieflich ihre Abwesenheit begründet hätten, so verweist Genosse Rinster auf einen längeren Brief, den er an den Kreissekretär gerichtet hat, aus dem hervorgeht, daß für sein Nichterscheinen die nicht ordnungsgemäße Zusammenkunft der Konferenz, sowie ein über ihn verhängtes Redeverbot maßgebend waren.

Diese in dem Briefe angeführten Gründe bildeten denn auch den Anlaß zu einer langen Geschäftsordnungsdebatte auf der Konferenz, und das Resultat war, daß eine Reihe von Genossen zum Protest den Scheinplatz verließen, andere Genossen, die blieben, entfernten sich demonstrativ vor der Abstimmung.

## „Rasch Golos“ über die zweite Zimmerwalder Konferenz.

Das russische Arbeiterblatt „Rasch Golos“ in Samara veröffentlicht in seiner Nummer vom 8./21. Mai an leitender Stelle den Aufruf der Berner J. S. R. zur Einberufung der zweiten Zimmerwalder Konferenz und wendet sich dann gegen das eigenmächtige Vorgehen der Plechanow-Gruppe, die in der „Humanität“ und ihrem Pariser Organ „Prishw“ (von wo ihn die russische bürgerliche Presse sofort übernommen hat) einen Protest gegen die russische Vertretung in Kienthal veröffentlichte.

Gegen die Teilnahme der letzteren, schreibt das Blatt, angeblich weil sie nicht dazu berechtigt gewesen sei, ist der nicht unbekannt Alexinsky mit einem Artikel in der „Humanität“ und mit einem Protest im „Prishw“ aufgetreten. Der Alexinsky und dem „Prishw“ das Recht erteilt hat, die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit der Vertretung der russischen Sozialisten festzustellen, wird hierbei bescheiden verschwiegen.

Das Blatt kritisiert dann weiter das Vorgehen der französischen Parteileitung, die sich bereit hat, zu erklären, sie habe niemand ermächtigt, an der Konferenz in Kienthal teilzunehmen.

„Es hätte sich — bemerkt hierzu „Rasch Golos“ ironisch — wohl kaum jemand gefunden, der diesen Verdacht gegen die französische Parteileitung ausgesprochen hätte und ihre Eile war deshalb vollkommen überflüssig. Es ist allen bekannt, daß der Vorstand der französischen Partei sich nicht nur gegen die Versuche der „Zimmerwalder“ sträubt, sondern auch gegen die Bemühungen, die internationalen Verbindungen durch das Internationale Sozialistische Bureau im Haag wieder herzustellen.“

## Eine aufrechte Frau.

Mrs Margaret Ashton, Stadträtin in Manchester, hat sich der Unabhängigen Arbeiterpartei angeschlossen. Die Partei gewinnt in ihr ein tüchtiges Mitglied, das für seine Ueberzeugung einsteht und sich durch nichts beirren läßt, sie auch in der Öffentlichkeit zu vertreten. Margaret Ashton hat sich in ihrer Tätigkeit als Stadtrat besonders um die Verbesserung der Arbeiterinnen bemüht. In der letzten Zeit ist ihr Name häufig in der englischen Presse genannt worden. Sie legte ihr Amt im Vorstand des englischen Frauenstimmrechtsverbandes nieder, als dieser beschloß, die Frauenfriedenskonferenz im Haag nicht offiziell zu unterstützen. Später vertrat sie die Sache der Unabhängigen Arbeiterpartei, als man dieser die Stadthalle von Manchester für Friedensversammlungen verweigerte. An den Demonstrationen für den Frieden gegen die Dienstpflicht nahm lebhaft Anteil.

## Keine Auflösung des Schweizerischen Grütlivereins.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Die von einer Anzahl Sektionen des Grütlivereins beantragte Abstimmung über die Auflösung des Grütlivereins hat 3068 Stimmen dafür und 3167 für den Weiterbestand ergeben. 102 Sektionen stimmten mit Mehrheit für die Auflösung und 109 Sektionen für das Fortbestehen. Ende 1914 hatte der Grütliverein 286 Sektionen mit 10.687 Mitgliedern gezählt. Hat er gegenwärtig noch den gleichen Bestand, so haben sich 75 Sektionen und rund 440 Mitglieder an der Abstimmung nicht beteiligt.

Der „Grütliverein“ jubelt förmlich über die Ablehnung der Auflösung in einem Leitartikel, in dem er nun auch ungeheuer für die separatistische Grütlivereinpartei durch „Konsolidierung und Reorganisation des Vereins an Haupt und Gliedern“, für eine selbständige und aktive schweizerische Grütlivereinpolitik eintritt. Dabei soll er seinen alten und gesunden Internationalismus beibehalten.

Zunächst hat die Ablehnung der Auflösung den Rücktritt des Zentralkomitees des Grütlivereins zur Folge gehabt, aber die Mehrheit seiner Mitglieder wird eine Wiederwahl im Sinne der „Grütliverein“-Politik annehmen.

Was nun die konsequenten und aufrechten Parteieinheitsfreunde im Grütliverein angeht, die vom „Grütliverein“ profliantierten separatistischen Grütlivereinpartei tun werden, bleibt abzuwarten. Voraussichtlich werden sie keine Stimmen und positiven Zuspruch erhalten, sondern handeln, und zwar so, wie es das Gesamtinteresse der Klassenbewußten schweizerischen Arbeiterschaft und der schweizerischen Sozialdemokratie erfordert.

## Aus der dänischen Arbeiterbewegung.

Kopenhagen, 6. Juni. (J.R.) Die dänische Parteipresse kann sich einer stets wachsenden Entwicklung erfreuen. Namentlich das Hauptorgan, der „Social-Demokraten“, der vor 16 Jahren in Kopenhagen unter sehr bescheidenen Verhältnissen ins Leben gerufen wurde, hat sich derart entwickelt, daß auch das jetzt zu seiner Verfügung stehende palastähnliche Gebäude nicht mehr genügt. Der Kontraktverein des „Social-Demokraten“ hat deshalb noch ein angrenzendes Grundstück für 300.000 Kronen erworben. Auf demselben soll ein weiteres großes Gebäude aufgeführt werden.

## Neue Broschüren.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts sind folgende Broschüren erschienen:

„Neue Steuern während des Krieges?“ Von Gustav Hoch, M. d. R. Preis 1 M., Vereinsausgabe 80 Pf. Inhalt: 1. Sind neue Einnahmen des Reichs während des Krieges notwendig? 2. Die Einnahmen des Reichs. 3. Verbrauchssteuern und Einkommensteuern. 4. Erwerbsteuern. 5. Gebühren. 6. Beiträge der Einzelstaaten. 7. Der Steuerplan. 8. Die Steuern und die wirtschaftliche Entwicklung. 9. Verteilung der Steuern zwischen Reich, Einzelstaaten und Gemeinden. 10. Rottegrate während des Krieges. 11. Die Kriegssteuerverwürfe der Regierungen. 12. Erhöhung der Labortabgaben. 13. Die Verbrauchssteuern. 14. Die Kriegsgewinnsteuern. 15. Der Reichsbeitrag. 16. Die Erhöhung der Erbschaftsteuer. 17. Vor der Entscheidung.

„Arbeiterkultur und Krieg.“ Von Heinrich Schulz, M. d. R. Preis 75 Pf., Vereinsausgabe 25 Pf. Inhalt: Kultur und Arbeiterkultur und Klassenkampf. — Nationale und internationale Kultur. — Die Organisation als Kampfmittel des Sozialismus. — Krieg und Kultur. — Klassengegensatz und Klassenkampf nach dem Krieg. — Praktische Arbeit als Kulturbetätigung. — Die Schulreform als Forderung der Arbeiterkultur. — Die Arbeiterbildung als Kulturmittel. — Schlußbetrachtung.

Die Schrift enthält den Inhalt zweier Vorträge, die Verfasser vor gewerkschaftlichen Funktionären gehalten hat. Der Verfasser hofft, daß seine Ausführungen in bescheidener Weise zur Klärung der Meinungsgegenstände in der deutschen Arbeiterbewegung beitragen werden.

„Elsass-Lothringen und die Sozialdemokratie.“ Von Hermann Wendel. Inhalt: 1. Elsass-Lothringen als Kriegsziel. 2. Geschichtliches. Die deutsche Sozialdemokratie und Elsass-Lothringen. 4. Nach vierundzwanzig Jahren. 5. Die wirtschaftliche Verknüpfung. 6. Elsass-Lothringen und Frankreich. Preis der Vereinsausgabe 40 Pfennig.

## Eingegangene Druckschriften.

„Der Kampf.“ Sozialdemokratische Monatschrift Desterreich. Heft 5/6. 60 Pf. — Verlag G. Emmerling, Wien, Rechte Wienzeile 97.  
„Die Glode.“ Sozialistische Wochenchrift. 10. Heft. Herausgeber: Parnus. Vierteljährlich 2,50 M. — Verlag für Sozialwissenschaft, München.  
„Kunst und Künstler.“ Monatschrift für bildende Kunst und Kunstgewerbe. 14. Jahrg. Heft 2. Vierteljährlich 6 M. — S. Cassirer, Berlin, Dersingerstr. 15.  
Genossenschaftlicher Warenaustausch zwischen Landwirtschaft und Konsum. Von Rik Peterzen. 16 Seiten. — W. Langguth, Gyllinge a. R.  
Clitia Marianne. Erotische Romane von A. B. Jensen. 2,50 M., geb. 3,50 M. — Die fremde Frau. Roman von G. Bitter. 4,50 M., geb. 5,50 M. — Herr Gedäch. Erzählung von A. Solomonic. 2,50 M., geb. 3,50 M. — E. Fischer, Berlin, Altonaerstr. 60.  
Der Deutsche Buchbinderverband im Jahre 1915. 80 S. — Selbstverlag des Verbandes, Berlin, Urbanstr. 63.

### Aus Groß-Berlin.

#### Mängel bei der Fleischverteilung.

Uns wird geschrieben: „Vor einiger Zeit ist in einer Versammlung des Deutschen Buchhändlerverbandes beschlossen worden, bei den zuständigen Stellen vorstellig zu werden, um den in Arbeit stehenden Frauen und Mädchen den Bezug von Lebensmitteln zu erleichtern.“

Der Krieg hat eine große Umwälzung auf wirtschaftlichem Gebiet mit sich gebracht. Laufende und aber Laufende von Frauen und Mädchen sind an Stelle der zum Heeresdienst einberufenen Männer gezwungen gewesen, Arbeit im Handwerk, in der Industrie, im Handel anzunehmen. Diese gehen früh zur Arbeit, kehren erst spät abends heim.

Durch die nicht genügende Versorgung des Lebensmittelmarktes entstanden Ansammlungen vor den Lebensmittelgeschäften. Jeder will der erste sein. War Frau M. morgens um 7 Uhr vor der Tür des Geschäfts, so war Frau S. am nächsten Tage bereits um 6 1/2 Uhr dort. Das setzte sich fort, so daß der besagte Zustand eintrat, daß bereits mitten in der Nacht die betreffenden Geschäfte belagert wurden. Ein Teil der Wartenden erhielt Ware, ein anderer Teil mußte trotz stundenlangem Warten unrichtigter Sache nach Hause gehen. Kommen nun die erwerbstätigen Frauen und allein stehenden Mädchen nach Arbeitsfluß zum Geschäft, so ist in der Regel alles verkauft. Will eine im Beruf tätige Frau die Mittagspause, vorausgesetzt, daß sie reichlich bemessen ist, benutzen, so wird ihr auch das vereitelt, da seit einiger Zeit die Lebensmittelgeschäfte über Mittag geschlossen halten.

Der selbe Mangel stellt sich auch beim Fleischkauf heraus. Eine Regelung bei der Brot- und Butterverteilung — diese erst seit letzter Zeit — ist eingeführt und hat sich bewährt. Die Ansammlungen wegen der Butter brauchen nicht mehr stattzufinden. Bei der Fleischverteilung dauern leider die Ansammlungen vor den Läden an. Die jetzt getroffene Einrichtung weist Mängel auf. Die Fleischmeister handeln bei der Einteilung nach ihrem eigenen Gutdünken. So teilt ein Schlächtermeister mit: Morgens von 1/7 Uhr an Verkauf für die Nr. 1—870. Hier kommt nun der größte Teil der Nummerinhaberinnen möglichst früh, zeitig, jede will die erste sein, die Ansammlung ist fertig. Andere Geschäfte geben den Verkauf erst in später Abendstunde (9 Uhr) bekannt. Auch das ist nicht genügend. Wieder andere, und das ist die Mehrzahl der Geschäfte, hat die Einrichtung getroffen: Von 8 bis 1/10 Uhr Nr. 1—100, von 1/10—11 Uhr Nr. 101—200, von 11 bis 1/2 Uhr Nr. 201—300 und ähnlich.

Auch hierdurch entstehen Ansammlungen. Diejenigen, die im Besitz der Nummern 101—200 sind, kommen möglichst frühzeitig, also vor 1/10 Uhr, bevor die erste Nummernreihe abgefertigt ist. Geht es dann im Geschäft bei der Abfertigung noch etwas langsam zu, so ist wieder stundenlanges Warten der Frauen die Folge. Nach unserer Meinung müßte die Zahl der Abzufertigenden nicht allzu groß genommen werden, vor Ablauf der Zeit niemand mit höherer Nummer das Recht erhalten, sich anzustellen. Die Frauen kämen dann nicht früher, weil sie wissen, daß sie in der für sie bestimmten Zeit bestimmt abgefertigt werden.

Da Anspruch auf Fleisch nur derjenige hat, der in der für ihn bestimmten Zeit daselbst entnimmt, gehen leider wieder Laufende von Frauen, die im Betriebe tätig sind, leer aus. Diese können zur festgesetzten Zeit nicht erscheinen, oder aber sie fehlen auf der Arbeitsstelle einen halben Tag. Der Unternehmer läßt sich das Fernbleiben wohl ein- oder zweimal gefallen, dann aber geht die Arbeiterin ihrer Arbeitsstelle verlustig.

Den in Arbeit stehenden Frauen muß ihr Anteil für sich und die Familie an Fleisch gewährt werden. Es kann das dadurch geschehen, daß die Frauen auf Grund einer Bescheinigung ihres Arbeitgebers von der Brotkommission eine Ausweiskarte erhalten, worauf sie dann ihren Anspruch bei dem Fleischmeister anmelden und sich das Fleisch abends abholen können.

Obwohl auch dieses nur ein Hilfsmittel ist, so glauben wir doch, daß durch die Befolgung des Vorschlages die größten Härten beseitigt werden können. Einrichtungen müssen getroffen werden, die allen Frauen den Fleischbezug ermöglichen. Es ist das umso notwendiger, als ein anderes wichtiges Lebensmittel zur Erhaltung der Kräfte, die Eier, so gut wie nicht zu haben sind. Auch hier müßten Vorkehrungen getroffen werden, um allen Bewohnern den Bezug zu ermöglichen.

Unsere Beobachtungen bestätigen die Tatsache, daß der Fleischverkauf auf eine zu kurze Zeitdauer bemessen ist. Wenn Fleischer in einer Stunde 50 Käufer abfertigen wollen, ohne daß mehrere Verkäufer dabei mitwirken, so müssen zahlreiche Kunden warten, denn in reichlich einer Minute kann bei der umständlichen Rechnerei kein Kunde bedient werden. Da wäre es notwendig, die Verkaufszeit über den ganzen Tag auszudehnen. Dann aber dürfte sich auch die Aufhebung der fleischlosen Tage empfehlen, damit an diesen Tagen der Fleischverkauf erfolgen kann. Nach Ausgabe der Fleischkarte haben die fleischlosen Tage keine Berechtigung mehr. Ob jemand sein Fleischquantum am Dienstag, Freitag oder am Sonntag ist, ist herzlich gleichgültig. Geschickt das nicht, werden Fleischmeister, die einen großen Kundencreis angenommen haben, ihre Kunden nur schwer befriedigen können. Die Verkaufszeit wird zu sehr zusammengedrängt und es entstehen all die Unbequemlichkeiten, die für Verkäufer und vor allem für die Käufer eine große Plage sind.

#### Aus der Berliner Grundstücks- und Wohnungsstatistik.

Der Krieg hat die Bautätigkeit in Berlin stark gehemmt und fast zum Stillstand gebracht. Das zeigen auch die Ergebnisse der Grundstücks- und Wohnungsaufnahme, die von der Steuerverwaltung alljährlich zum Zweck der Grundsteuerveranlagung ausgeführt wird. Für das Steuerjahr 1914/15 hat der Magistrat den von der Steuerdeputation erstatteten Jahresbericht erst jetzt bekannt gegeben.

In 1914/15 wurden 29816 Grundstücke gezählt, wovon 28570 bebaut und 1246 unbebaut waren. Gegenüber 1913/14 ist eine Mehrung um nur 43 Grundstücke zu verzeichnen, bei den bebauten um 24, bei den unbebauten um 19. Als unbebaut sind auch Grundstücke mitgezählt, auf denen nur Baulichkeiten zu vorübergehender Benutzung (z. B. Schuppen, Kontore usw.) stehen. Bauland, das noch nicht parzelliert ist, bleibt außer Betracht. Die Geringfügigkeit der Mehrung gegenüber Grundstücke wird in dem Bericht erklärt „aus der Übernahme der Bautätigkeit wegen der durch den Krieg gegen früher noch weiter verschlechterten Lage des Geldmarktes“. Aus demselben Grunde seien auch nur wenig unbebaute Grundstücke durch Parzellierung zu späterer Bebauung neu gebildet worden. Statt gemeint haben sich bei den unbebauten Grund-

stücken die unbemittelt gebliebenen. Im letzten Jahre waren es 811, um 148 mehr als im vorletzten.

Hiernach stellte sich die Zahl aller benutzten Grundstücke im letzten Jahr auf 29005, nämlich 28570 bebaut und 435 von den unbebauten. Gegenüber dem vorletzten Jahre ergibt sich hier ein Rückgang um 105 benutzte Grundstücke, weil dem Mehr von 24 bebauten und benutzten Grundstücken bei den unbebauten ein Weniger von 129 benutzten gegenübersteht. Auch die Zahl der Wohnungen (einschließlich Geschäfts-, Arbeits-, Lagerräume sowie Diensträume) hat sich etwas vermindert. Gezählt wurden im letzten Jahr 668329 Wohnungen usw. (samt den unvernieteten), um 24 weniger als im vorletzten Jahre. Seit einer langen Reihe von Jahren ist dies das erste Mal, daß in Berlin die Mehrung der benutzten Grundstücke und der Wohnungen usw. zum Stillstand gekommen ist.

Der gesamte Nutzungswert aller benutzten Grundstücke hat sich gleichfalls verringert. Er wurde für das letzte Jahr auf etwa 522 1/2 Millionen Mark berechnet, das sind um etwa 2 1/4 Millionen weniger als im vorletzten Jahre. Die Abnahme wird in dem Bericht erklärt teils aus einem infolge des Krieges eingetretenen Mehr an Nichtvermietungen, teils aus den Mietermäßigungen, die in der Kriegszeit vielen Mietern, besonders Kriegerfrauen, gewährt werden mußten. Es scheint aber, daß es andererseits auch an Mietsteigerungen nicht gekelt hat. Der Durchschnittsertrag pro Wohnung usw. zeigt nämlich keinen Rückgang: er war 781 M. im letzten wie im vorletzten Jahre. Der Durchschnittsertrag pro Grundstück ist nur um 12 M. auf 18007 M. im letzten Jahr gesunken. Da kann man aber auch das aussprechen, daß Wohnhäuser teilweise oder völlig zu Geschäfts- oder Fabrikzwecken umgewandelt wurden, wobei der Ertrag stieg.

Die Verringerung des Nutzungswertes der Grundstücke infolge Mietermäßigungen oder Nichtvermietungen hat die zu Besteuerungszwecken vorgenommene Abschätzung des gemeinen Wertes nicht beeinflusst, weil nur dauernder Ertragsrückgang eine Wertverminderung bedingt. Der gemeine Wert hat nach dem Abschätzungsergebnis sich weiter um reichlich 68 Millionen Mark gesteigert, so daß er im letzten Jahr mit 9511 Millionen Mark nun bereits auf die Abrundung der zehnten Milliarde lossteuerte. Nach einer Verarmung des Berliner Grundbesitzes schießt das nicht aus.

#### Die Fleischkarte in der Gastwirtschaft.

Für Inhaber von Speisewirtschaften hat die Fleischkarte mancherlei Unbequemlichkeiten gebracht; zumal jede Gemeinde für sich besondere Bestimmungen trifft. Dazu kommt die neue Bundesratsbestimmung über die Speisekarte. Eine Anzahl Speisewirte haben deshalb die in Betracht kommenden Bestimmungen an der Speisekarte auf einen roten Zettel befestigt. Folgende Zeilen kann der Gast da lesen:

Laut Magistratsverordnung vom 25. Mai 1916 erfolgt die Abgabe der Fleischspeisen bis auf weiteres nur gegen Abtrennung eines Abschnittes der Berliner oder Charlottenburger Fleischkarte, eines halben Abschnittes der Schöneberger Fleischkarte und eines Viertelabschnittes der Wilmersdorfer Fleischkarte.

Laut Bundesratsverordnung vom 31. Mai 1916 dürfen in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften an den Tagen, an denen die Verabfolgung von Fleisch, Fleischwaren und Fleischspeisen überhaupt zulässig ist, zu einer Mahlzeit nicht mehr als zwei Fleischgerichte zur Auswahl gestellt werden. Jedem Gast darf zu einer Mahlzeit nur ein Fleischgericht verabfolgt werden.

Um Unklarheiten zu beseitigen, die bei Abgabe von Speisen sich ergeben haben, gibt der Magistrat folgende Erläuterung darüber, welche Speisen Fleischkartenpflichtig sind:

„Es sind in Gastwirtschaften Zweifel aufgetreten, ob Eingeweide, Teile von Kalb, Rind, Schwein, Schaf unter die Fleischkarte fallen. Die Frage ist nach der Verordnung des Magistrats vom 25. Mai 1916 zu bejahen. Die Abgabe eines Fleischkartenabschnittes ist in Restaurationsbetrieben auch dann erforderlich, wenn das Fleisch von den vorgenannten vier Viehgattungen in geräucherter oder gepökeltem Zustande verabreicht wird. Denn die Ausführungsbestimmungen des Magistrats besagen ausdrücklich, daß bei Abgabe in Restaurationsbetrieben als Fleisch im Sinne der Verordnung auch zubereitetes Fleisch zu verstehen ist. Ob diese Zubereitung im Wege des Kochens, Pökeln oder Räucherens erfolgt, ist gleichgültig. Im übrigen würden diejenigen Besitzer von Speisebetrieben, welche anders verfahren würden, zu gewichtigen haben, daß sie bei der nächsten Fleischverteilung weniger Fleisch bekommen, weil sie ja weniger Fleischarten abzuliefern vermögen.“

Im Zusammenhang damit sei besonders noch darauf hingewiesen, daß die abgetrennten Fleischkartenabschnitte von Speisewirtschaften u. dergl. sowie auch von Fleischern und Fleischveräußerern sorgsam aufzubewahren und am Schluß jeder Woche dem Magistrat (Fleischverteilungsstelle, Viehhof) einzuliefern sind; denn hiernach wird die jeweilige wöchentliche Zuteilung der Fleischmenge an die Fleischabgeber oder Verkäufer bemessen.

#### Folgen eines Unfalls.

Ein scheinbar geringer Unfall, der in dem Betriebe „Anorrbremse“ (Lichtenberg) sich Mitte März ereignete, hat für den davon Betroffenen, einen in Neudän wohnenden siebzehnjährigen Arbeiter, sehr schlimme Folgen gehabt. Ihm fiel während der Arbeit ein Stück Eisenrohr auf den Kopf, weil aber dabei keine blutende Verletzung entstand, so beachtete er die Sache nicht groß und arbeitete weiter. Auch den Rat seiner Eltern, einen Arzt aufzusuchen, befolgte er nicht, da er die nach dem Unfall aufgetretenen Kopfschmerzen für eine Nachwirkung hielt, die nicht von Bedeutung sei. Nachdem dann etwa fünf Wochen hingegangen waren und er inzwischen seine Arbeitsstelle gewechselt hatte, stellte sich bei ihm ein so heftiges und anhaltendes Kopfschmerz ein, daß er sich entschloß, nun doch die Hilfe eines Arztes in Anspruch zu nehmen. Ein Arzt in Neudän, der für die zuständige Krankenliste vertretungsweise tätig war, soll dem Leidenden nach vorgenommener Untersuchung erklärt haben, es handele sich um Blutarmut. Als am nächsten Tage der junge Mann in Begleitung seiner Mutter denselben Arzt nochmals aufsuchte, wurde nach erneuter Untersuchung der Befund wieder dahin verstanden, der Sohn sei blutarm. Die Mutter versichert auf das Bestimmteste, der Arzt sei ausdrücklich auf den Unfall hingewiesen worden, den der Sohn erlitten hatte. Ihn krank zu schreiben, lehnte der Arzt ab, doch ließ er sich schließlich dazu herbei, ihn zu weiterer Untersuchung einem Kervenarzt zu überweisen. Diesen suchte der Kranke sofort auf, aber er traf ihn nicht an, weil die Sprechzeit schon beendet war. Die Absicht, am nächsten Tage den Besuch bei dem Kervenarzt zu wiederholen, konnte nicht mehr ausgeführt werden. Auch an demselben Tage wurde der Kranke bettlägerig und sein Zustand verschlimmerte sich dann so sehr, daß die Eltern

zwei Privatärzte nach einander herbeiriefen. Einige Tage später erfolgte die Überführung in das Neudänner Krankenhaus zu Budow, wo der junge Mann nach zwei Wochen starb. Die Annahme der Krankenhausärzte, daß eine Gehirnhautentzündung vorliege, soll durch die Leichenöffnung bestätigt worden sein. Auch wird nach dem Ergebnis als wahrscheinlich angesehen, daß die Erkrankung auf den Unfall zurückzuführen ist.

#### Die Rindfleischpreise.

Als Erläuterung zu der Verordnung über Höchstpreise für Rindfleisch wird mitgeteilt, daß Schabefleisch im Preise, dem schierer Fleisch von der Keule (2,80 M. für das Pfund), und gebadetes Rindfleisch dem Fleisch vom Vorderviertel (2,30 M. für das Pfund) gleichzusetzen ist. Zu dem letzteren Preise ist auch Mouladen- und Gulaschfleisch zu verkaufen, wenn es aus dem Vorderviertel geschnitten wird; wird es vom Hinterviertel verkauft, so kann der gleiche Preis wie für schieres Fleisch (2,80 M. für 1 Pfund) berechnet werden. Als „Suppenfleisch“ zum Preise von 1,90 M. für das Pfund sind die Teile Stieh, Hesse, Dämmung anzusehen.

#### Arbeiterbildungsschule.

Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Hörsaal der Schule, Lindenstr. 3, 4. Hof rechts 3 Tr., der zweite wissenschaftliche Einzelvortrag statt. Genosse Ernst Däumig wird das Thema „Mesopotamien und die englische Herrschaft in Indien“ behandeln. Eintrittspreis 10 Pf.

Eine Bande von „Verdigungseindringern“ wurde gestern in Neudän unschädlich gemacht. Eine Frau in der Wobbinstr. 7 beorderte gestern nachmittag ihren Gatten. Nachdem sie sich nach dem Friedhof begeben hatte, stand die Wohnung ohne Aufsicht. Bald darauf hörte ein Postkaffner, der unter ihr wohnte, in ihren Räumen Fußstapfen. Der Mann dachte gleich an Eindringler, weil er wußte, daß niemand zu Hause war. Schnell entschlossen, holte er sich von der Straße zwei Feldgrauen, die gerade des Weges kamen. Als die drei Männer eindringen wollten, wurde zunächst die Tür von innen zugehalten. Nach Überwindung dieser Hindernisse sahen sie sich zwei Eindringern gegenüber. Einer von diesen stürzte sich sofort auf sie. Ein Feldgrauer zog blank und verlegte dem Angreifer einen so kräftigen Säbelhieb über den Kopf, daß er blutend zusammenbrach und zunächst nach der Unfallsstation gebracht werden mußte. Jetzt setzte sich der zweite Eindringler, ein Herrchen von Gestalt, mit allen Kräften zur Wehr. Es gelang ihm auch, sich loszureißen und die Straße zu erreichen. Das Publikum jedoch ergriß ihn bald. Weide wurden dann nach dem Polizeipräsidium in Neudän gebracht und hier festgesetzt als die 30 und 28 Jahre alten Arbeiter Ray Sosner aus der Koloniestraße und Otto Grunert aus der Uferstraße 1 zu Berlin. Weibes „schwere Jungen“, die schon wiederholt mit Zuchthaus bestraft sind. Die Erpöppelten betrieben zuletzt als Spezialität den Einbruch in Wohnungen, deren Inhaber einen Angehörigen beerdigten. Sie saßen sich die Todesanzeigen in den Zeitungen an, merkten sich die Beerdigungszeiten und beobachteten dann die Wohnung, die sie für geeignet zu einem Einbruch hielten. Ein Notizbuch, das man bei ihnen fand, enthält noch eine ganze Reihe solcher Aufzeichnungen, die zum Teil schon erledigt waren. Auch die Wohnung der Witwe in der Wobbinstraße befand sich darunter. Als Neudänner Kriminalbeamte die Wohnung des Grunert durchsuchten, kam gerade ein drittes Mitglied der Bande zu Besuch und wurde ebenfalls festgenommen.

#### Totgefahren.

Von einem Straßenbahnwagen der Linie 82 wurde gestern nachmittag nach 8 Uhr in der Reinickendorfer Straße in der Nähe des Birchow-Krankenhauses ein dreijähriges Kind angefahren, das über die Gleise laufen wollte. Der Wagenführer konnte wegen der kurzen Entfernung den Wagen nicht mehr zum Stehen bringen. Das Kind wurde tatsächlich zermalmt unter dem emporgehobenen Wagen hervorgerollt und war tot. Als die Feuerwehr erschien, war die Leiche schon geborgen.

Ein falscher Arzt, der in der Masse eines Wohlhabenden jungen Mädchens nachstellte und verhaftet wurde, versuchte gestern im Polizeigewahrsam seinem Leben ein Ende zu machen. Vor einigen Tagen stellte sich bei einer Witwe in Budow ein Mann vor, der erzählte, er komme als Arzt einer Wohlfahrtsgesellschaft, um die Familienangehörigen, denen eine Unterstichung zugebacht sei, auf ihren Gesundheitszustand zu untersuchen. Nach Untersuchung der Frau und ihres Sohnes ging er auch mit der Tochter in ein Nebenzimmer. Als das Mädchen bald um Hilfe rief, fand die Mutter die Tür verriegelt. Auf ihr entschiedenes Verlangen öffnete der „Arzt“ aber bald und empfahl sich jetzt mit der Versicherung, daß die Unterstichung bald bewilligt sein werde. Nach kurzer Zeit bestellte denn auch der Arzt das Mädchen zum Abholen des Geldes. Die Kriminalpolizei, der die Mutter den Vorfall anzeigte, begab sich statt des Mädchens nach der angegebenen Stelle und nahm den Arzt fest. Er entpuppte sich als ein 40 Jahre alter Schriftfeger Georg Widyer aus der Friedenstraße. Gestern verurteilte der Verhaftete, sich im Polizeigewahrsam mit einem Schnürsenkel am Wetzposten zu erkängen. Der Aufseher entdeckte sein Beginnen noch zur rechten Zeit und schnitt ihn ab. Widyer wurde jetzt vorläufig als Polizeigefangener nach der Charité gebracht.

Die Leiche eines neugeborenen Knaben wurde gestern auf dem Laubengänge an der Stahlheimerstraße aufgefunden. Sie war in Papier eingewickelt und verpackt und wurde der Polizei übergeben. Die Nachforschungen nach der Mutter wurden sofort eingeleitet.

### Aus den Gemeinden.

#### Fleischspeisekarten im Kreise Teltow.

Der Landrat des Kreises macht bekannt, daß den Gastwirtschaften und Speiseanstalten Fleisch nur noch gegen Vorlegung von Fleischspeisekarten abgegeben werden darf. Die Speisekarten sind auf Antrag bei den Gemeinde- oder Gutsbehörden den Personen zu gewähren, die eine Fleischkarte beanspruchen können. Für die Orte, die bisher noch keine Fleischkarten eingeführt haben, erfolgen noch besondere Bestimmungen. Bei der Abgabe von Fleischgerichten, die etwa 100 oder mehr Gramm rohen Fleisches enthalten, sind von der Berliner, Charlottenburger, Neudänner, Lichtenberger, Niederbarnimer und Teltower Karte ein ganzer Abschnitt, von der Schöneberger die Hälfte und von der Wilmersdorfer ein Viertel Abschnitt abzutrennen. Bei der Abgabe von Fleisch bis zu 60 Gramm darf nur die Hälfte von dem oben erwähnten eingefordert werden. Auch in gemeinnützigen Speiseanstalten dürfen Fleischgerichte nur gegen Vorlage der Karte verabreicht werden.

#### Gemeinde-Sparkasse und Leihamt in Weiskensee.

Das Kalenderjahr 1915 hat der Sparkasse einen erheblichen Zuwachs an Spareinlagen gebracht. Es wurden an Spareinlagen 2750580 M. vereinnahmt und 2310365,50 M. verausgabt. In der Ausgabe sind die von den Sparern auf die 2. und 3. Kriegsanleihe gezeichneten Beträge enthalten. Es verblieb trotzdem noch eine Rebrerinahme von 440214,54 M. Den Sparern sind am Jahreschlusse 150953,01 M. an Zinsen gutgeschrieben worden, so daß sich unter Berücksichtigung dieser Summe seit Bestehen der Kasse am

Jahresabschluss ein Einlagenbestand von rund 5 Millionen Mark ergab. Der Zinsfuß für Spareinlagen beträgt seit dem 1. Januar 1916 8%, Proz. Das Gemeinde-Zeitamt hat bis Ende Februar 1916 auf 11 987 Pfänder 319 910 M. ausgeliefert, worauf 306 797 M. zurückgezahlt worden sind. Der Taxwert der noch verbleibenden 200 Pfänder beträgt 19 785 M., die mit 13 118,40 M. beliehen sind.

### Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung.

In einer mäßig besuchten Mitgliederversammlung beschäftigte sich der Wahlverein Tempelhof mit der bevorstehenden Kreisgeneralversammlung. Beschlüsse darüber wurden nicht gefasst. Man war sich vielmehr trotz unterschiedlicher Beurteilung der Haltung und Tätigkeit des Kreisvorstandes dahin einig, den Delegierten zu überlassen, ein entscheidendes Urteil zu fällen, nachdem der Tätigkeitsbericht von den leitenden Kreisinstanzen erstattet worden ist. Auch zu den Neuwahlen des Vorstandes hat man den Delegierten freie Entscheidung überlassen, weil die Ueberzeugung vorherrscht, daß sich die delegierten Parteigenossen bei der Erledigung dieser Frage nur von den Gesichtspunkten werden leiten lassen, die das Wohl unserer Bewegung bedingen.

## Soziales.

### Vom Nachbaverbot.

Eine wichtige Entscheidung über das Nachbaverbot fällt das Kammergericht. Die ergangene Bundesratsverordnung vom 5. Januar 1915 bestimmt in der Fassung vom 31. März 1915 im § 9: „Alle Arbeiten, die zur Bereitung von Backware dienen, sind in Bäckereien und Konditoreien, auch wenn diese nur einen Nebenbetrieb darstellen, in der Zeit von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens verboten.“

Der Bädermeister Sebnisch in Berlin war vom Landgericht wegen Uebertretung dieser Bestimmung zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Bei einer etwa 10 Minuten vor 7 Uhr früh ausgeübten Kontrolle hatte ein Polizeibeamter festgestellt, daß sich im Backraum des Angeklagten bereits dessen Sohn als Gehilfe und ein Beurling befanden. Als er etwa 5 Minuten vor 7 Uhr zum Backraum Zutritt erlangte, war bereits der Ofen angeheizt und in eine Schüssel waren Butter und Zucker hineingetan. Die jungen Leute hatten sich schon eine halbe Stunde nach den gerichtlichen Feststellungen im Backraum aufgehalten. Das Landgericht rechnete das Anheizen des Ofens und das Hineintun von Butter und Zucker in eine Schüssel zu den Arbeiten, die zur Zubereitung von Backware dienen. Sie hätten nach der zitierten Bestimmung vor 7 Uhr morgens nicht vorgenommen werden dürfen. Das Kammergericht verwarf jetzt die vom Angeklagten Sebnisch eingelegte Revision mit folgender Begründung: Nach der Bundesratsverordnung dürften alle Arbeiten, die zur Bereitung von Backware dienen, in Bäckereien usw. zwischen 7 Uhr abends und 7 Uhr früh nicht vorgenommen werden. Es sei kein Rechtsirrtum, wenn das Landgericht das Anheizen des Ofens und das Hineintun von Zucker und Butter in ein Gefäß zu diesen Arbeiten rechne. Das Landgericht sei mit Recht von dem Prozedere der Angeklagten ausgegangen. Dieser sei offensichtlich, daß Wehl gepart werden solle. Es sollte verhütet werden, daß das frische Gebäck des Morgens in größerer Menge so zeitig herauskomme, daß es von den Leuten, die nicht gerade Langschläfer seien, schon zum ersten Frühstück genossen werden könne. Man habe angenommen, daß infolgedessen ein ganz gewaltiger Winderverbrauch an Weizenmehl eintreten würde. Darum sei verordnet worden, daß vor 7 Uhr morgens in keiner Weise für Backzwecke gearbeitet werden solle.

### Kriegscheintwitten.

Wenn eine Firma, welche Heeresbedarf herstellt, einen Arbeiter entläßt, so muß sie ihm den sogenannten Kriegsschein erteilen, ohne den der Arbeiter in keinem mit Militärlieferungen beschäftigten Betriebe eingestellt wird.

Die Firma Alfred Wolff hat zwar einen Betrieb dieser Art, sie hat aber einen Arbeiter entlassen, ohne ihm einen Kriegsschein auszustellen. Der Arbeiter ist deshalb von mehreren Betrieben, wo er sich um Arbeit bewarb, zurückgewiesen worden und verlangte nun durch eine Klage beim Gewerbegericht Schadenersatz von der Firma Alfred Wolff. Hier tat der Vertreter sehr verwundert, als ihm gesagt wurde, den Kriegsschein müsse die Firma erteilen. Der Vertreter wußte von dem ganzen Kriegsscheinabkommen nichts. Dagegen behauptete er, auf Grund einer Verfügung des Kriegsministeriums sei er verpflichtet, jeden Arbeiter, der sich renitent benehme, sofort zu entlassen. Wie das Gericht feststellte, steht die Firma, obgleich sie direkt für die Heeresverwaltung liefert, nicht in der Liste der Heereslieferanten, für die das Kriegsscheinabkommen bindend ist. Anscheinend erklärt sich das daraus, daß der Betrieb der beklagten Firma erst seit einigen Wochen besteht. Die Betriebe, welche den Kläger nicht einstellten, weil er keinen Kriegsschein hatte, wußten zwar, daß die beklagte Firma Heereslieferantin ist und glaubten deshalb, den Kriegsschein von dem Arbeiter fordern zu müssen. Aber daß die Firma Alfred Wolff gar nicht in dem Verzeichnis der Heereslieferanten steht, darüber haben sich die Firmen, welche den Arbeiter zurückwiesen, nicht informiert. Durch diesen Wirtswar ist der Arbeiter, der eine ganze Woche infolgedessen ohne Beschäftigung war, erheblich geschädigt worden, ohne daß ihm jemand seinen Schaden zu ersetzen braucht. Da die beklagte Firma, weil sie nicht in der Liste der Heereslieferanten steht, dem Kläger keinen Kriegsschein erteilen brauchte, bezeichnete das Gericht die Klage als ansichtslos, weil unter diesen Umständen die beklagte Firma nicht schadenersatzpflichtig sei. Der Kläger zog hiernach die Klage zurück.

## Berichtszeitung.

### Leichenfledderer.

Zwei jener gemeingefährlichen Mithbürger, die nachts auf den Straßen herumlungern und als Spezialität die Fledderei eingeschlafener Personen betreiben, standen gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I: Georg Reil und Hieronymus Grzybowski, letzterer vorbestraft.

Als die beiden eines Nachts im Februar d. J., auf Raub ausgehend, die Friedrichstraße entlang bummelten, trafen sie am Dranienburger Tor den Schlächter K., der nach einer längeren Bierreise einen Stülpunkt an einem Hause gesucht hatte und dabei eingedrückt war. Die beiden Gauner spielten nun die Menschenfreunde, indem sie an den Schlächter herantreten, ihn mit den Worten „Väterchen, nicht schlafen; das ist gefährlich!“ aufwecken und sich erboten, eine Droschke herbeizurufen. Der Angetrunkene nahm dieses Angebot auch dankbar an, eine Droschke kam heran und dann ging das Verladen des Opfers vor sich. Schwerfällig sank der also „Betreute“ in der Droschke auf das Polster nieder und schlief sofort wieder ein, ohne auch nur das geringste davon bemerkt zu haben, daß die hilfsbereiten Hände der beiden Nebenwütigen Leute inzwischen den Weg in seine innere Rocktasche gefunden und daraus die Brieftasche mit 1750 M. Inhalt entwendet hatten. Erst am nächsten Morgen, als der Schlächter seinen Raub ausgeduldet hatte, merkte er seinen Verlust, den er schlussendlich zur Anzeige brachte. Es gelang bald, die beiden Angeklagten als Täter zu ermitteln. Das meiste Geld war aber schon verflüchtigt, so daß der Geruch nur etwa 500 M. zurückblieb. Das Gericht verurteilte den G., der wegen gleicher Vergehen schon ganz erheblich vorbestraft ist, zu 6 Jahren Zuchthaus und Reil, der bisher noch unbestraft war, zu 3 Jahren Gefängnis und den üblichen Nebenstrafen, da die Öffentlichkeit vor dem schändlichen Gesindel nachdrücklich geschützt werden muß.

### Höchstpreisüberhebung.

Wegen Ueberhebung der Höchstpreise hatte sich der Metallhändler L. Pinczowski gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Nach den in der Beweisaufnahme getroffenen Feststellungen sah die Strafkammer für erwiesen an, daß der Angeklagte bei Metalllieferungen in 60 Fällen den festgesetzten Höchstpreis in verschleierte Form überschritten hat. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 15000 M., eventuell für je 15 M. einen Tag Gefängnis bis zum Höchstmaß von zwei Jahren Gefängnis.

### Falsche Angaben über Vorräte.

Vor der Strafkammer hielten sich der Oekonomierat Karl Hofmann, Pächter des zum fürstlich Solms-Braunfelschen Besitzum gehörigen Hofgutes Güll, wegen Uebertretung der Bundesratsverordnung vom 22. Oktober 1915, betr. Erhebung von Getreidevorräten, zu verantworten. Es wurde ihm zur Last gelegt, bei der Bestandsaufnahme am 16. November vorigen Jahres erhebliche Vorräte von Getreidefrucht, Weizen und Roggen, zusammen etwa 760 Zentner verschwiegen zu haben. Hofmann ist ein angesehener Großlandwirt, der Ehrenämter in der Kreis- und Provinzialverwaltung bekleidet. Zu der Verhandlung, die den ganzen Tag in Anspruch nahm, waren 37 Zeugen und Sachverständige geladen. Viele Großlandwirte aus Oberhessen befanden, daß eine Unterschätzung wie im vorliegenden Falle sehr leicht vorkommen könne, daß selbst ein erfahrener Landwirt sich über den mutmaßlichen Körnerertrag einer gewissen Menge noch in den Garben befindlichen Getreides ganz gewaltig täuschen könne. Andere Zeugen erklärten wieder, daß ein erfahrener Landwirt sich unmöglich so täuschen könne, wie es dem Angeklagten passierte sein soll. Der Angeklagte bestritt, schlüssig gehandelt und noch weniger vorsätzlich unrichtige Angaben gemacht zu haben. Der Staatsanwalt hielt Fahrlässigkeit für vorliegend, für vorsätzliches Handeln könne er keinen Beweis erbringen. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, weil weder für vorsätzliche, noch für fahrlässige unrichtige Erstattung der vorgeschriebenen Anzeige ein Beweis erbracht sei.

## Aus aller Welt.

### Mehr als 700 Friedhöfe.

Im „Trautenauer Echo“ lesen wir: In aller Stille ist auf den Schlachtfeldern Westgaliziens, die vor Jahresfrist unter dem großen Durchbruch der Verbündeten bebten, seit Monaten an einem gewaltigen Mausoleum für die Gefallenen gearbeitet worden. Es ist ein lustiges Mausoleum, das gewaltig die Welt, von seinen Steinmauern überwölbt, aber Totenpark an Totenpark, eine einzige ungeheure, dicht mit Fichten bestandene Parklandschaft von Friedhöfen, die von Gorlice bis zur berühmten Larnower Höhe 419 hinaufreicht.

Wie man in Mittelgalizien schon im Sommer 1915 an üppig bestehenden blühenden Gräbern genau die Orte und die Bestigkeit der Kämpfe ablesen konnte, die in den Lemberger furchtbaren Schlachten 1914 tobten, so schreitet man eigentlich auch am Dunajec von Friedhof zu Friedhof, Gefechtsplatz um Gefechtsplatz ab. Wer will, kann sich von Totenheimsstätte zu Totenheimsstätte, in denen neben deutschen österreichische, ungarische und russische Kämpfer ruhen, die Front von den tauschschwarzen Häusern Gorlices, die noch ruinenhaft und gespenstisch stehen, über die blumenüberpannten Hügel bei Larnow bis zur Wisloka, also den ganzen Westgaliziens allein an den heiligmütigen Kampfstellen, aber auch die Zahl der Massengräber, die Freund und Feind jetzt friedlich bergen, überschreitet die hundert. Einfach dehnt sich der endlose, in seiner Blumenherrlichkeit doppelt schmertmütige Garten des großen Sterbens, der mehr als 40000 Soldaten und tapfere Gegner in den Nasen bettete bis hinunter nach Limanowa, wo in der Dezembernacht 1914 das riefenhaft heranrollende Russland stehenblieben mußte, auf den Hängen um Limanowa, auf jener Jabloniec-Höhe, deren Birkenwäldchen das heroische Verbluten der Kadavere, Quasare sah.

Rund um Limanowa ist der Park der Toten, der nicht so sehr ins Ungemessene geht, noch strenger filtert worden. Die Landschaft unterkühlt hier die Arbeit des Künstlers, des Bildhauers Ludwig, der die Totenstadt in drei Terrassen aufbaute, ihr ein herrliches Portal am jenseitigen Gang der Höhe gab und die einzelnen Gräber ebenso wie die Ruhestätten zwischen Larnow und Gorlice mit edel gearbeiteten Denksteinen schmückte. Die in ihrem Ausmaß riesenhaften Arbeiten wurden in der Hauptsache von russischen Gefangenen ausgeführt, und eine Schar von Italienern, die hierzu ja besondere Begabung zeigen, wurden für die Steinschnitzereien verwendet. Ueberall in den Anlagen Feierlichkeit und Größe. Sie werden ein Wallfahrtsort selbst später Geschlechter sein und in ihnen den Willen stärken, gegen den Krieg Krieg zu führen. . . . (2)

Ein Riesenfisch ist von dem Fischer Georg Bär in Wetzten aus der Elbe gezogen worden. Der Fisch wog 108 Pfund und war 2,40 Meter lang.

Verurteilung eines Schweizer Bankiers. Der tessinische Finanzmann Stoffel, durch dessen Verschulden die Bevölkerung fast 45 Millionen verloren hat, ist vom Schwurgericht in Lugano zu 8 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Stoffel hat als Direktor der Banca Ticinese und anderer Unternehmungen mit dem Gelde kleiner Sparer spekuliert und das Vermögen besonders in zweifelhaften Industrien Italiens angelegt. Seine Banken machten bankrott; Laufende kleine Leute kamen um ihr Vermögen. Die Regierung mußte zur Steuerung der allgemeinen Not im Kanton Tessin Unterstützungsstellen einrichten. Stoffel behauptete bis zum Tage der Verurteilung seine Villa; er kam in eleganter Kutse zu den Verhandlungen. In der Politik des Kantons Tessin spielte er die erste Rolle. Jetzt sind ihm auch die bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre abgesprochen worden.

Riesenbrand bei Toulon. Die großen Wälder bei Toulon stehen in Flammen. Der Brand dehnt sich infolge des Sturmes aus. Die Garnison von Toulon ist zur Eindämmung des Feuers aufgeboten.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen. Tretow. Freitag, den 9. Juni, abends 6 Uhr, im Rathaus. Rosenthal. Donnerstag, den 8. Juni, abends 6 Uhr, im großen Sitzungssaal des neuen Verwaltungsgebäudes, Hauptstr. 94. Auf der Tagesordnung steht u. a. der Protest des sozialdemokratischen Wahlvereins gegen die Lebensmittelpreiserhöhung.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. 301 rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Quittung und eine Zahl als Verzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Monumentsentwässerung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Eilige Anfragen tragen in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

5. 29. Der Einreichung der Ehecheidungsklage muß ein Schlichtertermin vorausgehen. Da die Klage beim Landgericht zuständig ist, müssen Sie einen Rechtsanwalt mit Ihrer Vertretung beauftragen. Die Kosten lassen sich vorher nicht berechnen, da nicht vorauszuweisen ist, wieviel Termine in der Sache notwendig sind. — 5. 26. 1. Die Gemeinde- und Kirchensteuer müssen Sie zahlen; Sie können aber Stundung beantragen. 2. Nein. — Unwissend. Eine Stundung des Geldes halten wir nicht für zweckmäßig. Ohne Zustimmung des Sparrers kann die Spareinlage nicht auf Kriegsanleihe gezeichnet werden. — 5. 3. 5a. Die Kapitalabfindung von Kriegrentnern ist noch nicht Gesetz. — 5. 100. 1. Die über drei

Monate nach dem Tode gezahlte Unterstützung wird von der Rente in Abzug gebracht. 2. Sie müssen das Testament unter Mitteilung, wann Ihr Mann gefallen ist, an das Amtsgericht Berlin-Mitte einreichen. — 5. 5. 10. Nein. — 5. 2. 48. Anfrage bei einem Kriegsbeschädigtenamt. — Heftig. Wenn das Einkommen 900 M. jährlich beträgt, ist die Bestrengung zur Zahlung der Steuern verpflichtet. — Landwehr 38. Jurid. gestellt; leichter Grund von Kropf. — Wertmeister. Wenn der Tarif geändert worden ist, so fällt die bisherige Vergütung fort. Ein gesetzlicher Anspruch auf Bezahlung der einen Stunde besteht nicht. — Verlorener Brief. 1. Sie hätten diesen wertvollen Brief zum mindesten als Einschreibebrief abgeben müssen, für verloren gegangene einfache Briefe kann die Post nicht schadenersatzpflichtig gemacht werden. 2. Sie können auch als selbstständig erachtet sein. Die Einblendung des Postes an das Bezirkskommando zwecks Umschreibung ist zulässig. — 5. 2. 31. 1. Der Kriegsschein kann Ihnen verweigert werden. 2. Ja. — 5. 2. 31. Fordern Sie zunächst von dem Bataillon, welchem Sie jetzt zugeteilt sind, die Zahlung und das Verpflegungsgeld. — 5. 2. 1. Der Mietkontrakt ist gültig; Sie können die Wohnung nur nach der im Verträge vorgeschriebenen Kündigungsfrist aufgeben. — 5. 2. 50. Sie können in beiden Fällen gegen die Steuerveranlagung unter Einreichung der Lohnbescheinigungen reklamieren. — 5. 2. 100. Sie können das Urteil nicht anfechten; nach Ihrem jetzigen Einkommen sind Sie auch zu der Alimentation in der angegebenen Höhe verpflichtet. — 5. 2. 326. Werden Sie sich an die hiesige amerikanische Gesandtschaft. — 5. 22. Nein. — 5. 2. 20. Ein Einschreibebrief. — 5. 28. 1. Wenn sich die Erben durch einen Erbstein legitimieren können, müssen Sie die Miete an sie zahlen. 2. Die Kündigung ist ebenfalls an die Erben zu richten. — 5. 38. Das Einkommen des Kalenderjahres. — Friedhofsfelde 22. 1. Für das Kalenderjahr. 2. Ja. — 5. 2. 26. Nein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittags. Nimmlich mild, im Westen meist bewölkt, sonst zeitweise heiter, aber veränderlich mit öfter wiederholten leichten Regenschauern.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
i. d. 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.  
Bezirk 243. Abt. 9.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt  
**Richard Lange**  
(Abalberstr. 26)  
gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. Juni, nachmittags 4 Uhr, auf dem Thomas-Kirchhof, Hermannstraße, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Gesangverein**  
„Norddeutsche Schleife“.  
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Sangesbruder  
**Richard Lange**  
(Abalberstr. 26)  
im Alter von 59 Jahren am 6. d. M. gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 9. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes, Neufuß, Hermannstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
58/11 **Der Vorstand.**

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**  
Zweigverein Berlin.  
Bezirk Osten II.  
Am 4. Juni stand unser Mitglied, der Maurer  
**Gustav Mittelstädt.**  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag nachmittags 4 1/2 Uhr von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
142/3 **Die örtliche Verwaltung.**

**Westmann's**  
**Trauermagazin**  
Größte Auswahl.  
Billigste Preise.  
I. Mohrenstraße 37a  
(Kolonnaden)  
II. Gr. Frankfurter Str. 115  
(nahe Andreasstr.)  
Auswahlsendungen sofort.  
Ami Zentrum 7890.  
Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

**Reichels**  
**Nagennoppen**  
Seit 25 Jahren erfolgreich erprobt und berühmt durch ihre große Wirkung bei allen Nagennoppen. N. 2,50 M. (kleine N. 1 M.). Gibt nur mit Marks „Medico“. Wo nicht erhältlich, durch Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

**Neue Steuern**  
**während des Krieges?**  
Preis 1 Mark  
Von Gustav Hoch, M. d. R.  
Die neuen Steuerentwürfe, für die das gesamte deutsche Volk Interesse hat, werden in dieser Schrift ausführlich und in allgemein verständlicher Form kritisch behandelt. In Hand reichlichen Materials beantwortet der Verfasser die Frage, ob und in welcher Form neue Einnahmen des Reiches während des Krieges notwendig sind.

**Praktische Steuerpolitik oder**  
**Steuerdogmatik?**  
Preis 1 Mark  
Von Heinrich Cunow.  
Diese Broschüre bietet eine gute, gemeinverständliche Einführung in die Aufgaben der Steuer- und Finanzreform nach dem Kriege und bildet somit gewissermaßen eine Ergänzung zu obiger Schrift.

**Elsaß-Lothringen**  
**und die Sozialdemokratie**  
Preis 75 Pfennig  
Von Hermann Wendel, M. d. R.  
Inhalt: Elsaß-Lothringen als Kriegsziel. — Geschichtliches. — Die deutsche Sozialdemokratie und Elsaß-Lothringen. — Nach 44 Jahren. Die wirtschaftliche Verknüpfung. — Elsaß-Lothringen und Frankreich.

**Arbeiterkultur und Krieg**  
Preis 75 Pfennig  
Von Heinrich Schulz, M. d. R.  
Aus dem Inhalt: Kultur und Arbeiter. — Kultur und Klassenkampf. — Nationale und internationale Kultur. — Krieg und Kultur. — Klassengegensatz und Klassenkampf nach dem Kriege usw.

**Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68**  
Lindenstraße 3